

24. Jahrgang

Nr. 4

Dezember 2013

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

**Wege aus dem
Preischaos**

**Preisbildung: Ökonomische
Richtigkeit und soziale Gerechtigkeit**

**Zum Fiskalbericht
des IWF**

**Betrachtungen,
Berichte**

**Initiativen und
Termine**

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Brennpunkte des Zeitgeschehens
(Christoph Strawe) _____ 3

Wege aus dem Preischaos (Verschiedene Beiträge,
Zusammenfassungen Christoph Strawe) _____ 5

Die Suche nach sozialer Gerechtigkeit – Motive
und Triebfedern (Christoph Strawe) _____ 5

Wie entstehen Preise heute? – Ursachen des
Preischaos (Marktversagen – Staatseingriffe –
Scheinkapitalismus usw.) (Harald Spehl) _____ 11

Bildung und Arbeitsweise assoziativ-kooperativer
Organe in der Wirtschaft – Voraussetzung für eine
bewusste Beeinflussung wirtschaftlicher Prozesse
(Udo Herrmannstorfer) _____ 15

Preisbildung in der Differenziertheit
sozialer Lebensfelder (Udo Herrmannstorfer) _____ 18

Beispiel Märkischer Wirtschaftsverbund _____ 21

Aderlass für Vermögensbesitzer?
Zum Fiskalbericht des IWF. Harald Spehl
im Interview mit C. Strawe _____ 22

Betrachtungen, Berichte

Gedenken: Roland Geitmann (1941 – 2013) _____ 25

Zukunftsbilder-Werkstatt (Michael Wilhelmi) _____ 26

EP gegen Bevormundung (Gerald Häfner) _____ 26

TTIP und WTO-Bali-Paket _____ 27

Zivilgesellschaft vor neuen Herausforderungen
(Johannes Lauterbach) _____ 28

40 Jahre dm Drogeriemarkt (Wilhelm Neurohr) _____ 29

Der Komponist Alois Hába: Antifaschist, Anthro-
posoph und Dreigliederer (Georg Klemp) _____ 33

Forderungen an die Bildungspolitik
(Bund der Waldorfschulen) _____ 37

Hardenberg-Institut (Thomas Kracht), Info3-Verlag,
Notfallpädagogik, Fukushima, Energiewende,
Wahlrechtsänderung, 30 Jahre Aktion für
Volksentscheid (Herbert Schliffka) _____ 39

Termine _____ 42

Achberger Weihnachtstagung, Tagung Freiburg,
Social Banking, Landwirtschaft, Tagung Freie
Bildungsstiftung, Wirtschaftspädagogik, Stuttgart
Open Fair, fairventure, Vortrag US-Haushaltskrise,
Am Puls der Zeit

Literatur _____ 47

Rudolf Isler, Götz W. Werner, Paolo Bavastro u.a.

Aufruf zum Kostenausgleich (C. Strawe) _____ 52

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsarbeit: Katharina Offenborn, Dinkelscherben. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Am 5. Dezember verstarb Nelson Mandela. Sein Tod bewegt Abermillionen Menschen überall auf dem Globus. Er war für sie Inbegriff der Hoffnung auf eine bessere Welt. Mandela war der Repräsentant einer „Menschheitspolitik“ (R. Steiner) der Zukunft. Für seinen Kampf gegen die Apartheid wurde er verfolgt und 27 Jahre eingesperrt. Frei von jedem Hass suchte er die Versöhnung zum Wohl der Menschen Südafrikas, die mit ihm als Präsidenten den Weg in die Freiheit fanden – ohne Gewalt und Bürgerkrieg. Das ist viel, sehr viel, auch wenn die sozialen Probleme Südafrikas gewaltig bleiben. Es zeigt, welchen Unterschied ein Mensch macht, der wie Mandela seinen Handlungsraum konsequent ausschöpft. Eine andere Welt wird möglich, wenn genug Menschen wie er sich zusammenfinden.

Diese Zeilen schreibe ich, kurz nachdem die Nachricht einging, dass dank einer überwältigenden Mehrheit beim Mitgliedervotum der SPD nun die Große Koalition endgültig Realität wird. Der Koalitionsvertrag – bereits als „GroKo-Deal“ persifliert – lässt für die nächsten Jahre kaum auf größere Innovationen hoffen, wenn viele auch Einzelheiten, wie die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, begrüßen mögen. Er strotzt zudem von relativ unverbindlichen „Prüfaufträgen“. Sicher rechnen kann man dagegen mit Machtdemonstrationen gegenüber einer marginalisierten Opposition. Aber auch von dorthier vernimmt man wenig, was den heutigen Notwendigkeiten eines gesellschaftlichen Umbaus wirklich angemessen wäre. So ruhen die meisten Hoffnungen – wieder einmal – auf den Akteuren der zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Leider zeigen sich jedoch auch dort Stagnations-, ja an einigen Stellen sogar Erosionserscheinungen (vgl. den Beitrag von Johannes Lauterbach auf S. 28). Wir müssen alle mithelfen, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie es weitergehen kann. Der Kampf gegen Bedrohungen, wie die geplante Transatlantische Handels- und Investment-Partnerschaft (TTIP), ist sicher ein Anliegen, bei dem die Bewegung neuen Schwung entwickeln kann. Jedoch wird Gemeinsamkeit bei der Ablehnung negativer Entwicklungen ohne mehr Gemeinsamkeit bei der Verfolgung positiver Leitbilder und Ziele nicht weit genug tragen.

Mit diesem Heft wollen wir einmal mehr zur Entwicklung solcher Leitbilder beitragen. Wie immer im Dezemberheft geht es aber auch um die Arbeit im kommenden Jahr. Ich bitte Sie sehr herzlich darum, sich am Kostenausgleich für 2014 zu beteiligen. Näheres finden Sie im Aufruf zum Kostenausgleich am Ende des Heftes. Ich wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr.

Ihr C. Strawe

Notiert – Brennpunkte des Zeitgeschehens

23. September bis 12. Dezember 2013

Christoph Strawe

Deutschland

Eskalation im NSA-Skandal, nachdem Beweise dafür aufgetaucht sind, dass das Handy der deutschen Kanzlerin abgehört wurde +++ Der Grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele besucht den „Whistleblower“ Edward Snowden, dem die Welt Aufklärung über den Umfang der Bespitzelung durch die NSA verdankt, in seinem Moskauer Asyl. Er fordert, Snowden in Deutschland Aufenthaltsrecht zu gewähren +++ Nach den Bundestagswahlen in Deutschland Ende September, bei denen CDU und CSU nur knapp die absolute Mehrheit verfehlten, werden von Angela Merkel Sondierungsgespräche mit der SPD und den Grünen aufgenommen; mit der SPD kommt es schließlich zu Koalitionsverhandlungen. Nachdem der ausgehandelte Koalitionsvertrag schließlich auch durch ein Mitgliedervotum der SPD mit großer Mehrheit gebilligt wird, steht der Bildung einer Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD nichts mehr im Wege +++ Wechsel beim Spitzenpersonal der Grünen infolge des schlechten Abschneidens der Partei bei den Wahlen +++ Kabinettsbildung in Deutschland: Wolfgang Schäuble bleibt im neuen Kabinett Merkel Finanzminister, SPD-Chef Sigmar Gabriel wird Superminister für Wirtschaft und Energie, Andrea Nahles Arbeits- und Sozialministerin. Die größte Überraschung ist die Ernennung von Ursula von der Leyen zur Verteidigungsministerin. Ihr Vorgänger Thomas de Maizière wird wieder Innenminister, der bisherige Innenminister Hans-Peter Friedrich wechselt ins Amt des Agrarministers. Unerwartet kommt auch der Rückzug von Kanzleramtsminister Profalla, der durch Peter Altmaier ersetzt wird. Dieser wird als Umweltminister von Barbara Hendricks (SPD) abgelöst. Die Besetzung der Ministerien ist zugleich verbunden mit einem Stühlerücken bei Partei- und Fraktionsämtern. Neuer CDU-Generalsekretär wird Peter Tauber, neuer Fraktionsvorsitzender der SPD Thomas Oppermann +++ Die Kritik am Limburger Bischof Tebartz von Elst will nicht verstummen. Der Papst beurlaubt ihn, bis eine Kommission der Bischofskonferenz alle im Zusammenhang mit den Kosten der Bischofsresidenz aufgekommene Fragen genau geprüft hat +++ Die Debatte um den Bischof greift auch auf die Frage der Kirchenfinanzierung über. Dabei wird vielen zum ersten Mal bewusst, dass die Kirchen nicht nur Kirchensteuer erhalten, sondern auch nach wie vor hohe Entschädigungszahlungen aufgrund des Verlustes an kirchlichem Besitz im Zuge des von Napoleon Bonaparte veranlassten sogenannten Reichsdeputationshauptschlusses +++ Nach Aussagen des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Robert Zollitsch will die katholische Kirche auf wiederverheiratete Geschiedene zugehen. Bisher waren sie automatisch von der Kommunion ausgeschlossen. Es bleibt offen, ob das geändert

werden soll +++ Das Bundesverfassungsgericht gibt einer Klage der Linken statt und erklärt die generelle Überwachung der Partei für rechtswidrig +++ Der Skandal um den Flughafen BER nimmt kein Ende: Auf Betreiben des neuen BER-Chefs Mehdorn wird der bisherige Technik-Chef Amann abgesetzt. Da Matthias Platzeck aus Gesundheitsgründen vom Amt als Aufsichtsratsvorsitzender zurückgetreten ist, übernimmt Klaus Wowereit erneut den Posten +++ Eine Reihe afghanischer Helfer der Bundeswehr erhalten nach deren Abzug Aufenthaltsrecht in Deutschland, um sie vor Racheakten der Taliban zu schützen +++ Die Deutsche Bank meldet massive Gewinneinbrüche +++ Kunstfund in München: zumindest bei einem Teil der bei dem Sammler Gurlitt aufgefundenen Kunstwerke scheint es sich um NS-Raubkunst zu handeln +++ Tod des ehemaligen Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel +++ In Hessen nimmt der bisherige Ministerpräsident Volker Bouffier Koalitionsverhandlungen mit den Grünen auf, die Gespräche kommen offenbar gut voran +++ Tod des bedeutenden Kabarettisten Dieter Hildebrandt +++ Das vom Bundesrat beim Verfassungsgericht angestrebte NPD-Verbotsverfahren läuft an +++ Ein Orkan richtet in Deutschland erhebliche Schäden an, die Dimensionen der Zerstörungen in den Küstenregionen erreichen jedoch nicht das befürchtete Ausmaß +++ Die Piratenpartei wählt eine neue Führung +++ Die SPD schließt bei künftigen Wahlen auch Koalitionsverhandlungen mit der Linken nicht mehr grundsätzlich aus +++ Prozess gegen Ex-Bundespräsident Christian Wulff, bei dem es um den Vorwurf der Bestechlichkeit geht. Wulff hatte eine Beendigung des Verfahrens durch eine Geldzahlung abgelehnt und rechnet mit seiner vollständigen Rehabilitation +++ Christian Lindner wird zum neuen Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei gewählt. Er will die gebeutelten Liberalen wieder ins Parlament führen +++

Europa

Debatte über Flüchtlingspolitik: Bei der Flüchtlingstragödie vor Lampedusa ertrinken mehr als 360 Flüchtlinge vor der Küste der italienischen Insel. Seither steht die Einwanderungspolitik der Europäischen Union verstärkt in der Kritik. Die EU besteht jedoch nach wie vor auf forcierten Abschottungsmaßnahmen +++ Der italienische Ministerpräsident Letta gewinnt eine Vertrauensabstimmung, was eine herbe Niederlage für Silvio Berlusconi darstellt, der schließlich aufgrund seiner rechtskräftigen Verurteilung auch vom italienischen Senat ausgeschlossen wird +++ Bei einer Volksabstimmung votieren die Schweizer gegen Gehaltsobergrenzen für Manager +++ Bei einem Treffen schmieden die Vorsitzende der französischen Front National Marine Le Pen und der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders Pläne für einen rechten Block im Europäischen Parlament +++ Die EZB senkt den Leitzins von 0,5 auf 0,25 Prozent +++ Die EU-Kommission kündigt eine Prüfung des deutschen Exportüberschusses an. Dieser hat im September die Rekordmarke von 20 Milliarden Euro erreicht +++ Wegen Zinsmanipulationen beim sog. Libor verhängt die EU-Kommission hohe Bußgelder

gegen 6 Großbanken. Allein die Deutsche Bank muss 725 Millionen Euro zahlen +++ In Österreich bildet sich nach den Wahlen eine Große Koalition +++ Der größte europäische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS kündigt den Abbau von tausenden Arbeitsplätzen an +++ Marode europäische Banken sollen künftig nach einem Beschluss der EU-Finanzminister über einen neugeschaffenen Fonds abgewickelt werden können. Über die Notwendigkeit einer Abwicklung soll ein Gremium aus EU-Kommission und nationaler Bankenaufsicht entscheiden +++ Die EU will den Verbrauch von Plastiktüten eindämmen +++ Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine über ein Assoziierungsabkommen. Das Abkommen scheitert, nicht zuletzt, weil die Ukraine die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Timoschenko nicht ausreisen lässt. Es kommt zu Pro-EU-Massendemonstrationen in Kiew. Angesichts der Heftigkeit der Proteste sieht sich Präsident Janukowitsch veranlasst zu lavieren und mit der Opposition Gespräche aufzunehmen. Diese äußert sich über die Ergebnisse jedoch enttäuscht und fordert weiterhin Neuwahlen +++

Welt

Der neue Klimareport der UNO warnt vor einem Anstieg des Meeresspiegels +++ Der iranische Staatspräsident Ruhani verurteilt den Holocaust, den sein Vorgänger Ahmadinedschad geleugnet hatte +++ Der Iran erklärt, die Atomfrage durch Verhandlungen lösen zu wollen. Vorgeschlagen wird eine atomwaffenfreie Zone in der Region, Israel solle den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen +++ In neuen Verhandlungen über das iranische Atomprogramm einigen sich die fünf UN-Vetomächte und Deutschland mit dem Iran auf ein Übergangsabkommen. Es sieht unter anderem eine Begrenzung der Urananreicherung und eine Ausweitung der Kontrollen durch die Internationale Atomenergiebehörde IAEA vor. Dafür sollen die Sanktionen gelockert werden +++ Der UN-Sicherheitsrat beschließt einstimmig eine Resolution für die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen +++ Der ehemalige hohe chinesische KP-Funktionär Bo Xi Lai wird zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt +++ Ein ägyptisches Gericht verbietet die Muslimbruderschaft +++ Im US-Kongress streiten sich Republikaner und Demokraten erbittert über den Haushalt. Die Opposition versucht mit einem Nervenkrieg politische Zugeständnisse zu erpressen. So soll die bereits beschlossene und rechtlich geprüfte Gesundheitsreform ausgesetzt werden +++ Im Oktober wird eine vorübergehende Einigung bis 15. Januar erzielt. Davor war es erstmals seit den 90er Jahren zu einem sogenannten Shutdown gekommen: Wegen der fehlenden Haushaltsgrundlage wurde ein Zwangsurlass über Hunderttausende im öffentlichen Dienst Tätige verhängt. Im Dezember wird ein weitergehender Kompromiss ausgehandelt, der u.a. Streichungen bei Pensionen von Militärs und Beamten vorsieht, womit ein neuer Haushaltsnotstand Mitte Januar erst einmal abgewendet scheint. Das Problem des Haushaltsdefizits von 17 Billionen Dollar ist damit aber natürlich nicht gelöst +++ „Obamacare“, die US-amerikanische Gesundheitsreform startet mit großen Schwierigkeiten: Aufgrund von Programmierfehlern ist die für Versiche-

rungsabschlüsse eingerichtete Internetseite lange nicht funktionsfähig +++ In seinem ersten 200 Seiten starken apostolischen Lehrschreiben „Evangelii Gaudium“ fordert der neue Papst Franziskus eine Öffnung der katholischen Kirche. Ihm sei eine „verbeulte“ Kirche, die verletzt und beschmutzt ist, weil sie auf die Straßen hinausgegangen ist“, lieber als eine, „die aufgrund ihrer Verschlossenheit und ihrer Bequemlichkeit, sich an die eigenen Sicherheiten zu klammern, krank ist“. Das herrschende wirtschaftliche System nennt er „an der Wurzel ungerecht“, Menschen würden wie Müll behandelt, die Welt lebe „in einer neuen Tyrannei des ‚vergötterten Marktes‘“. Auch fordert er eine „heilsame Dezentralisierung“ der Kirche. Dem Priesteramt der Frau wird weiterhin eine Absage erteilt +++ Die Spionagevorwürfe gegen die USA erhärten sich immer mehr +++ Der Austritt von Radioaktivität aus dem havarierten Atomkraftwerk in Fukushima ist weiterhin nicht unter Kontrolle, der Betreiber Tepco leitet jetzt noch mehr hochgradig radioaktiv verseuchtes Wasser in den Pazifik +++ Die Weltklimakonferenz in Warschau endet lediglich mit Minimalkompromissen +++ Ein entsetzlicher Taifun wütet auf den Philippinen, er fordert Tausende Todesopfer und macht die Bebauungen ganzer Landstriche dem Erdboden gleich +++ China kündigt die Lockerung der sog. Einkind-Politik und die Abschaffung des Systems der Arbeitsstraflager an +++ Eskalation des „Inselstreits“ zwischen China einerseits, Japan, Südkorea und den USA andererseits. Letztere erkennen die von China einseitig ausgerufene „Sicherheitszone“ nicht an +++ Schwere Unruhen in Thailand, wo sich zwei politische Lager unversöhnlich gegenüber stehen +++ In letzter Minute kommt es bei der WTO-Konferenz in Bali zu einer Einigung über ein neues Welthandelsabkommen +++ Immer neue Enthüllungen über staatliche Ausspähung von Internetdaten: Die NSA sammelt offenbar Ortsdaten von 100ten Millionen Handys +++ Tod Nelson Mandelas. Die Welt nimmt Abschied von dem Kämpfer gegen die Apartheid, der Südafrika als Präsident den friedlichen Übergang zu einer Demokratie sicherte. Bei der offiziellen Trauerfeier sind fast 100 Staatsoberhäupter anwesend +++ China glückt die erste Mondlandung einer Raumsonde. „Jadehase“ soll in den nächsten Monaten als eine Art Observatorium auf dem Mond fungieren +++ Blutiger Machtkampf in Nordkorea. Staatschef Kim Jong Un lässt seinen Onkel Chang Song Taek, der als graue Eminenz gilt, verhaften, wegen Hochverrats anklagen und hinrichten. Beobachter vermuten, dass dies nur der Auftakt zu weiteren blutigen „Säuberungen“ ist +++ Schneechaos in Israel und Ägypten: Seit Jahrzehnten war dort kein Schnee mehr gefallen. Die Wetterverhältnisse in Nahost machen auch den syrischen Flüchtlingen schwer zu schaffen +++

Stand des Kostenausgleichs

Bis Ende November waren ca. 30.000 EUR für Rundbrief und allgemeinen Kostenausgleich eingegangen. Wir danken für alle Beiträge. Wo wir finanziell stehen und wie es 2014 weitergehen soll, wird im „Aufruf zum Kostenausgleich“ auf S. 53 ff. näher erläutert.

Wege aus dem Preischaos

Preisbildung, ökonomisches Gleichgewicht und soziale Gerechtigkeit

Vom 8. – 10. November dieses Jahres fand im Rudolf Steiner Haus Frankfurt/M ein Seminar des Instituts für soziale Gegenwartsfragen unter dem oben stehenden Titel statt. Wie schon in den beiden vergangenen Jahren ging es um die heutige Aktualität und methodische Fruchtbarkeit von Nationalökonomischem Kurs und Philosophie der Freiheit von R. Steiner und ihre Beziehung zueinander. Es handelt sich bei dem folgenden Text um die von Christoph Strawe besorgte Zusammenfassung von Vorträgen, die Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl und er selbst bei diesem Seminar gehalten haben.

Von der Philosophie der Freiheit zum
Nationalökonomischen Kurs:

Die Suche nach sozialer Gerechtigkeit – Motive und Triebfedern

Christoph Strawe

I. Zur Geschichte des Ringens um soziale Gerechtigkeit

Wer Lexika wälzt, wird viele intelligente Definitionen von sozialer Gerechtigkeit finden, mit denen man sich mit Gewinn auseinandersetzen kann. Wir finden eine Fülle unterschiedlicher Anschauungen. Einige sehen für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit den Staat in der Pflicht, einen positiven Zustand

des allgemeinen Wohls herzustellen, andere betonen die Chancengerechtigkeit als Kriterium einer gerechten Gesellschaft. Letztlich stimmen aber alle darin überein, dass soziale Gerechtigkeit ein Ideal, einen Wert, darstellt. Es geht also um eine klassische, ethische Fragestellung, um eine Sollensforderung, der entsprochen werden soll. Gerechtigkeit kann zwar auch als eine individuelle Tugend aufgefasst werden, primär aber sieht man sie heute als eine „Tugend sozialer Institutionen“, wie es John Rawls formulierte.

In Bezug auf die historischen Epochen zeigen sich große Unterschiede im Gerechtigkeitsempfinden. Frühere Zeiten nahmen Ungleichheit als naturgegeben bzw. gottgewollt hin. Noch Aristoteles galt die Sklaverei als etwas Normales und Gerechtes. Erst in der Gegenwart rücken Gerechtigkeit und Gleichheit inhaltlich nahe zusammen. Auch hat sich der Gerechtigkeitsbegriff immer mehr ausgeweitet: Wir sprechen heute von globaler Gerechtigkeit, von Generationengerechtigkeit, von der Gerechtigkeit gegenüber Tieren usw.

Je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, umso mehr finden wir den Gerechtigkeitsgedanken noch losgelöst vom Gleichheitsgedanken. Die Überschneidung von Gleichheits- und Gerechtigkeitsgedanke entfaltet erst in der Neuzeit die enorme Stoßkraft, die wir heute kennen. In den alten Zeiten wird Gerechtigkeit eher als etwas empfunden, was von den Herrschenden im Sinne der göttlichen Ordnung einzufordern ist. Es gibt das Bild des gerechten Herrschers, aber noch nicht die Forderung des Einzelnen auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe. Bei den Propheten im alten Israel etwa finden wir viele Aussagen, in denen Gerechtigkeit angemahnt wird, aber immer in dem Sinne, dass gesagt wird: Die Reichen, die Eliten verstoßen gegen Gottes Gesetz und dagegen müssen wir anpredigen: Wehe denen, die den Witwen und Waisen ihre Rechte verwehren, das Volk unterdrücken und ausbeuten.

Griechenland und Rom, Mittelalter

Mit Blick auf Griechenland und Rom können wir sehen, wie die hierarchische Starrheit der Gesellschaft aufzuweichen beginnt. Jetzt hat man das Gefühl, dass ohne den gesetzgeberischen Eingriff bestimmter Menschen die Gerechtigkeit gestört, ja zerstört wird. Ein Lykurg in Sparta, ein Solon in Athen treten auf. Eindrucksvoll beschrieb Friedrich Schiller¹, wie sich zerstörerische soziale Gegensätze entwickelt hatten und wie durch die Gesetzgebung ein Zustand sozialer Balance wiederhergestellt wurde: „Die reichen Bürger tyrannisierten die armen und die Verzweiflung der letzteren äußerte sich in Empörung“. Lykurg erließ die Anordnung, das „ganze Land in gleichen Teilen unter den Bürgern zu verteilen und den Unterschied zwischen den Reichen und Armen auf immerdar aufzuheben“. Das erste, womit Solon „sein Werk eröffnete, war das berühmte Edikt [...], wodurch

¹ Friedrich Schiller: Die Gesetzgebung des Lykurg und des Solon (1790), zit. nach Kreiß, Christian: Profitwahn. Marburg 2013, S. 31–33.

alle Schulden aufgehoben und zugleich verboten wurde, dass künftig einer dem anderen auf seinen Leib etwas leihen durfte.“ Man sieht, welche Bedeutung damals schon die Boden- und die Geldfrage für den sozialen Frieden hatte.

Wer als erster sehr bewusst die Frage nach Gerechtigkeit reflektiert, ist Aristoteles (384 bis 322 v. Chr.). Dabei bezieht er auch – was für diese Zeit gewiss keine Selbstverständlichkeit ist – Wirtschaftsfragen mit ein. Er unterscheidet zwischen der *Ökonomia* (der Hauswirtschaft) und der *Chremastia* (dem Gelderwerb).

Wie geschieht das? In seiner sogenannten „Nikomachischen Ethik“ entwickelt er eine Tugendlehre, in deren Zusammenhang er zwischen Verstandestugenden und ethisch-charakterlichen Tugenden unterscheidet, die er jeweils als ein Mittleres zwischen Extremen auffasst. Der Mut z.B. ist ein Mittleres zwischen Feigheit und Tollkühnheit. Das höchste Gut ist die Glückseligkeit, wahre Glückseligkeit aber ist eine Frucht der Tugend und Tugend in vollkommener Ausprägung ist die Gerechtigkeit. Aristoteles fasst diesen Begriff nicht nur allgemein, sondern unterscheidet in Bezug auf konkrete zwischenmenschliche Beziehungen darüber hinaus die „austeilende“ und die „ausgleichende Gerechtigkeit“. Zuteilungen des Staates an die Bürger nach Anspruch, Würde, Verdienst usw. fallen unter die erste Rubrik. Bei der zweiten handelt es sich um Rechtsbeziehungen auf der gleichen Ebene. Hierbei ergeben sich wieder zwei Unterbegriffe: die austauschende und die regulative bzw. korrigierende Gerechtigkeit. Letztere finden wir in der Justiz, wenn der Richter durch sein Urteil wieder Gerechtigkeit herstellt, wenn jemandem durch ein Verbrechen Unrecht widerfahren ist.

Für das Thema Preisbildung ist die Kategorie der austauschenden Gerechtigkeit (später *justitia commutativa* genannt) entscheidend. Um diese geht es beim Kauf und Verkauf von Waren und Leistungen. Was ist der gerechte Preis (das *justum pretium*)? Der Preis ist dann gerecht, wenn Leistung und Gegenleistung im Lot sind, wenn gleicher Arbeitsaufwand sich im Preis entsprechend niederschlägt: „Tagwerk“ gegen „Tagwerk“ bietet sich hierfür als einfachste Formel an. Die Forderung nach dem gerechten Preis, wie sie bei Aristoteles auftaucht, wurde von der Scholastik aufgegriffen und hat über Thoma von Aquino in die katholische Soziallehre Eingang gefunden.

Im Römischen Imperium verselbstständigt sich die Rechtssphäre weitgehend. Es entsteht ein ausgefeiltes Eigentumsrecht. Politisch-rechtliche Institutionen entwickeln sich. Der Eigenwille der Menschen kommt stärker zur Geltung. Daraus ergeben sich auch entsprechende Sozialkonflikte. Benachteiligungen werden nicht mehr hingenommen. Man denke an den Ständekonflikt zwischen Patriziern und Plebejern, dem alten Adel und dem gemeinen Volk (nicht zu verwechseln mit den gänzlich rechtlosen Sklaven), der zu einem jahrhundertelangen Ringen führt. Zweimal kommt es zu einem regelrechten Streik der Plebs (*secessio plebis*). Schließlich, 287 v. Chr., wird durchgesetzt, dass Beschlüsse der Volksversammlung nicht nur

für die Plebejer, sondern für alle römischen Bürger bindend sind. Ebenso denke man an die Auseinandersetzungen um Grund und Boden. Kleinbauern protestieren dagegen, dass immer größere Latifundien auf Kosten des *ager publicus*, des „öffentlichen Bodens“, entstehen, und fordern eine Bodenreform.

Der Einschlag des Christentums forciert den Gleichheits- und Gerechtigkeitsgedanken gegenüber dem römischen Machtprinzip. Jedoch wird die neue Religion bald selber romifiziert und so entsteht eine mittelalterlich-feudale Welt, in der die Ungleichheit weiter als gottgewollt gilt. Zugleich gibt es jedoch einen Unterstrom, der in den Forderungen der aufständischen Bauern an die Oberfläche tritt, zunächst ermutigt durch die Reformation, bis sich auch Luther gegen die Bauern stellt. „Wir wollen in Christi Namen keine Eigenleute“, d.h. Leibeigene, „mehr sein“, heißt es in deren Forderungskatalog. „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann“ wird zum geflügelten Wort.

Soziale Gerechtigkeit in der Neuzeit

Jetzt wird zunehmend Gleichheit und nicht mehr die bestehende Ungleichheit als natürliche Ordnung angesehen. Die Gerechtigkeitsforderung als Gleichheitsimpuls auch im Politischen muss sich durchsetzen gegen die Macht des Absolutismus. „Wir sind das Volk“ ertönt es nun. Gleichzeitig beginnt sich die Gerechtigkeitsfrage zu globalisieren. Die europäische Expansion und die sich entwickelnde industrielle Fremdversorgungswirtschaft führen dazu, dass die Bedeutung von Geld und Preisen zunimmt und wirtschaftliche Ungleichheit entsteht, in dem Maße, in dem sich die bürgerliche Gesellschaft entfaltet.

Herrmann Klenner, ein kluger Marxist, bringt das Problem auf den Punkt. Das soziale Gerechtigkeitsproblem in der bürgerlichen Gesellschaft bestehe „in dem Spannungsverhältnis zwischen der Gleichheit der Menschen als Bürger vor dem Gesetz und der Ungleichheit eben dieser Bürger als Menschen unter dem Gesetz. Die Divergenz von formaler und materialer Gleichheit, von *égalité de droit* und *égalité de fait* ist von explosiver Natur.“²

Daraus entsteht eine revolutionäre Dynamik. Die bürgerliche Revolution treibt so über sich hinaus. Die Jakobiner, ihr radikalster Flügel, wollen die Gleichheit vom politischen auf das soziale Feld ausdehnen. Nachdem Napoleon die Revolution beendet hat und sich allmählich eine Arbeiterbewegung bildet, nimmt diese den Impuls der bürgerlichen Revolution auf, radikalisiert und treibt ihn weiter. Allerdings bilden sich in der Arbeiterbewegung bald auch Differenzen heraus darüber, wie radikal man die Gerechtigkeitsforderung fassen müsse, wie gewalttätig oder friedlich der Prozess sich vollziehen müsse bzw. könne, im Zuge dessen die alte Gesellschaft untergeht und eine neue entsteht. Die Spannweite reicht vom Weg über die Diktatur des Proletariats bis zum friedlichen

2 Herrmann Klenner: Aufklärungshistorisches zur sozialen Gerechtigkeit, Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 40, Dezember 1999, 10. Jhrg, <http://archiv.zme-net.de/archiv/xxinfo/h040s24.html>

Hineinwachsen in den Sozialismus durch Reformen und mit dem Stimmzettel.

Beim jungen Karl Marx findet man eine Forderung, die er interessanterweise mit der Kant'schen Formulierung als „kategorischen Imperativ“, als ethisches Gesetz, bezeichnet: „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Das hat Ralf Dahrendorf 1971 die „Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx“ genannt. Allerdings wird bei Marx der individuelle ethische Impuls verdrängt und in die Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsprozesses projiziert: Die Arbeiterbewegung habe keine Ideale zu verwirklichen, sondern die Geschichte selbst dränge mit der Notwendigkeit einer Naturgesetzlichkeit zu einer Ordnung der Gerechtigkeit. Der Rechtsphilosoph Rudolf Stammler hält entgegen, niemand werde eine Partei gründen, um eine Mondfinsternis herbeizuführen. Wie viel Spielraum für den „subjektiven Faktor“ bleiben solle, wird zur heiß umstrittenen Frage. Aus solchen Überlegungen leitet man dann im Austromarxismus die Forderung ab, die Arbeiterbewegung brauche eine Ethik. Sie wird im Neukantianismus gesucht.

Am totalitären Bolschewismus und auch an der perversen Form des Nationalsozialismus kann man erkennen, wie heute jeder Gerechtigkeitsgedanke, der nicht durch das individuelle Empfinden hindurchgeht, sondern kollektivistisch und totalitär „daher kommt“, zum Gegenteil sozialer Gerechtigkeit führt.

Das ist auch die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg, nach dem es viele Versuche gab, die sozialen Gegensätze zu entspannen, was teilweise auch gelungen ist. Allerdings so, dass bestimmte Grundfragen gesellschaftlicher Neuordnung dabei ungelöst blieben. Das führte dazu, dass die Gerechtigkeitsfrage in den später 60er Jahren von der Jugend- und Studentenbewegung mit großer Vehemenz wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Diese Bewegung warf besonders auch die Frage nach globaler Gerechtigkeit auf. Frantz Fanon sprach mit seinem Buchtitel „Die Verdammten dieser Erde“ an, was vielen Menschen erstmals bewusst wurde: das Elend der „dritten Welt“ und die Mitschuld der reichen Länder daran. Ähnliche Empfindungen haben wir heute, wenn wir die Bilder aus Lampedusa sehen. Und ähnliche Motive bewegten und bewegen die Menschen in der „globalisierungskritischen“ Bewegung.

Auch die theoretische Debatte über das Gerechtigkeitsproblem ist in all den Jahren weitergegangen. Sie ist wichtig, weil das Handeln für soziale Gerechtigkeit nicht blind sein darf, sondern erkenntnisgeleitet sein sollte. Doch auf das Handeln kommt es an: Soziale Gerechtigkeit ist eben keine theoretische Frage.

II. Von der Philosophie der Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs

Mit dem Thema „Handeln aus Erkenntnis“ ist ein Motiv angesprochen, das im Mittelpunkt von Rudolf Stei-

ners Philosophie der Freiheit (1894) steht.³ Zwischen der 1893 ausgelieferten Freiheitsphilosophie und dem Ökonomiekurs von 1922 gibt es einen Gegensatz, den wir auflösen müssen, wenn ein wirklicher Bogen vom einen Werk zum anderen geschlagen werden soll. Setzt die Freiheitsphilosophie ganz auf das Urteil des Einzelnen und sein individuelles Handeln („ethischer Individualismus“) lesen wir im Jahr 1922 in einem Vortrag den kategorisch klingenden Satz, im Sozialen seien Einzelurteile immer falsch. Im Kurs selbst ist viel die Rede von gemeinsamem Urteilen in wirtschaftlichen „Assoziationen“.

Gleichzeitig ist als Kontinuität sichtbar, dass in beiden Werken – und in den zwischen ihnen zu verortenden Kernpunkten der sozialen Frage – großer Wert darauf gelegt wird, dass sie keine rein theoretischen Antworten auf die aufgeworfenen Fragen geben. Es solle nach einem Seelengebiet gesucht werden, auf dem sich die Freiheitsfrage täglich neu beantworten lässt (Philosophie der Freiheit). Es solle zu Menschengemeinschaften angeregt werden, die der Entwicklung immer wieder die Richtung nach dem Sozialen geben (Kernpunkte). Die Ökonomie sei immer zugleich eine theoretische und eine praktische Wissenschaft, man sei immer Teil des Ganzen und nicht distanzierter Beobachter. Die Philosophie der Freiheit, heißt es an anderer Stelle, zeige Wege des Einzelnen zur Freiheit, die Kernpunkte der sozialen Frage (und diese Aussage darf man auch auf den Nationalökonomischen Kurs beziehen) zeigen, wie sich die Gesellschaft verändern muss, damit Freiheit im umfassenden Sinn wirklich gelebt werden kann.

Das Ringen um die Freiheitsfrage

Schauen wir zunächst auf das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ aus der Perspektive der Philosophie der Freiheit, wobei wir hier natürlich nur ganz grob skizzieren können. Das Buch beginnt mit der Frage, ob der Mensch Erkenntnissicherheit in Bezug auf seine Freiheitsfähigkeit gewinnen kann. Bin ich, ist mein Mitmensch, zu freien Handlungen in der Lage – oder ist dies eine Illusion, weil wir die Fäden der Notwendigkeit nicht sehen, an denen unser Handeln hängt?

Die Gegner des Freiheitsgedankens argumentieren, in Bezug auf eine Handlung setze sich schlicht das jeweils stärkere Motiv durch bzw. führe die Vorstellung, eine Handlung zu vollziehen, nur dann zum wirklichen Handeln, wenn sie auf eine entsprechende Triebfeder im Menschen treffe. Die Handlung folge daraus dann notwendig und werde nur deshalb als frei empfunden, weil die treibenden Kräfte nicht durchschaut würden. Die Lebenserfahrung zeigt, dass daran viel Wahres ist. Für Handlungen, deren Beweggründe nicht durchschaut werden – und solcher gibt es im Leben viele –, trifft das Argument gewiss zu. Aber was ist, wenn ich aus Gründen handle, die mir voll bewusst sind, wenn ich also selber die Triebfedern meiner Handlung spanne, indem ich aus individueller Einsicht handle?

³ Die Philosophie der Freiheit. Grundzüge einer modernen Weltanschauung. Seelische Beobachtungsergebnisse nach naturwissenschaftlicher Methode. GA 4, Dornach 1995

Sinnvollerweise kann ich die freie Handlung nur auf diesem Feld suchen.

Es muss mir aber bewusst sein, dass ich zuvor klären sollte, ob die durchschauende Tätigkeit des Denkens, durch die ich bewusst zu handeln vermag, mir ebenfalls nur frei erscheint, in Wahrheit aber erzwungen ist. Mit Hilfe der empirischen Methode seelischer Beobachtung können wir uns darüber aufzuklären, indem wir beobachten, wie wir das Denken selbst in seinen Zusammenhängen hervorbringen. Dem folgt die Besinnung auf die Rolle der Wahrnehmung, die uns ihre inneren Zusammenhänge erst offenbart, wenn wir sie mit unserem Denken durchdringen. Erkenntnis erweist sich als Synthese von Wahrnehmung und Begriff. Ihre Grenzen sind keine absoluten und unübersteigbaren, sondern nur jeweils individuell gesetzt. Am Ende des ersten Teils des Buches kann sich das Erlebnis eingestellt haben: Ich bin, insofern als ich bewusst und konsequent denke, der Meister meiner Gedankenprozesse. Deshalb kann ich hoffen, dass ich das Gebiet der Freiheit betrete, wenn ich meine Motive aus dem Denken heraus bilde und meine Triebfedern denkend selber spanne.

Darum geht es nun im zweiten Teil des Werkes, besonders im Kapitel „Die Idee der Freiheit“. Wann können wir in dem genannten Sinne von Freiheit sprechen? Wenn ich triebhaft handle sicher nicht, auch nicht wenn Konvention oder Routine mein Handeln bestimmen. Auch wenn Gefühle meinem Handeln zugrunde liegen, kann das zwar die Quelle von etwas Positivem sein – etwa beim Handeln aus Mitleid –, wirklich frei ist eine solche Handlung jedoch nicht. Bleibt das Handeln aus praktischer Vernunft, aus einem reinen Gedanken heraus. Man meint, nun müsse man aber das Ziel der Suche erreicht haben, bemerkt aber bald, dass das nicht der Fall ist. Tritt der gedankliche Grundsatz – z.B. die Forderung, nicht zu morden – als Gebot auf, dem ich mich unterwerfe, kann diese Unterwerfung vielleicht viel Schlimmes verhindern, eine freie Handlung stellt sie aber nicht dar. Immer aus demselben Vernunftmotiv heraus zu handeln, ist ebenfalls noch kein Zeichen von Freiheit. Wer keinen anderen Wert kennt als Gerechtigkeit, erliegt leicht jenem Gerechtigkeitsfanatismus, der in den Satz mündet „fiat justitia pereat mundus“ – es geschehe Gerechtigkeit und wenn die Welt darüber zugrunde geht. Robbespierre, der alles dem Ideal der Tugend unterordnete, scheute nicht davor zurück, das Ideal mit der Guillotine durchzusetzen. Er war von einer Idee besessen. Selbst der kategorische Imperativ von Kant – nach dem man so handeln soll, dass die Maxime des Handelns als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten können soll – führt in diesem Sinne noch nicht zum freien Handeln, weil er der individuellen schöpferischen Phantasie keinen Raum lässt. Darf ich einen Verfolgten vor der Polizei schützen, indem ich auf die Frage, ob er sich bei mir versteckt, die Unwahrheit sage? Kann es richtig sein, dass alle die Unwahrheit sagen? Offenbar nicht – muss ich ihn also ausliefern? Wirkliche Freiheit beginnt erst da, wo ich selbst entscheide, welches der verschiedenen möglichen Ideale ich meinem Handeln in einer gegebenen Situation zugrundlegen will – wobei ich mich im

vorliegenden Fall zwischen Wahrhaftigkeit und Solidarität gegenüber dem Verfolgten zu entscheiden habe. Wissend, dass keine Maxime von vornherein richtig ist, kann ich versuchen, ein Gehör bzw. ein Gespür für das Richtige zu entwickeln, was nur gelingt, wenn ich mich selbst ganz zurücknehme. Dann wird meine Handlung eine angemessene Antwort darstellen können, d.h. ich werde verantwortlich handeln. Ich handle dann aus Einsicht, folge dem, was sich mir als richtig ergeben hat. Das ist mein Motiv und meine Triebfeder. Ich handle aus Liebe zur Handlung und zu dem, dem ich damit dienen will. (Die gegebene Situation kann natürlich auch ein dauerhafter Notstand sein.)

Gerechtigkeit ist ein Ideal, ein Wert. Je mehr der Mensch sich zur Freiheit hinaufarbeitet, umso mehr muss dieser Wert individuell gedacht, erlebt und empfunden werden, damit er wirksam werden kann. Dann erst können sich Menschen mit ähnlicher Wertorientierung zusammenschließen und damit mehr bewirken, als ein Einzelner vermag.

Die Aufsätze von 1898 und von 1905/06

Der Bogen, der sich von der Philosophie der Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs spannt, wäre nicht tragfähig ohne stützende Pfeiler. Wir müssen daher auch den Erkenntnissen unsere Aufmerksamkeit widmen, die zwischen den beiden Werken gewonnen werden bzw. den praktischen Versuchen, die in dieser Zwischenzeit stattgefunden haben.

Das beginnt mit der Frage nach den Folgen der in der Philosophie der Freiheit betrachteten Situation des Einzelnen für die Struktur der Gesellschaft. Erstmals thematisiert Steiner diesen Punkt explizit in den beiden Aufsätzen „Freiheit und Gesellschaft“ und „Die soziale Frage“ von 1898. In ihnen wird als „soziologisches Grundgesetz“ formuliert, dass sich der einzelne Mensch im geschichtlichen Verlauf von der Herrschaft der Kollektive („Verbände“) emanzipiert. Wenn alle Geschichte jedoch auf einen Individualisierungsprozess hinausläuft, müssen Staat und Gesellschaft, so Steiner, ein radikal neues Verständnis ihrer Rolle entwickeln: für sich nichts, jedoch alles für den Einzelnen zu wollen. Aus dem Obrigkeitsstaat muss ein Rechtsstaat werden, in dem der einzelne Mensch und seine Rechte im Mittelpunkt stehen. Von der Auseinandersetzung mit dem Egoismus als Schatten der Individualisierung ist hier nicht die Rede. Es ist die Zeit, in der Steiner für Max Stirner schwärmt und in einem Aufsatz „Der Egoismus in der Philosophie“ die Philosophiegeschichte in dessen Schaffen gipfeln lässt. Betrachtet man die Aufsätze isoliert, könnte man zu der Auffassung kommen, dass der Autor auf diesem Wege schließlich zu einer Art Neoliberalismus gelangt sein müsse.

Aber weit gefehlt: Als Reaktion auf eine Anfrage aus der Öffentlichkeit, was die Theosophie denn zur sozialen Frage zu sagen habe, veröffentlicht Steiner in den Jahren 1905/06 eine Reihe von Aufsätzen, in deren Mittelpunkt die These steht, das Heil einer Gesamtheit zusammenarbeitender Menschen sei umso größer, je mehr jeder für den anderen tätig

werde. Das bezeichnet er als „Soziales Hauptgesetz“, aus dem sich die Forderung nach der Trennung von Arbeit und Einkommen ergibt. Dieses Gesetz sei kein moralisch-ethischer Imperativ, sondern in ihm wird die notwendige Beziehung zwischen Altruismus und Heil der Gesamtheit dargelegt. Ethische Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, obliege dem Urteilsvermögen des Einzelnen. Vor allem müssen Einrichtungen geschaffen werden, die es unmöglich machen, dass jemand alles für sich einheimsen könne. Was gerne übersehen wird: Bereits davor taucht im Text die Preisfrage auf: Produkte zu billig zu erwerben, sei Ausbeutung. Es wird dann noch betont, der Egoismus könne nur überwunden werden, wenn die Menschen einen Sinn in ihrer Arbeit für den anderen sehen. Der Bedarf des anderen muss Motiv des Handelns werden. Dass diese Art der Motivation nur mangelhaft entwickelt war, sei der Grund für das Scheitern der Kolonie „New Harmony“ gewesen, die der große Sozialreformer Robert Owen in Amerika gegründet hatte.

Die Dreigliederungsbewegung 1917 – 1922

Der Versuch, unmittelbar in den politisch-gesellschaftlichen Prozess einzugreifen, beginnt mit den Memoranden des Jahres 1917, jenem Entwurf eines mitteleuropäischen Friedensprogrammes, das durch eine Sozialreform Vertrauen schaffen sollte. Dem politischen Parlament sollte ein Kultur- und ein Wirtschaftsparlament an die Seite gestellt werden.

Bei den Regierenden in Wien und Berlin fand die Initiative nicht das nötige Echo, die Entwicklung trieb in die militärische Katastrophe. In der Zeit der Novemberrevolution hält Steiner Vorträge in der Schweiz, in denen er die Frage nach den sozialen und antisozialen Triebfedern im Menschen als eine Schlüsselfrage für das soziale Wirken herausstellt. Sinngemäß führt er aus: Die antisozialen Triebe sind im Zeitalter der Individualisierung das „Lebensbrot“ der Menschheit. Ich-Entwicklung bedeutet im ersten Schritt Abgrenzung und Bindungsverlust. Das ist notwendig. Nicht Moralpredigten können die Konsequenz sein, sondern die bewusste Pflege des Sozialen. Während sich das Antisoziale von selbst entwickelt, wird das Soziale ohne Pflege immer dünner. Diese Pflege hat zwei Seiten: Einerseits sind Übungen zur Stärkung des sozialen Willens und der sozialen Fähigkeiten notwendig, aber zugleich müssen Einrichtungen geschaffen werden, an denen der Egoismus anstoßen und sich dadurch immer mehr selbst korrigieren kann.

Wenige Monate später, im April 1919, nachdem ein Dreigliederungsauftrag eine Volksbewegung einleitete, erscheint das Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“, in dem die Fragen nach Preis – als Ertragsteilungsverhältnis nach außen – und Einkommen – als Ertragsteilungsverhältnis nach innen – in eine Formel gefasst werden, die im Nationalökonomischen Kurs so wieder aufgegriffen wird:

„Nur durch eine Verwaltung des sozialen Organismus, die in dieser Art zustande kommt im freien Zusammenwirken der drei Glieder des sozialen Or-

ganismus, wird sich als Ergebnis für das Wirtschaftsleben ein gesundes Preisverhältnis der erzeugten Güter einstellen. Dieses muss so sein, dass jeder Arbeitende für ein Erzeugnis so viel an Gegenwert erhält, als zur Befriedigung sämtlicher Bedürfnisse bei ihm und den zu ihm gehörenden Personen nötig ist, bis er ein Erzeugnis der gleichen Arbeit wieder hervorgebracht hat. Ein solches Preisverhältnis kann nicht durch amtliche Feststellung erfolgen, sondern es muß sich als Resultat ergeben aus dem lebendigen Zusammenwirken der im sozialen Organismus tätigen Assoziationen. Aber es wird sich einstellen, wenn das Zusammenwirken auf dem gesunden Zusammenwirken der drei Organisationsglieder beruht.“⁴

In der zweiten Jahreshälfte 1919 hatte die Dreigliederungsbewegung ihren Zenit bereits überschritten, 1922 war sie in der bisherigen Form am Ende, was vielfach so interpretiert wurde, dass R. Steiner die Sache aufgegeben habe. Doch führt man einen Kurs durch, der eine neue, auf praktische Veränderungen im Sinne der Dreigliederung zielende Wirtschaftswissenschaft entwickelt, wenn man die Sache auf Dauer verloren gegeben hat? Das wäre unsinnig.

Der Nationalökonomische Kurs⁵

Der Kurs beruht methodisch auf einem beweglichen Denken in Bildbegriffen, das dem Fluktuierenden der Ökonomie gerecht werden und ein Verständnis der Prozesse von innen heraus – „aus der Retorte“ – ermöglichen soll.

Dass der Kurs „Nationalökonomischer“ heißt, erklärt Steiner selbst aus dem akademischen Sprachgebrauch. Inhaltlich steht in seinem Mittelpunkt die These, dass es eine Nationalökonomie nicht mehr gebe, dass die Erde zum geschlossenen Wirtschaftsgebiet, die Ökonomie zur Weltökonomie geworden sei (besonders im 11. Vortrag). Der englische Titel „World Economy Course“ wird daher der Sache besser gerecht als die deutsche Version.

Das Wirtschaftsleben spannt sich aus zwischen Natur und Geist. Arbeit wird auf die Natur angewendet, um die Produkte zu erzeugen, die wir Menschen brauchen. Menschlicher Geist wird auf die Arbeit angewendet, um sie zu erleichtern, effizienter und damit produktiver zu machen. Durch Rationalisierung wird Arbeitsaufwand erspart. Die wertbildende Bewegung der Anwendung von Arbeit auf die Natur nennt Steiner W1, die der Anwendung von Geist auf Arbeit W2 (2. Vortrag). Der 3. Vortrag arbeitet den objektiven Altruismus der Arbeitsteilung und die Notwendigkeit einer Überwindung der Selbstversorgungsmentalität heraus, der 4. die Entstehung des Kapitals, seine Emanzipation von der Arbeit und die Herausbildung von Geldwirtschaft und Leihkapital. Der 5. Vortrag schließlich betrachtet die Wirtschaft

⁴ R. Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft, GA 23, Dornach 1976, S. 131 f.

⁵ R. Steiner: Nationalökonomischer Kurs. Vierzehn Vorträge, gehalten in Dornach vom 24. Juli bis 6. August 1922 für Studenten der Nationalökonomie. GA 340, Dornach 1965

als Kreislaufgeschehen von Wertaufbau und -abbau sowie die Rolle wertbildender Spannungen. Stauungen und Blasenbildungen würden pathologisch wirken.

Der 6. Vortrag entwickelt die Formel des richtigen Preises und die Geldfunktionen des Kaufens, Leihens und Schenkens sowie die Rolle der Assoziationen für die Steuerung der Geldprozesse. Die bisherige Ökonomie habe die volkswirtschaftliche Rolle des Schenkungsgeldes nicht verstanden. Die Ökonomie der Zukunft lebe von der Kultur, die in der Gegenwart von Schenkungsgeld getragen werden müsse, was zu einer gesunden Entwertung führe. (Heute haben wir dafür die nicht unproblematische Form der Zwangsschenkung über Steuern.)

Der 7. Vortrag unterscheidet Ruhe- und Bewegungsfaktoren im Wirtschaftsleben und zeigt die Problematiken von Lohnverhältnissen und Bodenpreis. Im 8. Vortrag werden die konventionellen Vorstellungen über die Rolle von Angebot und Nachfrage kritisiert und drei Preisgleichungen entwickelt. Das Geld sei ein Rechtsfaktor, die Entwicklung gehe von der Tauschwirtschaft über die Geldwirtschaft zur Fähigkeitenwirtschaft. Der 9. Vortrag behandelt die Herausbildung einer entpersönlichten Geldzirkulation.

Der 10. Vortrag verhilft – wie noch zu zeigen sein wird – zur Auflösung des Widerspruchs zwischen individueller und sozialer Ethik. Im 11. Vortrag geht es, wie bereits bemerkt, um die Entwicklung zur Weltwirtschaft. Das Geld ist Stellvertreterwert von Gütern und Leistungen, unterliegt aber keiner Abschreibung. Diese unreelle Konkurrenz zwischen Ware und Geld müsse überwunden werden, Geld müsse altern und sich am Ende seines Lebens verschenken (12. Vortrag). Geld sei letztlich die „fliegende Weltbuchhaltung“, die Behandlung von Geld als Ware widerspreche dieser Rolle und führe zu Pathologien. Das Geld müsse wieder an den realwirtschaftlichen Prozess gebunden werden. (14. Vortrag)

Altruismus als volkswirtschaftliche Forderung

Das ist der Gang des Kurses, in knappsten Strichen skizziert. Ich greife nun einzelne Stellen heraus, die für unser Thema besonders wichtig sind.

Anders als viele Wirtschaftsethiker, die einer ethikfreien Ökonomie von außen Ethik eintrichtern wollen, hebt Steiner hervor, dass die Ökonomie selbst, indem sie zur Fremdversorgungswirtschaft geworden ist, aus ökonomischen Gründen die Überwindung des Egoismus verlangt. Die Gedanken von 1905/06 fortsetzend, formuliert er im 3. Vortrag: „Das ist nun aber durchaus so, dass wir unmittelbar einsehen: Je weiter die Arbeitsteilung vorrückt, desto mehr muss das kommen, dass immer einer für die anderen arbeitet, für die unbestimmte Sozietät arbeitet, niemals für sich. Das heißt aber mit anderen Worten: Indem die moderne Arbeitsteilung heraufgekommen ist, ist die Volkswirtschaft in Bezug auf das Wirtschaften darauf angewiesen, den Egoismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Bitte, verstehen Sie das nicht

ethisch, sondern rein wirtschaftlich! Wirtschaftlich ist der Egoismus unmöglich. Man kann nichts für sich mehr tun, je mehr die Arbeitsteilung vorschreitet, sondern man muß alles für die anderen tun.“

„Im Grunde genommen ist durch die äußeren Verhältnisse der Altruismus als Forderung schneller auf wirtschaftlichem Gebiet aufgetreten, als er auf religiös-ethischem Gebiet begriffen worden ist. Dafür gibt es eine leicht erhaschbare historische Tatsache.“

„Das Wort Egoismus, das werden Sie als ein ziemlich altes finden, wenn auch vielleicht nicht in der heutigen schroffen Bedeutung, aber Sie werden es als ein ziemlich altes finden. Das Gegenteil davon, das Wort Altruismus, das Denken an den anderen, ist eigentlich kaum hundert Jahre alt, ist erst sehr spät als Wort erfunden worden, und wir können daher sagen – wir wollen uns nicht auf diese Äußerlichkeit zu stark stützen, aber eine historische Betrachtung würde das zeigen.“

„Die ethische Betrachtung war noch lange nicht zu einer vollen Würdigung des Altruismus gekommen, da war schon die volkswirtschaftliche Würdigung des Altruismus durch die Arbeitsteilung da. - Und betrachten wir jetzt diese Forderung des Altruismus als volkswirtschaftliche, dann haben wir das, ich möchte sagen, was weiter daraus folgt, unmittelbar: Wir müssen den Weg finden in das moderne Volkswirtschaften, wie kein Mensch für sich selber zu sorgen hat, sondern nur für die anderen, und wie auf diese Weise auch am besten für jeden einzelnen gesorgt ist. Das könnte als ein Idealismus genommen werden; aber ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam: ich spreche in diesem Vortrag weder idealistisch noch ethisch, sondern volkswirtschaftlich. Und das, was ich jetzt gesagt habe, ist einfach volkswirtschaftlich gemeint. Nicht ein Gott, nicht ein sittliches Gesetz, nicht ein Instinkt fordert im modernen wirtschaftlichen Leben den Altruismus im Arbeiten, im Erzeugen der Güter, sondern einfach die moderne Arbeitsteilung. Also eine ganz volkswirtschaftliche Kategorie fordert das.“

„Das ist ungefähr, was ich dazumal in jenem Aufsatz habe darstellen wollen: dass unsere Volkswirtschaft mehr fordert von uns, als wir in der neuesten Zeit ethisch-religiös leisten können. Darauf beruhen viele Kämpfe.“⁶

Von der subjektiven zur objektiven Selbstlosigkeit

Für unser Thema zentral ist der 10. Vortrag vom 2. August 1922. Er beginnt mit dem Gedanken, dass bei jedem Tausch von Ware gegen Geld für beide Partner ein Vorteilmehrwert entstehen müsse, wenn er zustande kommen soll. Hätte der eine nicht mehr Nutzen von der Ware als von dem Geld in seinem Portemonnaie, würde er nicht kaufen, hätte der andere nicht mehr Nutzen vom Geld als von der Ware, so würde er sie nicht verkaufen. Heute würden wir von einer Win-Win-Situation sprechen.

6 GA 340, dritter Vortrag, Dornach 26. Juli 1922, S. 45 f.

Wenn dieser Vorteilmehrwert nicht entsteht, kommt der wirtschaftliche Prozess zum Erliegen. Dass er entsteht, ist eine Frage des Preises. Dieser müsse daher zur Handlungsgröße werden, dürfe nicht mehr schlicht als Urteil des Marktes hingenommen, und auch nicht bürokratisch dekretiert werden.

Das heißt, es besteht die Notwendigkeit, das Preisgefüge immer wieder in die richtige Richtung zu bringen. Das kann nur in Organen geschehen, die aus Repräsentanten aller Beteiligten – Produktion, Zirkulation und Endverbraucher – bestehen. Steiner nennt sie Assoziationen. Dort können Verabredungen getroffen werden, die zu realen Veränderungen führen, was sich darin widerspiegelt, dass zu niedrige Preis nach oben, zu hohe nach unten korrigiert werden.

Die TeilnehmerInnen an solchen runden Tischen bringen ihre Sacherfahrung ein, das wirtschaftliche Gespür, das sich nur in der Praxis bildet (von R. Steiner „empfundene Erfahrung“ genannt). Sie haben eine Wahrnehmung in bezug auf ihre jeweiligen Tätigkeitsfelder, die infolge der Arbeitsteilung sehr vielfältig sind und nicht von einem einzelnen Menschen oder einer Gruppierung überblickt werden können. Wenn aber Erkenntnis die Synthese von Wahrnehmung und Begriff ist, wie wir in der Philosophie der Freiheit gelernt haben, so wird ein angemessenes wirtschaftlich-soziales Urteil (R. Steiner spricht von „selbsttätiger Vernunft“) nur möglich, wenn ein Prozess stattfindet, bei dem die segmentierten Wahrnehmungselemente im Sinne einer Bildgestaltung zusammengetragen werden. Nur im Dialog, in dem sich eigene Interessenstandpunkte im Hinblick auf die Lebenslage der Partner relativieren, entsteht eine Dynamik des Interessenausgleichs, kann „objektiver Gemeininn“ (Steiner) erwachsen, sind faire Arrangements die Folge.

Jüngst wurde von der Hirnforschung untersucht, wie das menschliche Empfinden auf verschiedene Preise reagiert. Das Ergebnis war, dass die Kauflust sowohl bei zu niedrig als bei zu hoch empfundenen Preisen abnimmt, eine als ausgewogen erlebte Preislage dagegen zu höchster Kaufbereitschaft führt. Das ist jedoch eine sehr subjektive Empfindung einer Mitte und kann auch nicht mehr sein, da ein einzelner, wie bereits gesagt, nicht überschauen kann, wie sich ein Endpreis real aus den Vorstufen ergibt. Nur im assoziativen Gespräch kann sich ein sozial gerechtes und ökonomisch richtiges Preisempfinden bilden.

Der richtige und gerechte Preis ist dabei keine fixe statistische Größe, sondern eine dynamische. Durch eine solche Kooperation in Assoziationen kann soziale Gerechtigkeit Motiv und Triebfeder für alle Beteiligten werden. Bleibt es bei einer ökonomischen Ordnung, die von Daseinskampf statt Kooperation bestimmt ist, droht Empathieverlust in unserer Gesellschaft. Wir brauchen aber Empathie, um zu der Gesellschaft zu werden, die Jeremy Rifkin in seinem Buch „Die empathische Zivilisation“ zu Recht beschwört.⁷

⁷ Jeremy Rifkin: Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein. Frankfurt/M (Campus) 2009

Wie entstehen Preise heute? – Ursachen des Preischaos (Marktversagen – Staatseinmischung – Scheinmarktwirtschaft usw.)

Harald Spehl

Treffen sich zwei Preise. Fragt der eine: Was machst Du am Wochenende? Sagt der andere: Fallen.

Dass solche Witze kursieren, lässt tief blicken. Preise sind Thermometerstände – was aber ist mit dem Thermometer los? Offensichtlich ist es außer Rand und Band geraten. Besonders auffällig ist zurzeit der Preiskampf im Möbelhandel. Im Rhein-Main-Raum macht ein neuer Möbelmarkt auf und wirbt mit 20% Rabatt. „20% auf alles, außer Tiernahrung“ war die Parole der Praktiker-Märkte, die nun insolvent sind. Die Pleite eines der großen Player im Möbelmarkt ist leicht zu prophezeihen. „Geiz ist geil“, „Ich bin doch nicht blöd!“, jeder kennt die Parolen. Offenbar ist jeder Preis möglich – auf denn zur Schnäppchenjagd!

Inzwischen bekommen Unternehmen Angst vor der eigenen Billig-Billig-Strategie: „Handel sucht den Notausgang“ lautete jüngst eine Schlagzeile. Erstmals haben die Discounter ihre Preise stärker erhöht als die Supermärkte.

Wo wir hinschauen, finden wir Verwirrendes, eben Preischaos. Im einem Laden wird ein Schuh für 100 Euro angeboten, in einem anderen Laden ist ein von dem ersten kaum unterscheidbarer Schuh für 500 Euro ausgestellt, und offenbar zahlt jemand diesen Preis. Es kommt vor, dass Verbraucher kurz wach werden und sich z.B. mit den Bauern solidarisieren, die einen auskömmlichen Milchpreis fordern. Aber solche Empörung verpufft leicht wieder, der Milchpreis fällt. Und die europäische Union pumpt weiter Milchpulver in Drittweltländer und zerstört deren Milchwirtschaft. Wie fühlt man sich mit dem Strompreis? Ist es richtig, dass die Verbraucher über die EEG-Umlage die Energiewende bezahlen? Sollte der Preis für erneuerbare Energien am Markt festgelegt werden? Muss der Staat intervenieren? Ist die Forderung nach einem Recht auf Stromversorgung mit bezahlbaren Preisen noch marktwirtschaftskonform?

Gerechter Preis = marktgerechter Preis?

Für einen neoklassischen Ökonomen ist klar, was ein richtiger, gerechter Preis ist. Man hält sich nicht lange mit der verwirrenden Vielfalt des Lebens auf, sondern abstrahiert und schafft ein einfaches Modell des Marktgleichgewichts, das für alle Güter und Leistungen gültig sein soll. „Marktgleichgewicht“ (auch

geräumter Markt) nennt man in der Wirtschaftswissenschaft die Situation auf einem Markt, in der die Menge des Angebots gleich der Nachfragemenge ist. Diese Menge wird als Gleichgewichtsmenge bezeichnet. Da es in der Regel umso mehr Käufer (und weniger Verkäufer) gibt, je niedriger der Preis ist, sowie umso mehr Anbieter (und weniger Nachfrager), je höher der Preis ist, fungiert der Preis als gleichgewichtsbildende Variable. Der Preis, der zum Marktgleichgewicht führt, wird als Marktpreis oder Gleichgewichtspreis bezeichnet.⁸ Die neoklassische Ökonomie vertritt nun schlicht die Auffassung, der Marktpreis, der sich im Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bildet, sei eben der gerechte Preis.

Hinter diesem Modell steht die Annahme des „Homo oeconomicus“ als nutzenmaximierender, materialistisch und hedonistisch orientierter Egoist. Die Anbieter suchen Maximalprofit, die Nachfrager Maximalnutzen. Nur darum müsse man sich kümmern, alles andere besorge die „unsichtbare Hand des Marktes“. Ist der Preis hoch, treten neue Unternehmer in den Markt ein, der Preis sinkt. Ist er zu niedrig, reduziert sich das Angebot, der Preis steigt wieder. Eine besondere Form des Nutzens ist der sogenannte Prestige-Nutzen. Die Louis-Vuitton-Tasche und das I-Phone sind Prestige-Objekte, weshalb diese Produkte preislich in einer anderen Liga spielen als andere. Man spricht von Marktsegmentierung. Gelingt es einem Unternehmen, etwas zu bieten, was „Kult“ wird, kann es weit höhere Gewinne erzielen als ein „Normal“-Anbieter.

Im Welt- und Menschenbild des Marktfundamentalismus ist „der Markt“ eine Maschine, die gerade dadurch funktioniert, dass die Marktteilnehmer in permanentem Wettbewerb miteinander stehen. Die Anbieter werden durch die Peitsche der Konkurrenz ständig zu weiteren Innovationen gezwungen, um

Kosten zu sparen, auch wenn in manchen Märkten – man denke an Flugzeugbau und Werften – die Anbieter oder Nachfrager ein größeres Gewicht haben als in anderen. Im Modell gilt, dass der einzelne Anbieter oder Nachfrager keinen unmittelbaren Zugriff auf die Bestimmung der Preise hat, sondern dass diese sich hinter dem Rücken der Marktteilnehmer durch einen Automatismus bilden. Der Preis ist ein „Datum“, wörtlich übersetzt ein „Gegebenes“.

Anbieter und Nachfrager konkurrieren und reagieren auf dem Markt. Der Markt kennt keine Ethik. Woher aber soll diese kommen? Wir bewegen uns tagtäglich in einer Gesellschaft, die von der Ökonomie dominiert wird. Muss die Ethik dann nicht innerhalb der Ökonomie verankert werden? Wir haben Lehrstühle für Geld, Außenhandel, Rechnungswesen, Marketing usw. – und dann gibt es noch eine Professur für Wirtschaftsethik. Was dort gelehrt wird, hat jedoch keine Folgen für das, was von den anderen Lehrstühlen aus gelehrt wird.

Wir haben es mit einem hochabstrakten Modell zu tun, aus dem jedoch weitreichende Schlüsse für die konkrete Realität gezogen werden. Darf man Mietpreise staatlich deckeln? Der Theorie nach nicht, denn dann geht das Angebot zurück. Die Luftverschmutzung soll durch den Handel mit Verschmutzungszertifikaten bekämpft werden. Im Moment sind die Zertifikat-Preise so niedrig, dass die Kohlekraftwerke mit Vollast laufen. Darf man durch staatlichen Eingriff das Angebot verringern? Für überzeugte Marktwirtschaftler ist das ein ökonomischer Sündenfall. Für Wirtschaftsliberale darf der Staat nur die Bedingungen des Spiels festsetzen, jedoch nicht selber mitspielen.

8 <http://de.wikipedia.org/wiki/Marktgleichgewicht>

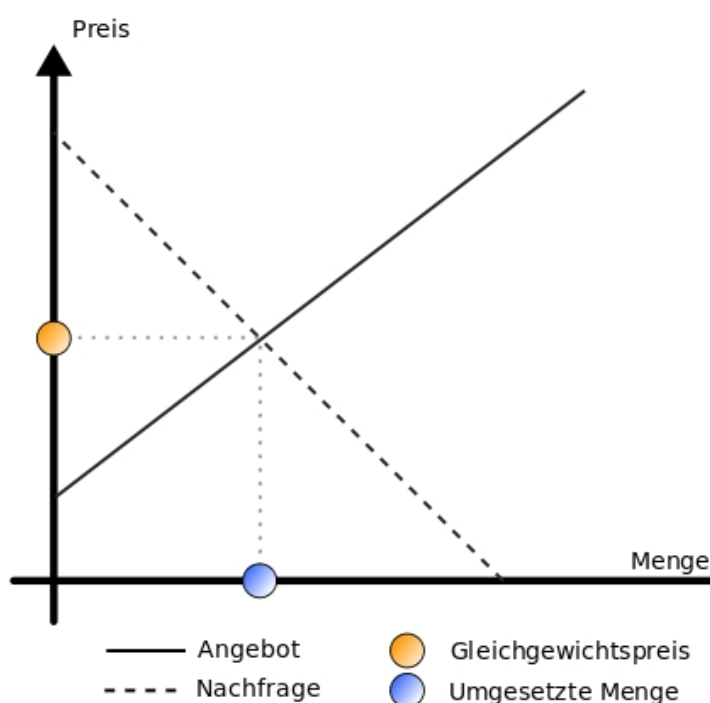


Abb. siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Marktpreis>

Staatsversagen und Marktversagen

Das Problem ist nur, dass sich die Beteiligten oft nicht an die Spielregeln halten, sondern Vorteilsstrategien suchen. Jede Woche fliegt ein Kartell auf, durch das Anbieter versucht haben, das Spiel zu ihren Gunsten zu manipulieren, z.B. durch Preisabsprachen. Neben den Anbieterkartellen gibt es natürlich auch Nachfragerkartelle, z.B. Handelskartelle. Auch hier entsteht Marktmacht, Einkaufspreise werden festgesetzt. Das soll durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und das Kartellamt verhindert werden, das Kartellstrafen verhängt. So soll der Staat den Marktmechanismus funktionsfähig halten, den Markt verteidigen, das Marktversagen verhindern. In der Realität hat man den Eindruck eines „Hase-und-Igel-Spiels“. Auch hohe

Strafzahlungen halten die Unternehmen nicht davon ab, zu ihren Gunsten zu kooperieren.

Interessanterweise ist die Festlegung von Quoten und Preisen dann nicht verboten, wenn es sich um Festlegungen innerhalb eines einzelnen Unternehmens handelt. Es ist untersagt, mit anderen Unternehmen mittels Absprachen zu kooperieren, nicht jedoch andere Unternehmen zu kaufen. Nach vollzogener Fusion geht alles, was vorher nicht ging. Diese Form der „Marktbereinigung“ führt zur Oligopolisierung; viele Märkte werden schlussendlich von wenigen Großen beherrscht. Daran ändert auch die Fusionskontrolle wenig.

Neben der Aufgabe der Marktverteidigung hat der Staat auch die Funktion der Marktergänzung übernommen, beispielsweise durch einen aktiven Verbraucherschutz, der u.a. hygienische Standards und Kontrollen, Einrichtungen zum Warentest, Regelungen zur Gewährleistung und Verbraucherinformation beinhaltet. Der Weg jedes Produkts soll lückenlos von der Herstellung bis zum Laden rückverfolgbar sein, am besten über einen mit dem Smartphone auslesbaren Matrix-Code der auf der Ware aufgebracht ist. Marktergänzung soll da greifen, wo der Markt allein nicht das Notwendige leistet.

Eine dritte Aufgabe des Staates ist die Marktersetzung an Stellen, wo Märkte gar nicht funktionieren. In Deutschland haben wir nur ein Schienennetz und damit ein natürliches Monopol der Deutschen Bahn als Eigentümer. Das rechtfertigt die staatliche Kontrolle oder sogar Festsetzung der Trassennutzungspreise. In der Solarbranche hat der Staat die Einspeisevergütung festgelegt. Ein staatlich fixierter Mindestlohn bedeutet eine Ergänzung oder Ersetzung von Tarifvereinbarungen. Es ist nicht erstaunlich, dass alle Entscheidungen zur Marktersetzung besonders kontrovers beurteilt werden

Bei allen staatlichen Eingriffen in die Märkte wird unterstellt, dass politische Akteure und staatliche Behörden a priori unsere Interessen und das Allgemeinwohl vertreten. Realistischerweise muss aber die Rolle von Parteiinteressen und Eigeninteressen der Bürokratie berücksichtigt werden. Es besteht also keine Garantie, dass mit dem Staat nicht der Bock zum Gärtner gemacht wird. Es gibt eben auch Staatsversagen.

Die Wahl zwischen Staat und Markt ist daher eine Wahl zwischen verschiedenen Übeln, wobei es weitgehend eine Glaubensfrage ist, ob man die Variante „Soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig“ oder die andere „Soviel Staat wie möglich, soviel Markt wie nötig“ bevorzugt. Gibt es keine andere Lösung?

Wie kommt ein Preis kalkulatorisch zustande? Stellen wir uns vor, wir wollten Teddybären produzieren. Da brauchen wir erst einmal Stoff, Füllmaterial, Energie usw., als Produzent bin ich selbst Nachfrager von Vorleistungen. Dann brauchen wir Menschen in Produktion, Vertrieb usw., die ein Einkommen erhalten

müssen. Sozialbeiträge müssen abgeführt werden, Steuern wie Gewerbesteuer und Ertragssteuern sind zu bezahlen. Wir müssen Maschinen einsetzen und ihre Abnutzung einkalkulieren. Für den Kredit, mit dem wir sie bezahlt haben, müssen wir Zinsen bezahlen, außerdem Miete bzw. Pacht. Und natürlich soll ein Gewinn entstehen.

Um im Konkurrenzkampf zu bestehen, versuchen wir Kosten zu senken. Was kann man machen? Vorlieferanten im Preis drücken, Lohnkosten senken (direkt oder über Verlagerung an Subunternehmer oder ins Ausland), Druck auf Politik wegen Sozialbeiträgen und Steuern ausüben, Maschinenpark überaltern lassen. Bei Zinsen und Mieten ist es nicht so leicht, über Senkungen zu verhandeln.

Eine solche betriebswirtschaftliche Sichtweise lässt ein Denken vom Ganzen her nicht zu. Vor kurzem ging ein Beispiel durch die Presse: Ein Unternehmen lässt Orangensaft pressen, beauftragt dazu einen Subunternehmer, dieser einen Subsub-Unternehmer. Was kann das erste Unternehmen dafür, dass dieser billigste Leiharbeitskräfte einsetzt? So tritt an die Stelle von Kostensenkung durch Innovation Einsparung durch Ausbeutung. Es wird möglichst vieles an Dienstleister außerhalb verlagert. So verschwindet die Verantwortung, und alle waschen angesichts von Katastrophen, wie dem Brand einer Textilfabrik in Bangladesch mit vielen Toten, ihre Hände in Unschuld.

In der Wirklichkeit drückt sich im Preis immer ein soziales Verhältnis aus, Preise bestimmen über Einkommen und Arbeitsbedingungen und damit über Lebenslagen. Der fundamentalistisch gefasste Marktgedanke macht aber die Gestaltung der sozialen Verhältnisse durch Verständigung über Preisbildungsfragen unmöglich. Absprache kennt man nur als Kartell zur Übervorteilung Dritter, nicht als verantwortlichen Interessenausgleich aller Partner von der Produktion, über die Zirkulationsstufen bis zum Endverbraucher.

Faktormärkte = Scheinmarktwirtschaft

Arbeits-, Kapital- und Bodenmarkt sind Scheinmärkte. Scheinmärkte deshalb, weil dort etwas gehandelt wird, was keine Ware ist. Arbeit, Boden und Kapital wirken bei der Warenproduktion zusammen, sind aber selber keine wirtschaftlichen Güter. Wir müssen hier vielmehr über Rechte sprechen, z.B. das Recht auf Bodennutzung.

Das Modell der Marktwirtschaft geht aus vom Menschenbild des homo oeconomicus. Aber dieses Menschenbild ist falsch! Der Egoismus ist eine Tatsache, aber er ist nur eine Seite des Menschen, bei der wir auch noch berechnete Selbsterhaltung und Eigensucht auseinanderhalten müssen. Der Mensch ist aber auch ein soziales Wesen, das Sozialfähigkeiten entwickeln kann. Dazu braucht es individuelle Bemühungen, aber auch bestimmte soziale Organisationsformen. Wo gibt es in der

Ökonomie Orte für soziale Lernen? Die Konkurrenz lehrt uns, die Ellenbogen zu gebrauchen, sie lehrt uns nicht, uns dem anderen interessiert zuzuwenden.

Wie könnte diese gegenseitige Zuwendung in der Ökonomie aussehen? Nehmen wir ein schlichtes Beispiel. Jemand wohnt auf dem Dorf und braucht einen neuen Schreibtisch. Im Dorf gibt es einen Schreiner, dem ein guter Ruf vorausseilt, sodass es für den Kunden naheliegt, mit diesem das Gespräch zu suchen. Er wird dabei seine Wünsche formulieren: Massivholz, schlichtes modernes Design, Schubladenelemente, Vorrichtungen zur Unterbringung von Drucker und PC. Das Holz soll aus nachhaltiger Forstwirtschaft kommen. Der Schreiner macht eine Zeichnung und erstellt ein Angebot, das sich, sagen wir, auf 1.500 Euro beläuft. Es entspinnt sich folgender Dialog: Kunde (erschrocken): „Ich kann aber nur 800 Euro zahlen“. Schreiner: „Dafür kann ich diesen Schreibtisch nicht bauen, da bliebe nach Abzug aller Kosten für mich nichts zum Leben übrig.“ Kunde: „Ich bin mit 800 aber an meiner Schmerzgrenze.“ Schreiner: „Ich kann Abstriche an der Konstruktion machen. Wie wäre es mit Furnier aus nachhaltiger Forstwirtschaft? Und können wir es nicht bei schlichten Schubladen belassen? Das könnte ich für 1.000,- Euro machen.“ Wenn das Gespräch gut läuft, hat man sich am Ende angenähert. Vielleicht einigt man sich auf den Mittelwert zwischen beiden genannten Zahlen, also auf 900,- Euro.

Soziales Lernen in assoziativen Gesprächsorganen

Menschen sind sich begegnet und haben miteinander über Preis, Qualität, Material und Umweltkriterien geredet... Der Preis ist jetzt unterlegt mit einer Bildgestaltung über die jeweilige Situation. Aus der Logik der Begegnung kommen wir zu der von C. Strawe im vorigen Abschnitt bereits zitierten Preisformel R. Steiners. Der Preis wird nicht rückwärts im Hinblick auf die Vergangenheit kalkuliert, sondern muss die Fertigung des nächsten Schreibtisches ermöglichen. In die Preisformel sind die Angehörigen des Produzenten miteinbezogen. Das kann sinnvollerweise nicht bedeuten, dass die Preise von Schuhen und Tischen mit der Kinderzahl der Produzenten variieren. Es heißt aber, dass im Preis alle Beiträge mit einkalkuliert sein müssen, die nötig sind, damit durch gesellschaftliche Einrichtungen Sozial Einkommen gezahlt werden können, z.B. Kindergeld.

Es taucht auch die Frage auf, ob der Kunde Produktivitätsfortschritte des Produzenten vollständig als billigeren Preis zugeschrieben bekommen sollte. Auch hier zeigt sich, dass das Maß, in dem das geschieht, Ergebnis eines Verständigungsprozesses sein muss und nicht mechanisch zustande kommen kann. Denn die Verteilung von Produktivitätsgewinnen kann unterschiedlich erfolgen, z.B. auch in Form von Einkommenssteigerung oder Arbeitszeitverkürzung bei den Produzenten.

Der Einwand, dass wir doch nicht mehr alle auf dem Land leben, Schreibtische heute industriell

gefertigt werden und deshalb diese Überlegung reine Sozialromantik darstellt, ist naheliegend, führt aber nicht weiter. Darum geht es ja gerade: Wie können wir in einer Wirtschaft, die eben nicht mehr kleinräumig, sondern global vernetzt ist, die nötigen gesellschaftlichen Organe schaffen, in denen eine solche Bildgestaltung erst möglich wird? Kleine regionale Verständigungskreisläufe sind sicher besonders in der Landwirtschaft auch heute nötig und sinnvoll. So ist der Ansatz der Consumer Supported Agriculture (CSA), bei dem Verbraucher Mitverantwortung für „ihren“ ökologischen Bauernhof übernehmen z.B. in den USA sehr erfolgreich, verbreitet sich aber auch bei uns. Solche Lösungen funktionieren aber nur in begrenztem Rahmen. Es macht ja nicht den geringsten Sinn, die Produktion von Smartphones aus der Region zu propagieren. Die Arbeitsteilung zurückzunehmen ist gerade nicht die Lösung, denn Arbeitsteilung ist die Quelle der Produktivitätsentwicklung und vor allem Motor des objektiven Altruismus.

So ist das Beispiel kein Modell für eine zukünftige Wirtschaft, sondern sollte den Blick auf die Aufgaben ihrer Gestaltung lenken und uns helfen, ein Bild einer zukunftsfähigen Wirtschaft zu entwickeln. Im Mittelpunkt dieses Bildes steht die Begegnung, das „assoziative Gespräch“. Wo wir es nicht mit kleinräumigen Verhältnissen zu tun haben, gehören aber nicht nur die Vertreter von Produzenten und Endverbrauchern an den runden Tisch, sondern auch die Vertreter der Zirkulation, vor allem des Handels. Der Handel verbindet die Enden, die sich in der arbeitsteiligen Wirtschaft immer weiter voneinander entfernt haben. Heute überlagern Eigeninteressen des Handels seine eigentliche Rolle als Vermittler zwischen den Polen. Nimmt er diese Rolle konsequent wahr, ist er ein wesentliches Glied der Assoziationen.

Alles, was nur den Gruppenegoismus verstärkt, geht dagegen offenkundig in die falsche Richtung. Dann sagt die Autoindustrie weiterhin: „Bloß keine zu niedrigen CO₂-Werte“ und die Verbraucher: „Hauptsache billig“. Die Lösung besteht auch nicht darin, der Marktmacht der einen Seite eine entsprechende Marktmacht der anderen gegenüberzustellen. Es geht um Begegnung und die Balance von Interessen und darum, gute gemeinsame Lösungen im Sinne des Ganzen zu erzielen. Im Assoziativen begegnen und korrigieren sich Einseitigkeiten, können soziale Lernprozesse in Gang gesetzt werden. Kurz: Hier geht es nicht um ein mechanistisches Modell, sondern um einen Prozess, der die Entwicklung der Beteiligten und ihrer Sozialfähigkeiten möglich macht.

Ethisches Handeln kann der Wirtschaft nicht von außen eingepflegt werden, sondern muss in ihr selber wachsen können. Erst dann werden die Kräfte des objektiven Altruismus, die rein wirtschaftlich in der modernen Arbeitsteilung angelegt sind, wirklich freigesetzt werden. Die gelegentlich zu hörende Auffassung, ein solcher dritter Weg werde nur dem Markt- und dem Staatsversagen noch das Assoziationsversagen hinzufügen, ist nicht wirklich sachgemäß. Mit Sicherheit werden auch in einer

assoziativen Wirtschaft Fehler gemacht, besteht die Gefahr, dass Macht ausgeübt wird. Es gibt aber auch die begründete Hoffnung, dass solche Fehlentwicklungen korrigiert werden, weil wirkliche Begegnung stattfindet, Lernen erfolgt und damit unverzichtbare soziale Lernprozesse ermöglicht werden.

Bildung und Arbeitsweise assoziativ-kooperativer Organe in der Wirtschaft

Voraussetzung für eine bewusste Beeinflussung wirtschaftlicher Prozesse

Udo Herrmannstorfer

„Individualisierung“ ist das Hauptthema unseres Zeitalters. Damit einher geht die große Frage nach dem Zusammenhang des Menschen mit der Welt. Denn sich zu individualisieren heißt, auf Distanz zu gehen, sich in sich selbst zu zentrieren und damit tendenziell zu isolieren. Dieser Verlust an Zusammenhang zeigt sich zum einen deutlich im Hinblick auf die geistige Welt – womit die Individualisierung an sich im Kern gefährdet ist, da Individualität letztlich nur geistig erfasst werden kann. Die Philosophie der Freiheit versucht aufzuzeigen, dass unser Wahrnehmungs- und unser Denkvermögen ein Erbe sind aus der Zeit vor der Isolation von der geistigen Welt. Über den Ariadnefaden des Denkens, das den Geistgehalt der Wahrnehmungen zur Erscheinung bringen kann, können wir den Zusammenhang wiederfinden.

Die andere Seite des Verlustes an Zusammenhang zeigt sich in der verlorenen Beziehung zum Sozialen, zu den Mitmenschen. Der Nationalökonomische Kurs erläutert, wie die Fremdversorgungswirtschaft, die sich im gleichen Zeitalter herausbildete, zugleich Herausforderung und Möglichkeit für soziale Kooperation sein kann.

Der Mainstream der Philosophie und Ökonomie hat gegenüber diesen beiden Herausforderungen der Moderne, der geistigen und der sozialen, kapituliert: Die Philosophie hat sich in einem Agnostizismus Kant'scher Prägung eingerichtet und erklärt das Wesen der Dinge für unerkennbar. Die Ökonomie bleibt im Vorfeld der Frage nach dem Anderen stehen und hat es sich dort bequem gemacht. Nicht wirklich nach dem Anderen zu fragen, ist der Kern des marktwirtschaftlichen Modells. In der Praxis läuft es natürlich nie ganz so wie im Modell. Diesem Modell nach brauche ich die anderen nicht – ich muss nur auf den Preis schauen. Der Rest geschieht von selbst, er entzieht sich meinem Verständnis und ich muss ihn auch nicht verstehen. Der Markt ist stumm: Gespräche finden nur punktuell statt, nie als Gespräch über das Ganze, das Wesentliche. Das ist bedrückend in einer Welt, in der sich sonst alles um Kommunikation dreht. Dass wirtschaftliche Beziehungen seitens der wirtschaftlichen Akteure selbst geordnet werden, wird

damit für unmöglich gehalten und letztere werden dadurch entmündigt. Die Frage, wie das komplexe Gefüge der Ökonomie mit Bewusstsein durchdrungen werden kann, bleibt ungelöst.

Sie ist auch nicht leicht zu lösen. Denn mit dem Normalverstand kommt man gerade einmal bis zu den Anfängen der Landwirtschaft, so R. Steiner. Wir sind gewöhnt zu definieren, im Denken fixe Grenzen zu ziehen. In der Ökonomie jedoch bewegt sich alles. Das Denken in festen Formen ist hier ein ungeeignetes Instrument. Entweder tut man damit der Wirklichkeit Gewalt an oder es geht einem das berühmte „Mühlrad im Kopf herum“. Wir tun uns schwer, in Bewegungsvorgänge einzutauchen. Wir müssen das Denken bewegter Begriffe erst erlernen. Ein Bildbegriff enthält noch die Fülle der Möglichkeiten in sich, er ist ein Urbild, das in sich noch wandlungsfähig ist. Die Menschen neigten dazu, so beklagt R. Steiner in den Kernpunkten der sozialen Frage sinngemäß, sich mehr den Tatsachen des Lebens anzupassen, statt sich an den Urgedanken des Sozialen zu orientieren und die Tatsachen ihnen gemäß zu ordnen.

Im Sozialen stehen wir immer mittendrin im Geschehen und haben keine Distanz dazu. Daher reicht hier das Definieren nicht aus, passt nicht dazu. Die Nähe zu den Themen im Sozialen erschwert die Bewusstseinsbildung. Womit wir verbunden sind, erscheint uns beim Versuch, Objektivität durch Distanz herzustellen, als etwas Subjektives. Damit verlieren wir in der Ökonomie aber gerade den Gegenstand, den wir zu verstehen versuchen. Steiners Retorten-Bild ist hier eine wichtige Hilfe. Assoziative Wirtschaft ist kein „Konzept“, das es „umzusetzen“ gälte, sondern es geht um Schritte im Leben. Warum beschäftigen wir uns überhaupt mit dem Thema? Weil wir mit den Dingen unzufrieden sind! Wer das nicht ist, hat eigentlich kein Motiv Assoziationen zu wollen. Wer aber unzufrieden ist, sollte nicht beim Klagen oder Fordern stehenbleiben, sondern müsste Initiative ergreifen und versuchen, sich mit anderen zusammenzutun. Der Wille zur Veränderung liegt allem wirtschaftlichen Assoziieren zugrunde.

Folgende Hauptelemente kommen für das Assoziieren in Betracht. (Einige dieser Elemente sind bereits in den vorausgehenden Beiträgen behandelt worden, wir können uns hier also kurz fassen.)

1) Erfahrung, selbsttätige Vernunft, objektiver Gemeinsinn

Assoziieren heißt Sich-Verbinden. Verbinden müssen sich die Betroffenen – bzw. ihre Delegierten, denn eine Assoziation kann ja keine Urversammlung aller Wirtschaftsteilnehmer sein. Sacherfahrung aus der wirtschaftlichen Praxis muss am runden Tisch konzentriert werden. Daher ist von vornherein auszuschließen, dass Verbandsfunktionäre das Sagen haben. Praktiker denken pragmatisch, entwickeln Lösungen und keine Wunschlisten. Sie haben das notwendige Gespür für die Realität. Was „empfundene Erfahrung“ ausmacht, kann man sich klarmachen, wenn

man bedenkt, wie eine Währungsumstellung – wie die Umstellung auf den Euro – anfänglich das Preisempfinden durcheinanderbringt.

Sacherfahrung führt zu Wirklichkeitsurteilen. Das meint Steiner mit dem Begriff der „selbsttätigen Vernunft“. Zwischen mehreren Menschen entsteht ein Bewusstsein, das umfassender ist als das eigene Bewusstsein. Der andere muss selbst sagen, wie es ihm geht. Aus Erfahrung sprechen heißt konkret sprechen. Das gelingt nur durch Begegnung, nur durch sie bildet sich Gerechtigkeitsempfinden. Wer nur sich selbst sieht, ist höchstens selbstgerecht.

Preise sind Ausdruck von Verhältnissen zwischen Menschen. Das hat schon Aristoteles begriffen. Doch sind die Verhältnisse heute nicht mehr so einfach, dass wir schlicht Tagewerk gegen Tagewerk aufrechnen können. – Was ist überhaupt heute – im Zeitalter der Teilzeitarbeit – ein Tagewerk? – Das Problem der Sozialeinkommen gab es früher so nicht, als Arbeitsunfähige noch in Kollektiven mitversorgt wurden. Diese Fragen müssen also bewusst gegriffen und bearbeitet werden. Nur in Organen, in denen sich Menschen darum kümmern, kann sich objektiver Gemeinsinn bilden – sonst bestimmt der Marktautomatismus über die Antwort.

2) Organbildung, Urgedanken

Organbildung ist also ein entscheidendes Thema für das Assoziieren. Heute sind wir an den meisten Stellen wie „organlos“ gegenüber den Prozessen, die dadurch aus dem Ruder laufen. Wir brauchen Strukturen, in denen diese Prozesse sich bewegen können. Alle Organe sind prozessorientiert. Das Herz bildet sich in der Embryonalentwicklung aus dem Kreislauf. Daher sind Organe keine „Zentralen“ für die Prozesse. Vielmehr erlauben sie Prozessen, sich selbst zu fassen. Man könnte sagen: Das Organ schaltet sich in den Prozess ein, „wahrnehmend“, ob er stimmig oder disharmonisch ist. Es „macht“ die Prozesse nicht, sondern harmonisiert und korrigiert sie, gibt Richtung. Es muss also ein „Urbild“ eines gesunden Prozesses geben, an dem die Abweichung erkennbar wird. Der Puls kann nicht interpretiert werden, wenn man den Korridor der gesunden Pulsfrequenz nicht kennt.

Am menschlichen Organismus können wir daher studieren, dass assoziative Organe keine Preisbehörden sein dürfen, sondern nur Korrekturen vornehmen sollen, die der Wirtschaft die Richtung zur gerechten Preisbildung geben. Was tun in Bezug auf den Milchpreis? Normalerweise genügt es nicht, eine Verabredung zu treffen, die Preisschilder auszuwechseln, sondern man muss ins reale Leben eingreifen, also Mengen steuern usw.

3) Wer gehört an den runden Tisch der Assoziationen?

Assoziative Organe müssen den ökonomischen Prozess abbilden, wenn das Heil des Ganzen

Maßstab ihres Handelns sein soll. Die Pole und die Zwischenstufen haben jeweils einen anderen Blickwinkel, stehen anders im Ganzen. Der Händler z.B. redet vor allem vom Umsatz, ist weder richtiger Produzent noch richtiger Endverbraucher, muss sich aber gerade deshalb in Produzenten- und Verbraucherbedürfnisse hineindenken. Dadurch hat er eine unverzichtbare Rolle im assoziativen Leben. Interessanterweise haben die meisten assoziativen Bemühungen ihren Ausgangspunkt im Handel gehabt.

Die Preisbildung im Handel ist heute völlig anders als noch in der Nachkriegszeit. Da legte der Produzent den Preis fest. Dann kamen die Rabattsysteme, schließlich die vollkommene Freigabe der Preise, was zu einer enormen Konzentration im Handel führte. Dass große Einzelhandelsunternehmen, darunter die Discounter, durch ihre effiziente Organisation und Logistik im legitimen Sinne verbilligend gewirkt haben, sei unbestritten. Sie haben aber auch ihre enorme Marktmacht gebraucht, um Profit durch Druckausübung zu generieren. Die großen Möglichkeiten z.B. in der Schweiz, wo mit Migros und Coop zwei genossenschaftliche Unternehmen ohne kapitalistischen Hintergrund 80% des Einzelhandels stellen, wurden bisher nicht wirklich im Sinne von kooperativer Wirtschaft genutzt.

Nun zu den Verbrauchern. Sie mit an den runden Tisch zu holen, mag zwar anfänglich nicht überall gelingen, ist aber letztlich von entscheidender Bedeutung – weil nur so praktisch klargemacht werden kann, dass Assoziationen keine Veranstaltungen zur Interessenbündelung sind, sondern dass ihre Aufgabe der Interessenausgleich ist. Das ist strukturell dadurch gesichert, dass alle Interessensgruppen am runden Tisch eine Stimme haben. Es ist auch deshalb lebenswichtig, weil die Kartellbehörden aus ihrer Denkweise heraus nicht differenzieren und bei jeder Verabredung von vornherein schoflige Absichten unterstellen.

Auch fehlende Legitimation der Konsumenten ist wenig geeignet, den Kartellverdacht zu entkräften. Am Anfang mag man froh sein, überhaupt Konsumenten in die Arbeit einbeziehen zu können, letztlich sollten es aber Delegierte von starken Verbraucherorganisationen sein. Gewisse Kinderkrankheiten des assoziativen Lebens sollten inzwischen überwunden sein. Assoziativ wirtschaften heißt weder, jeden dritten Tag im Laden einen verbindlichen Bestellzettel abzugeben noch als einzelner Verbraucher dem Händler die Form der Verschlüsse von Mayonnaise-Tuben zu diktieren. In der Praxis kann das Bild des Einzelhändlers von den Verbraucherwünschen insgesamt nämlich durchaus repräsentativer sein als das einzelner Konsumenten. Durch assoziative Organbildung werden Verbraucher Mitgestalter und Mitverantwortliche, während sie in der konventionellen Verbraucherarbeit eher auf die Rolle von Schutzobjekten reduziert werden, die allenfalls Forderungen artikulieren können.

Viele Fragen des Assoziierens werden sich in der Praxis klären, z.B. der richtige Rhythmus von Treffen – der nebenbei bemerkt in verschiedenen

Branchen und Regionen unterschiedlich sein dürfte –, Fragen des Gesprächstils, der Moderation usw. Ohne Assoziationen werden Unternehmer, die aus sachlichen Gründen kooperieren wollen, in Richtung Fusion gedrängt, was zu verstärkter Eigentums- und Marktmacht führen muss.

4) Vertraglichkeit als Charakteristikum

Wenn Assoziationen nicht unverbindliche Gesprächsforen bleiben wollen, sind sie notwendigerweise Vertragsorgane, in denen man verbindliche Vereinbarungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit schließt. Solche Vereinbarungen sind etwas anderes als Kaufverträge, die immer nur punktuell sind, sie sind Zusammenarbeitsverträge.

Diese sind so zu denken, dass man einen Weg zusammengeht. Es wird mehr ein Korridor definiert, als der Einzelfall geregelt. Es ist kontraproduktiv, wenn in der Wertschöpfungskette Einzelhändler und Großhändler, dieser mit dem Verarbeiter und jener mit dem Produzenten, jeden Tag neu um den Preis feilschen und der Endverbraucher „Geiz ist geil“ praktiziert. Zum Schluss geht es doch um den einen Endpreis, der sich auf alle Stufen aufteilt. Wenn man dafür Leitplanken gesetzt hat, kann man darauf verzichten, alles vorzudefinieren. Dann sind größere Rhythmen und größere Gesichtspunkte angemessen.

5) Finanzierung, Haftung

Auch zur Lösung von Finanzierungsfragen können assoziative Organe beitragen. Kreditentscheidungen isoliert in Bezug auf ein Einzelunternehmen zu treffen, ist im Grund schwieriger, als Zusammenhänge zu finanzieren. Die Banken werden immer mehr darauf angewiesen sein, andere Sicherungsformen zu suchen als die bisher üblichen. Durch „assoziative Haftung“ entsteht erhöhte Sicherheit. Unternehmen bürgen füreinander oder helfen sich gegenseitig mit kurzfristig freier Liquidität aus. Dabei geht es nicht um Blankovollmachten. Man kann aber z.B. vereinbaren, dass bei einem Kreditausfall die Kredite aller Partner für eine bestimmte Zeit mit einem bestimmten Betrag belastet werden dürfen. Dadurch werden alle Kredite mit einer Sicherheitsklausel hinterlegt – und man ist im Notfall in der Lage, auch einmal Verluste abzuschreiben.

6) Rechnungswesen/Buchhaltung

Unser Rechnungswesen ist nicht auf Kooperation ausgerichtet. Waren früher die Buchhaltungsvorschriften noch mehr an der Frage des Ausgleichs ausgerichtet, so haben wir heute Abzugsverfahren, d.h. wir beginnen mit den Erträgen. Die entscheidende Frage lautet: „Was bleibt nach allen Abzügen aus Kapitalsicht übrig?“ Das ist über die amerikanische Börse via Dax bis in die allgemeinen Buchhaltungsvorschriften eingegangen. Bis da hinein wird den Menschen das Empfinden dafür ausgetrieben, dass

Einkommen gerechte Ertragsteile sind und keine Kosten. Und das Steuersystem sorgt dann dafür, dass allenfalls über eine Schattenrechnung der Ertragsteilungsgedanke konkret sichtbar gemacht werden kann. Wir brauchen bis in die Buchhaltung hinein Anreize und Bewusstseinshilfen, vom Ganzen her zu denken.

7) Kapitalfrage

Kapital ist verbunden mit Verfügungsrecht. Das macht Sinn, soweit Kapital ein Werkzeug ist, mit dem man in der Arbeitsteilung etwas wirtschaftlich tun kann. Wenn die Tätigen aufhören, geht es eigentlich nur um die eine Frage, wer jetzt weitermacht. Früher wurde die Nutzung und mit ihr die Verfügung über die Generationen im Erbstrom weitergegeben – als eine Art „Schenkung“. Da unser Eigentumsrecht aber heute eine Verkäuflichkeit mitbeinhaltet, tritt spätestens dann ein Problem auf, wenn die Weitergabe der Verfügung mit einem Verkauf von Unternehmen oder Unternehmensanteilen verbunden ist. Nun muss das gekaufte Unternehmen über Jahre ertragreich sein, nur um die Schuld zurückzahlen zu können – und zwar an Menschen, die mit der Nutzung gar nichts mehr zu tun haben. Jetzt überdauern Eigentumsrechte die Nutzung – dass Nicht-Nutzer profitieren, wird zum Normalfall.

Zur kooperativen Wirtschaft gehört notwendig auch die Frage: Wer verwaltet das Kapital? Wer bestimmt, wer das Unternehmen führen soll? Unternehmen, deren Eigentumsform eine einseitige Renditeorientierung erzwingen, sind zur assoziativen Zusammenarbeit – vorsichtig gesagt – nur bedingt geeignet.

Aber die Neigung, Kapital immer wieder für Wirtschaftszwecke einzusetzen und damit de facto Schenkungen zu blockieren, ist jeder Wirtschaftsform immanent. Ein Unternehmer hat nie Geld übrig, weil er immer nicht realisierte Pläne hat. Daher muss die Kapitalverwaltung so geordnet werden, dass über die wirtschaftlichen Gesichtspunkte hinaus auch soziale, kulturelle und ökologische Aspekte eine Rolle spielen.

Deshalb spricht R. Steiner von Korporationen für Kapitalverwaltung, die im Geistesleben verankert sein sollen. Ein möglicher Weg dazu ist die Kapitalverwaltung durch eine Stiftung o.ä. Generell sollte die Rolle der Aufsichtsräte neu bestimmt werden, in dem Sinne, dass sie nicht nur das Unternehmen unterstützen, sondern auch ganzheitliche Gesichtspunkte einbringen.

Preisbildung in der Differenziertheit sozialer Lebensfelder

Udo Herrmannstorfer

Beim üblichen Warenkauf ergibt sich, wie wir sahen, nur eine punktuelle Beziehung zwischen den Beteiligten. In der reinen Marktwirtschaft geht uns das Vorher und Nachher des Tauschaktes nichts an, entscheidend ist, was wir für uns mitnehmen. Alle Kräfte fließen in diesem „Point of sale“ zusammen. Wir wollen jedoch mit unserem Bewusstsein in den Prozess eintauchen, fühlen uns mitverantwortlich für die Lebenssituation der anderen. Da würde es nichts nützen, an der Kasse des Supermarkts einen 20-Euroschein zu zücken, mit der Bitte ihn innerhalb der Wertschöpfungskette gerecht zu verteilen. Der Verkäufer wäre komplett überfordert. Wir brauchen, wie wir sahen, dafür Verständigungsorgane.

Diese werden sich je nach Gegebenheiten von Branchen und Regionen im einzelnen recht unterschiedlich gestalten. Die Ökonomie mit Bewusstsein zu durchdringen, bedeutet eben auch, ihrer Differenziertheit Rechnung zu tragen. Landwirtschaft, Industrie, Geldwirtschaft usw. sind nicht dasselbe. Und wenn wir die Dreigliederung sowohl institutionell wie funktional betrachten, so ergeben sich auch wirtschaftliche Fragen in Bezug auf die Institutionen des politisch-rechtlichen und des geistig-kulturellen Lebens. Das kreative Geistesleben spielt, wie wir sahen, als Ganzes eine Konsumentenrolle in Bezug auf das gesamtwirtschaftliche Geschehen. Welchen Wertschöpfungsanteil der Staat über die Steuern erhält, ist einerseits eine politische Frage, andererseits eine Frage assoziativer Verständigung. Dieses Arrangement wird heute nur nicht richtig transparent und erfolgt weitgehend „bewusstlos“.

So stellt sich durchaus die „Preisfrage“ in den Beziehungen zwischen Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben. Daraus im Umkehrschluss zu folgern, Geistes- und Rechtsleben würden wirtschaftliche Güter und Leistungen produzieren, ist jedoch schlicht falsch – ein Fehlschluss, der Pathologien im heutigen gesellschaftlichen Leben erzeugt.

In dem Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“ schreibt R. Steiner zu diesem Thema Sätze, die auch unter seiner Anhängerschaft oft gar nicht oder nur selektiv zur Kenntnis genommen wurden: „Innerhalb des Wirtschaftsgebietes hat man es nur mit Warenwerten zu tun. Für dieses Gebiet nehmen auch die Leistungen, die entstehen aus der geistigen und der staatlichen Organisation heraus, den Warencharakter an. Was ein Lehrer an seinen Schülern leistet, ist für den Wirtschaftskreislauf Ware. Dem Lehrer werden seine individuellen Fähigkeiten ebenso wenig bezahlt wie dem Arbeiter seine Arbeitskraft. Bezahlt kann beiden nur werden, was, von ihnen ausgehend, im Wirtschaftskreislauf Ware und Waren sein kann. Wie die freie Initiative, wie

das Recht wirken sollen, damit die Ware zustande komme, das liegt ebenso außerhalb des Wirtschaftskreislaufes wie die Wirkung der Naturkräfte auf das Korneträgnis in einem segensreichen oder einem magern Jahr. Für den Wirtschaftskreislauf sind die geistige Organisation bezüglich dessen, was sie beansprucht als wirtschaftliches Erträgnis, und auch der Staat einzelne Warenproduzenten. Nur ist, was sie produzieren, innerhalb ihres eigenen Gebietes nicht Ware, sondern es wird erst Ware, wenn es von dem Wirtschaftskreislauf aufgenommen wird. Sie wirtschaften nicht in ihren eigenen Gebieten; mit dem von ihnen Geleisteten wirtschaftet die Verwaltung des Wirtschaftsorganismus.“⁹

Diese Fragen in ihrer Gesamtheit können hier nur skizziert werden, etwas ausführlicher soll jedoch die Bedeutung der „qualitativen Schichtung der Wirtschaft“ für unser Thema behandelt werden.

Ressourcen, Landwirtschaft und Industrie

Die Ökonomie ist zwischen Natur und Geist anzusiedeln (vgl. S. 9). Zur Natur zählen die Ressourcen der Erde, die Bodenschätze und die Bodenfruchtbarkeit. Ein Land, auf dessen Territorium Erdöl gefunden wird, kann binnen kurzem vom Armuts- zum Reichtumsort werden – man denke an Norwegen.¹⁰ Ein Land, das nicht über Öl verfügt, muss einen Großteil seiner wirtschaftlichen Leistungskraft allein für den Ölimport einsetzen. Das erklärt den erbitterten Streit z.B. um die Bodenschätze der Arktis, d.h. um die Frage, wie weit das Territorium von Staaten reicht. Der Zugang zu Bodenschätzen tangiert alle anderen ökonomischen Fragen. Wie mit den Ressourcen umgegangen werden soll, wird zu einer Schlüsselfrage gerechter Gestaltung im Zuge der Globalisierung.

Die Landwirtschaft entnimmt nicht einfach nur die Reichtümer der Natur. Sie trägt auch dazu bei, durch Pflege des Bodens die Fruchtbarkeit zu erhöhen. Preisfragen sind hier noch eingebettet in konkrete Gemeinschaftsformen und Lebensverhältnisse.

Das Handwerk ist teilweise mit den gegebenen Lebensverhältnissen verwoben, teilweise verselbstständigt es sich ihnen gegenüber auch bereits.

In der Industrie wird diese Unabhängigkeit zu einem dominanten Faktor. Das Verhältnis zum Land wird ein ganz anderes. Die Natur wird nicht in ihrer Lebendigkeit wertgeschätzt, sondern als Standort benutzt. Eine neu entstehende Schicht industrieller Wirtschaft legt sich jetzt über alles andere und wirkt darauf zurück. D.h. auch die Landwirtschaft wird industriell gedacht und praktiziert. Sie wird damit tendenziell aus einer Veranstaltung, die sich auch der Pflege des Bodens widmete, zu einer, bei der

⁹ Kernpunkte, a.a.O., S. 130f.

¹⁰ Das gilt allerdings nur dann, wenn es nicht ausländischen Investoren und korrupten Eliten gelingt, die Vorteile daraus allein für sich zu usurpieren, wofür es Bespeile in einer ganzen Reihe von Drittweltländern gibt.

die Erde ausgebeutet wird und die Böden ruiniert werden.

Durch die Maschinerisierung entsteht ein gigantischer Wertestrom, der alle regionalen Abgrenzungen übersteigt. Dieser Güterstrom macht einen entsprechend organisierten Handel nötig. Früher war Handel etwas Zusätzliches, worüber man Gewürze und kostbare Stoffe aus fernen Ländern erlangte. Jetzt wird für die einfachsten Güter Zirkulation nötig. Heute liegen die Zirkulationskosten im Schnitt weit über den Herstellungskosten. Zirkulationskosten werden auf alle wirtschaftlichen Akteure umgelegt. Trotz des relativen hohen Anteils an Zirkulationskosten wirkt der Handel insgesamt verbilligend. Die Arbeitsteilung kann sich eben nicht auf die Produktion beschränken, wenn sie ihr Potenzial entfalten soll.

Fabriken sind nun an die Stelle von gewachsenen dörflichen Lebenszusammenhängen getreten. Jetzt erst wird Arbeit zu einem selbständigen Faktor. Was früher Teil des Lebens war, wird zu einer Ware auf dem Arbeitsmarkt, wird zu einer Kalkulationsgröße. Lohnkosten werden zu einem Konkurrenzfaktor und Armut zu einem Wettbewerbsvorteil.

In der Maschinerie wirkt die auf die Arbeit angewandte, sie zurückdrängende (Arbeit einsparende) und organisierende Kraft des Geistes. Durch „Rationalisierung“ wird es möglich, immer mehr in immer kürzerer Zeit mit immer weniger körperlicher Arbeit herzustellen. Indem räumlich-materieller und zeitlicher Aufwand gesenkt wird, entsteht tendenziell ein Freiraum – freie Zeit. An der Oberfläche ist dies nicht so einfach sichtbar, der eingesparte Wert wird ja nicht bilanziert. Das trägt dazu bei, dass die Produktivitätsgewinne in sozial hochproblematischer Weise verteilt werden und in den falschen Taschen landen. An und für sich betrachtet sind Gewinne etwas Neutrales: Sie können von Kapitaleignern privatisiert werden, können den Verbrauchern in Form von Verbilligungen zukommen, können reinvestiert oder für eine freie Schenkung verwendet werden.

Zirkulation und Geldwirtschaft

Preis ist in Geld ausgedrückter Warenwert. Mit wachsender Zirkulation schiebt sich die Geldwirtschaft über alles andere. Neben dem Handel spielen die Banken eine Schlüsselrolle. Geld scheint zunächst nur ein pfiffiges Instrument zu sein, das das Wirtschaften erleichtert – was es auch tut. Gleichzeitig bringt es etwas Problematisches mit sich. Der ökonomische Leistungsprozess verlangt eine Synchronisierung von Warenfluss und Geldfluss. Während die Waren einem natürlichen Verschleiß unterliegen, ist eine Abschreibung des Geldes in der sich jetzt entwickelnden Geldordnung nicht vorgesehen. Das Thema „alterndes Geld“ wird verdrängt und bringt sich nur katastrophisch durch hyperinflationäre Prozesse in Erinnerung. Dabei wird übersehen, dass Geld keine Ware ist, sondern der Dokumentation eines im Leistungsprozess entstandenen Rechtsanspruches dient.

Im Zuge der geschilderten Entwicklungen sind nach und nach die Quellen, aus denen sich die wirtschaftliche Güterproduktion speist, die jedoch selber keine Waren darstellen, der Ökonomie in pathologisch wirkender Weise einverleibt worden: Boden, Arbeit und Kapital wurden zu Waren gemacht, die auf den sog. Faktormärkten gehandelt werden. Die gravierenden Probleme, die dadurch für die Gesellschaft entstanden, zeigen sich am deutlichsten in der Eigentumsfrage: Eigentumsrecht wurde vielfach zu Eigentumsunrecht.

In der Landwirtschaft wurde die Bodennutzung früher durch die Weitergabe von Eigentum im Blutstrom gesichert. Allerdings mussten in diesem Kontext schon früh Kämpfe um das Bodenrecht ausgefochten werden. Heute wird der Boden im Regelfall nicht vom eingesessenen Eigentümer, sondern von einem Pächter bewirtschaftet – oder von einem neuen Eigentümer, der das Land von einer Erbengemeinschaft gekauft hat und sich dafür verschulden musste. Die Kapitalisierung des Bodens durch Schenkung zu unterlaufen ist schwierig, da ein nicht verwandter Impulsträger die höchsten Erbschaftssteuersätze zu zahlen hat. Man sieht, wie hier alte Rechtsformen an neue anstoßen.

Der Eigentumsgedanke wandelt sich mit der Entwicklung des kapitalistischen Industrialismus. Wem gehört ein Unternehmen? Ein Unternehmen ist eine Aufgabengemeinschaft. Müsste es dann aber nicht allen gehören, die diese Gemeinschaft bilden? In den Genossenschaftsbewegungen ist das auch noch teilweise der Fall, aber der Mainstream geht in eine andere Richtung. Es entstehen Gesellschaftsformen, die primär kapitalorientiert sind. Produktionsmittel sind zu einem verkäuflichen Vermögensgegenstand geworden. Die Nutzungsfrage wird von diesem Gesichtspunkt überwuchert.

Bald wurde auch mit Eigentumsanteilen an Unternehmen gehandelt, z.B. mit Aktien. Deren Bewertung löst sich tendenziell von der gegebenen Realität: Vorgestellte Zukunftsentwicklungen werden mit einberechnet, z.B. vermutete künftige Erträge. Das wirkt sich auf das Empfinden der Akteure aus. Man sieht nicht mehr primär den realwirtschaftlichen Nutzen der Unternehmenstätigkeit, sondern drängt auf eine möglichst hohe Verzinsung des eigenen „investierten Kapitals“. Auch hier kommt es zu einer unreellen Konkurrenz mit den Realwerten: Es können so Vermögen erworben werden, die mit der Realität nichts zu tun haben. Dass es sich um Luftbuchungen vorgestellter Werte handelt, wird nicht sichtbar, solange nur einzelne ihre Aktien, bzw. Aktienoptionen, Credit default swaps und wie die pfiffigen „Finanzprodukte“ alle heißen, veräußern.

Was ist in diesem Kontext noch als gerecht anzusehen? Bezugsgrößen geraten völlig durcheinander. Wie lässt sich das Preischaos entwirren? Wie lassen sich die Stellen finden, an denen die größten Preisverwirrungen ihren Ausgang nehmen? Wie können wir unterscheiden, bei welchen Operationen wir es noch mit realwirtschaftlich sinnvollen Vorgängen zu tun haben – z.B. Ausschluss von Wechselkursrisiken

bei Auslandsgeschäften durch eine Währungsoption – und wo mit zerstörerischem Kasinokapitalismus?

In der Finanzwirtschaft „wirkt Geist in der Ökonomie“, allerdings oft kein guter, sondern einer, dem nur die Rendite heilig ist. Die großen Vermögen sind in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Auf der Jagd nach Rendite suchen die Vermögenden nach Anlagemöglichkeiten. So kommt es, wie R. Steiner bemerkt, zu einer Stauung von Kapital in Grund und Boden. Selbst Kunstwerke sind heute Objekte spekulativer Investition. Die Gier auf Rendite sprengt die Grenzen der Realität, also versucht man eine virtuelle Realität zu schaffen und immer neue Finanzprodukte zu ersinnen. Diese Investitionen in Scheinwerte chaotisieren den Gesamtprozess immer mehr.

Wohin mit dem „Mehr“?

Wohin mit dem „Mehr“? Das ist heute die große Frage. Und die einzige Antwort, der einzige Ausweg, lautet: Er muss verbraucht werden! Bei Waren ist jedem klar, dass ihre Bestimmung im Verbrauch liegt. Warum sollte das beim Kapital anders sein?

Wir müssen differenzieren lernen, dass die maximale Steigerung von Produktivität, die für die industrielle Entwicklung richtig war, nur auf diesem Sektor gilt – allerdings mit der Einschränkung, dass die Produktivitätsgewinne richtig verteilt werden müssen. In Bezug auf die Landwirtschaft müssen wir auch nach den zur Gesundheit von Erde und Mensch notwendigen Grenzen der Produktivitätssteigerung fragen. Müssen wir wirklich Kühe züchten, die 10.000 Liter Milch geben? Reichen 5.000 Liter nicht endlich?

Vor allen Dingen müssen wir lernen, dass der im Wirtschaftsleben wirkende organisierende Geist nicht die von ihm generierten Zurückdrängungswerte für sich allein beanspruchen darf, sodass aller Überschuss am Kapital kleben bleibt wie an einer Leimrute. Die Wirtschaft darf nur erzeugen, was wirklich gebraucht wird. Materielles Wachstum um jeden Preis macht krank. Wertaufbau bewirkt ohne Wertabbau einen zerstörerischen Stau.

Während man den organisierenden Geist in seinem Wirken wertschätzt, wird der kreative freie Geist unterschätzt und zu wenig wahrgenommen. Das freie Geistesleben, der Bereich der Entwicklung der menschlichen Wesenskräfte, ist deshalb tendenziell unterfinanziert. Dabei läge gerade hier des Rätsels Lösung: Überschüsse, die als Schenkung in diese Sphäre fließen und dort zu Einkommen der Kulturarbeiter werden, werden im Wesentlichen nicht investiert, sondern konsumiert und wirken deshalb entstauend.

Heute ist es üblich, dass Unternehmer alles, was in einem Unternehmen geleistet wird, sich als unternehmerische Leistung selbst zuzurechnen. Dabei sind daran nicht nur alle Mitarbeiter beteiligt, vor allem steckt darin auch das ganze vergangene Kulturleben mit dem von ihm akkumulierten Wissen, das heute frei zur Verfügung steht und unmittelbar

an der Wertbildung mitwirkt. Kultur ist eine Quelle höchster Produktivität. Und so wie das vergangene Geistesleben das heutige Wirtschaftsleben bedingt und mitträgt, so muss das heutige Wirtschaftsleben das gegenwärtige Geistesleben mittragen. Nur so wird zukünftige materielle Produktivität ermöglicht.

Übertragungswerte ermöglichen geistige Produktion

Unter dem Gesichtspunkt der Wert- und Preisbildung ist anzumerken, dass in Bezug auf das Geistesleben eine Werteteilung stattfindet: Einkommen, die aus der Kombination von W1- und W2-Prozessen entstehen, werden mit den „reinen Konsumenten“ geteilt, indem dieser Teilbetrag an sie übertragen und somit entstaubt und freigegeben wird. Dieser Einkommensteilungsprozess macht die Tätigkeit von Lehrern, Künstlern usw. möglich und mit ihr die Entstehung von nicht-ökonomischen Werten. [Man könnte diesen Vorgang, wie Michael Ross in einem Vortrag im Vorjahr am gleichen Ort ausführlich dargestellt hat, als W3-Prozess bezeichnen.]¹¹

Die geschilderte „entstauende“ Einkommensteilung ist dem Wesen nach eine Schenkung. Sie kann individuell oder institutionell erfolgen. Wenn ich ein Bild erwerbe, wird meistens das Erstere der Fall sein. Bei der Finanzierung von Schulen wird es institutionelle Lösungen geben müssen, da das Recht auf Bildung ein von der Allgemeinheit zu gewährleistendes Menschenrecht darstellt. Heute kennen wir fast nur die Steuer als eine solche institutionelle Form, die man auch als „Zwangsschenkungen“ (R. Steiner) bezeichnen kann. Sie krankt daran, dass damit eine starke Tendenz des Staates einhergeht, inhaltlich, und nicht nur im Sinne einer Rechtsaufsicht in den Kultur- und Bildungsbereich einzugreifen. Würde man Bildung über zweckgebundene Einkommensanteile wie Bildungsgutscheine finanzieren, wäre die Lenkung des Geldstroms eindeutiger den Menschen selbst überlassen – es wäre mehr Freiheit erlebbar, auch wenn die Mittel weiterhin durch Steuern aufgebracht würden.

All diese Überlegungen zeigen, dass die Preisfrage nicht eindimensional ist und deshalb allseitig betrachtet werden muss.

¹¹ Vgl. Michael Ross: Wertbildende Bewegungen und wertbildende Spannungen – Was ist wirklich wertvoll? In: Sozialimpulse 4/2012, S. 8 – 15, S. 10.

Fair & regional Bio Berlin-Brandenburg

Beispiel Märkischer Wirtschaftsverbund e.V.

Eine Initiative von Bio-Betrieben aus Berlin-Brandenburg

Nach gründlicher Vorarbeit fanden sich am 7. Juni 2012 die Vertreter der fair & regional Initiative und des Märkischen Wirtschaftsverbund e.V. bei Terra Naturkost in Berlin ein, um ihren Zusammenschluss zu besiegeln.

Mit der Aufnahme von fair & regional in den Märkischen Wirtschaftsverbund e.V. wurde dieser nach langjährigem Schlummern wiederbelebt und ein geeigneter Rechtsträger für das fair & regional Warenzeichen gefunden.

Der Märkische Wirtschaftsverbund, ein assoziativer Zusammenschluss in Berlin-Brandenburg kooperierender Wirtschaftsunternehmen, wurde bereits 1992 gegründet und feierte 2012 sein 20jähriges Bestehen.

Sieben Grundsätze sind in der fair & regional Charta festgehalten und zeugen vom Streben engagierter Bauern, Gärtner, Verarbeiter und Händler für eine ökologisch verträgliche und sozial verantwortliche Lebensmittelwirtschaft in Berlin-Brandenburg.

Die Bemühungen zielen auf eine immer bessere, vielfältigere Versorgung der Region mit gesunden, frischen Lebensmitteln aus ökologischer Erzeugung. Alle Beteiligten wollen konsequent auf umweltfreundliche Herstellung und Verpackung, kurze Transportwege und faire Preise für alle Beteiligten achten.

In regelmäßig stattfindenden Fachforen werden diese Kriterien abgefragt, ausgetauscht und bestätigt. Erzeuger, die bestätigt wurden, können das fair & regional Zeichen auf ihren Produkten nutzen oder als Partnerbetrieb mit dem Logo werben. Mit der Auszeichnung profilieren sich Unternehmen als regionale, faire und ökologisch bewusste Partner.

Je mehr Menschen sich bewusst an dieser Entwicklung beteiligen, umso lebendiger werden Landwirtschaft und Ernährung, aber auch unser Blick für die bildenden und aufbauenden Kräfte unserer Gesellschaft.

Märkischer Wirtschaftsverbund e.V., Hauptstraße 43 A | 15374 Müncheberg OT Eggersdorf, Telefon 033432-72214 | Fax 033432-72213, E-Mail: info@fair-regional.de

fair & regional Charta

Fair handeln: Unser Ziel ist ein faires Handeln in wirtschaftlicher Gegenseitigkeit auf dem gesamten Weg, den Lebensmittel vom Acker bis zum Teller zurücklegen.

Regional arbeiten: Die Mitglieder von fair & regional haben ihren wirtschaftlichen Mittelpunkt in der Region Berlin-Brandenburg. Sie erzeugen, verarbeiten, kaufen und verkaufen ihre Waren nach Möglichkeit in dieser Region.

Handeln und vermarkten: Die fair & regional Mitglieder versorgen den Verbraucher mit ökologischen und regionalen Produkten und Dienstleistungen unter der Maßgabe von fairen und gerechten Preisen in der gesamten Wertschöpfungskette (Produktion, Logistik, Verarbeitung und Handel).

Nachhaltiges Wirtschaften: Die Wirtschaftsbeziehungen der fair & regional Mitglieder sind auf Verlässlichkeit und Langfristigkeit ausgerichtet. In regelmäßigen Fachforen (z.B. Milch, Gemüse, Getreide) wird das regionale Warenangebot auf den regionalen Bedarf angepasst.

Transparent handeln: Die fair & regional Mitglieder legen auf Anfrage in den jeweiligen Fachforen relevante Waren- und Informationsflüsse (Teilnehmer, Herkunft, Mengen, Kosten) offen und kommunizieren ihre Leistungen und Aktivitäten (Gemeinwohl, Umwelt, Wirtschaftsbeziehungen) in geeigneter Form nach außen.

Solidarisch handeln: Sollte die Liefer- und Leistungsfähigkeit eines Mitgliedes aufgrund widriger Umstände (Ernte, Klima etc.) eingeschränkt sein, sind die Mitglieder bestrebt, eine solidarische Ausgleichsregelung zu finden.

Umweltgerecht handeln: Die fair & regional Mitglieder verpflichten sich zu einem ressourcenschonenden und verantwortungsvollen Umgang mit der Natur durch ökologischen Landbau und möglichst energiesparende Betriebsmittel (z.B. natürliche Verpackungsmaterialien).

fair & regional Mitglieder

Apfeltraum Feldbau | Assekuranzkontor | Bauerngut Templin | Bäckerei Vollkern Bäckerei | Weichardt | Bio Company | Biogarten UG | Biogärtnerei Watzkendorf | Biohof Hochfeld | Bio-Konditorei Tillmann | Gärtnerei Libbenichen | Gärtnerei Staudenmüller | Gut Peetzig | Gut Wilmersdorf | Hof Marienhöhe | Hof Rittgarten | Institut für soziale Dreigliederung | Jahnsfelder Landhof | Kleehof | Landgut Pretschen | Märkisches Landbrot | Melchhof | Midgard Naturkost | Ökodorf Brodowin | Sonja Moor Landbau | Sprossenmanufaktur | Terra Naturkost | Thönes Natur | Timm-Riediger GbR | Wulkower Hof

Weitere Informationen unter: www.fair-regional.de, Märkischer Wirtschaftsverbund e.V., Hauptstraße 43 A | 15374 Müncheberg OT Eggersdorf, Telefon 033432-72214 | Fax 033432-72213, E-Mail: info@fair-regional.de, verantwortlich für den Inhalt ist MÄRKISCHES LANDBROT GmbH.

Aderlass für Vermögensbesitzer?

Interview mit Harald Spehl zum Fiskalbericht des IWF

C. Strawe: Am 4.11.2013 war im Wirtschaftsteil der FAZ zu lesen, der Internationale Währungsfonds (IWF) habe in seinem jüngsten Fiskalbericht einen „Vorschlag versteckt, der Sparer in aller Welt erschrecken dürfte. Es geht um eine Sondersteuer von 10 % auf Vermögen, um die Staatsschulden in den Griff zu bekommen.“ Die Abgabe werde alle Besitzer von Ersparnissen, Wertpapieren sowie Immobilien treffen. Das klingt alarmierend und hat in Internetteforen und auf Mailing-Listen für Unruhe gesorgt.

Wie schätzt Du diesen Vorschlag ein. Ist das nur ein Versuchsballon? Oder muss man erwarten, dass bald damit Ernst gemacht wird? Wenn ja, wie würde sich das auf verschiedene Gruppen der Bevölkerung auswirken?

H. Spehl: Für diesen FAZ-Artikel ist seine selektive Wahrnehmung charakteristisch. Der so genannte Fiskalmonitor des IWF vom Oktober 2013 befasst sich mit einem besonderen Thema, nämlich mit der Frage, welche Möglichkeiten in den verschiedenen Ländern der Welt bestehen, die Ungleichgewichte in den Haushalten und die Verschuldung der Staaten durch unterschiedliche Steuermaßnahmen zu korrigieren oder zum Guten zu wenden.

Der Bericht trägt den Titel „Taxing Times“ und ist einzig und allein diesem Thema gewidmet. Interessant ist, dass sich die FAZ daraus ein einzige Seite herauspickt. Und was dort steht, stellt überhaupt keinen Vorschlag des IWF dar! In Wirklichkeit ist es so, dass der IWF alle Steuerarten durchgeprüft hat: Was kann man mit der Mehrwertsteuer machen, was kann man mit der Einkommensteuer machen, was kann man mit Vermögenssteuern machen? Grundlage ist die Feststellung, dass die Staatsverschuldung in der Eurozone von 70% in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 bis 2013 auf 96% gestiegen ist, mit den entsprechenden Belastungen der Haushalte. Und dann steht eben auf dieser einen von insgesamt 86 Seiten eine Modellrechnung mit dem Ergebnis, dass eine einmalige Abgabe von 10% auf die Nettovermögen der Haushalte im Euroraum die Schuldenquote von 96% wieder auf die 70% senken würde.

Es ist überhaupt kein Vorschlag, sondern eine reine Modellrechnung. Der Report sagt mit aller Deutlichkeit: Wir rechnen das jetzt alles einmal durch, und dann sagen wir, was mit den unterschiedlichen Steuern und Abgaben gemacht werden kann. Die Mehrwertsteuer etwa könne man schon noch erhöhen, wenn man gleichzeitig die einkommensschwächeren Schichten durch entsprechende Gestaltungen entlastet, sodass sie im Ergebnis nicht zusätzlich belastet werden. Man könne in den verschiedenen Ländern am oberen Ende der Einkommenspyramide die Steuern durchaus erhöhen, während man sie in den letzten Jahren praktisch gesenkt habe. Das wird alles durchgegangen. Und am Ende steht auch die Vermögensabgabe in Höhe von 10% und der IWF stellt fest, dass man in Europa ja im Laufe der Jahre nach dem Ersten und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg mit solchen Schuldenreduktionen, z.B. dem Lastenausgleich in Deutschland, durchaus gute Erfahrungen gemacht habe.

In dem Bericht wird auch eindeutig gesagt, dass jedes Land die für seine Wirtschaft und seine Gesellschaft richtige Form zur Erreichung zusätzlicher Steuereinnahmen finden muss. Insofern ist es eine sehr gewagte Interpretation, in dieser Veröffentlichung einen Versuchsballon zu sehen. Welche Gruppen besonders betroffen wären, lässt sich anhand des Berichts nicht angeben. Denn nach dem, was ich recherchieren konnte, beruht er dafür auf einer viel zu schlichten Datengrundlage. Man unterstellt in der Rechnung einfach, dass alle Haushalte im Euro-Raum, die ein positives Nettovermögen haben, belastet werden.

C. Strawe: Das klingt plausibel, ich muss aber doch noch einmal nachhaken: Der IWF hat sich den Ruf erworben, häufig im Sinne bestimmter wirtschaftlicher Interessen nach neoliberalen Konzepten zu agieren. Insofern verstehe ich das Misstrauen vieler Menschen, die – bestärkt durch die Ereignisse in Zypern – fürchten, dass man letztlich doch an die Ersparnisse der kleinen Leute heranwill.

H. Spehl: Solche Kräfte gibt es natürlich. Und sie müssen auch bekämpft werden. Mein Punkt ist nur, dass der Bericht als solcher keine Argumente für neoliberale Forderungen liefert, aber auch nicht für sozialdemokratische. Wenn sich der SPD-Finanzminister von NRW Norbert Walter-Borjahn durch den Report in seiner Forderung bestärkt fühlt, dass die Superreichen einen größeren Beitrag zur Finanzierung staatlicher Aufgaben leisten müssten, dann ist das seine persönliche Wertung der untersuchten Möglichkeiten zur Erhöhung der Staatseinnahmen. Noch einmal: auf der einen Seite, die die FAZ zitiert, findet sich überhaupt nichts Ausgearbeitetes. Es ist bloß eine saubere Berechnung, wie viel Prozent des Nettovermögens in Europa nötig sind, um die Schuldenquote von 96% auf 70% zu senken. Es wird nicht gesagt, man solle dieses oder jenes tun. Schon gar nicht wird der Vorschlag gemacht, eine einmalige zehnpromtente Vermögensabgabe zu erheben, wie die FAZ unterstellt.

Die Reaktionen zeigen allerdings deutlich, dass das Thema der Heranziehung von Hochvermögenden

zum Schuldenabbau in Deutschland hochgradig emotional besetzt ist. Da wird ein Tabuthema angefasst.

C. Strawe: *Im IWF-Report wird u.a. das Beispiel des Lastenausgleichs in Deutschland erwähnt. Du hast 2011 einen Vorschlag zu einem Gesellschaftspakt Schuldentilgung Deutschland vorgelegt, der die Erfahrungen des Lastenausgleichs aufgreift und für die heutigen Probleme nutzbar zu machen versucht. Der Vorschlag fand auch – dank eines Artikels in der Zeit und eines Rundfunkinterviews – zeitweilig ein gewisses Echo in der Öffentlichkeit. Kannst Du diesen Vorschlag noch einmal kurz charakterisieren?*

H. Spehl: Die Ausgangsposition ist, dass die Staatsverschuldung eine Höhe erreicht hat, in Deutschland über 2 Billionen Euro, die Zinslasten in einer solchen Höhe mit sich bringt, dass andere Aufgaben des Staates nicht angemessen finanziert werden können. Wenn man diese Staatsverschuldung also senkt oder ganz abbaut, wären diese Zinszahlungen aus den öffentlichen Haushalten nicht mehr erforderlich und das Geld könnte für andere Zwecke – Bildung, Wissenschaft, Verkehr, was auch immer – eingesetzt werden. Das ist die Grundidee.

Die zunehmende Gesamtverschuldung der Staaten ist natürlich auch der Ausgangspunkt der Überlegungen des IWF. Wobei der sich gar nicht mit der Frage beschäftigt hat, was eine richtige oder tragfähige Schuldengrenze wäre. Wir haben uns ja in Europa mit den Maastricht-Kriterien für eine Grenze von 60% des Bruttoinlandsproduktes entschieden. Diese Marke ist dann nach der Krise von 2008 überall überschritten worden. In Deutschland liegt die Schuldenquote im Jahr 2013 bei 95,7%. Die deutsche Regierung behauptet immer wieder einmal, sie wolle irgendwann diese Schulden abbauen. Wenn man sich aber den neuen Koalitionsvertrag anschaut, ist da von Schuldenabbau überhaupt nicht mehr die Rede. Man muss den gegenteiligen Eindruck haben: Wenn sich nicht die sehr optimistischen Annahmen über die Wirtschaftsentwicklung in der Realität bewahrheiten, ist sogar die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse gefährdet, nach der der Bund bis 2016 und die Länder bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt, d.h. keine Netto-Neuverschuldung mehr haben sollen. Politischer Wille zum Abbau der Gesamtverschuldung ist überhaupt nicht sichtbar.

C. Strawe: *Dein Vorschlag soll kleine Einkommen nicht belasten. Im Moment ist jedoch das Misstrauen groß, das es doch dazu kommen werde. Wie begegnest Du diesem Einwand?*

Gesellschaftspakt Schuldentilgung, Vollgeld

H. Spehl: In meinem Vorschlag und auch in den Vorschlägen, die andere in der gleichen Richtung gemacht haben, ist immer gesagt worden – auch in Anlehnung an die Erfahrungen des Lastenausgleichs

in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg –, dass man nicht den fiskalischen Rasenmäher benutzen darf, sondern kleinere Vermögen entsprechend freistellen muss, darunter auch selbst genutzte Einfamilienhäuser oder ähnliche Dinge. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hat man das gemacht. Die hochvermögenden Teile der Bevölkerung werden jedoch ab einem bestimmten Stichtag mit einer Abgabe belastet. Damit auch diese Vermögen ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktion erfüllen können, wird die Belastung über einen Zeitraum von 30 Jahren verteilt und ist damit für diejenigen, die dafür aufkommen müssen, auch tragbar.

C. Strawe: *In der Zivilgesellschaft setzen viele Akteure große Hoffnungen auf ein sogenanntes Vollgeld bei der Lösung der Staatsverschuldungskrise. Wie siehst Du ganz generell diesen Ansatz? Widerspricht er Deinem Vorschlag oder könnte sich das ergänzen? Wäre es etwa möglich, das über einen Schuldentilgungspakt zu generierende Finanzvolumen geringer anzusetzen, weil ein Teil der Mittel über die Einführung von Vollgeld generiert würde?*

H. Spehl: Die Debatte zum Vollgeld ist schon längere Zeit im Gange; sie ist auch in dieser Zeitschrift geführt worden. Der Vorschlag stammt von Prof. Joseph Huber. In der sog. Monetative haben sich Menschen zusammengeschlossen, die ihn propagieren. Die Grundidee ist, dass man die Geldschöpfung ganz aus dem Geschäftsbankensystem herausnimmt und den Notenbanken übergibt. D.h., dass die Giralgeldschöpfung aus dem privaten Bereich herausgenommen und in den öffentlichen Bereich zurückgegeben werden soll. Das würde bedeuten, dass eine unabhängige Notenbank, also die deutsche Bundesbank oder im europäischen Kontext die EZB – die dann zu einer vierten Gewalt, zur Monetative werden müsste – entsprechend dem Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft die Geldmenge vergrößert.

Dadurch entsteht ein Geldschöpfungsgewinn, die „Seigniorage“. Den haben die Vertreter der Idee berechnet. Ohne das im einzelnen geprüft zu haben, nenne ich mal Zahlen, die man in Publikationen der Initiative finden kann: Bei 1% Wirtschaftswachstum und entsprechendem Geldmengenwachstum würde der Geldschöpfungsgewinn 25 Mrd. € pro Jahr betragen, bei 2% 50 Mrd. und bei 3% 75 Mrd. Diese Summen kämen praktisch nicht mehr den Geschäftsbanken zugute, sondern gingen an den Staat. Wenn man einmal 2% unterstellt und damit 50 Mrd. € pro Jahr an Gewinn anfielen, wenn man ferner unterstellt, die politischen Gremien würden sich tatsächlich entscheiden, diesen Geldschöpfungsgewinn ausschließlich zur Schuldentilgung zu verwenden, kann man sich leicht ausrechnen, dass 2 Billionen Staatsschulden in Deutschland in 40 Jahren abgebaut werden könnten. Dann kann man sie natürlich nicht gleichzeitig auch für Bildung oder für Straßenbau einsetzen.

Das scheint mir durchaus eine machbare Alternative zu sein, ohne dass ich jetzt auf Einzelheiten des Vorschlags, den ich aber prinzipiell für richtig halte, eingehen will. Man könnte diese Alternative mit

einem teilweisen Schuldenabbau auf dem Wege, wie ich und andere ihn vorgeschlagen haben, kombinieren; man könnte sie aber auch alleine umsetzen. Es bedürfte jedoch eines entsprechenden Umbaus des Geldschöpfungsprozesses. Dafür ist eine gesetzliche Grundlage erforderlich und ein politischer Beschluss, dass man den Geldschöpfungsgewinn für die Schuldentilgung einsetzen will.

C. Strawe: *Damit sind wir bei der Frage der politischen Umsetzung. Welche Berechnungen müssten angestellt werden, um das Vertrauen in solche Vorschläge zu stärken und damit die politische Akzeptanz zu erhöhen? Wie lassen sich Deiner Meinung nach Bündnisse schmieden und wie kann sich eine politische Mehrheit bilden? Oder ist die Zeit dafür noch nicht gekommen?*

H. Spehl: Man muss ganz klar feststellen, dass ein Problembewusstsein für die Lasten, die mit dieser hohen Staatsverschuldung verbunden sind – ich rede vom Schuldenbestand –, in der Bevölkerung fast nicht vorhanden ist. Es gab immer einmal wieder Einzelstimmen, die das problematisierten, aber die verstummten bald wieder. Wie man an der FAZ sieht, wird im Gegensatz dazu Angst geschürt, nach der in den 70er Jahren von Klaus Staeck mit dem Plakat „Deutsche Arbeiter, die SPD will Euch Eure Villen im Tessin wegnehmen!“ karierten Methode.

So gesehen, müssen wir also unterscheiden zwischen den realen Gegebenheiten einerseits und der emotionalen Lage und dem Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit andererseits. Wir haben in Deutschland übrigens eine wesentlich bessere Datengrundlage als sie der Modellrechnung des IWF zugrunde liegt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung verfügt über einen Datensatz, mit dem wir die Wirkungen auf die verschiedenen Vermögensbestandteile und auch auf einzelne Gruppen der Gesellschaft ausrechnen können. Es gibt ja Statistiken, die zeigen, dass die untere Hälfte der Haushalte kein nennenswertes Vermögen hat, während das obere Zehntel über 60% des gesamten Nettovermögens verfügt. Wenn man beim DIW eine entsprechende Modellrechnung machen würde, dann würde sich ergeben, dass sich eigentlich die Reichen, die ganz überwiegend die Gläubiger der Staatsschulden sind, selbst entschulden würden. Der schon zitierte SPD-Politiker Walter-Borjahn hat auch gesagt, dass man aufpassen müsse, dass durch die Entschuldungsbemühungen nicht die kleinen Leute noch mehr getroffen werden. Genau das müsste man einmal durchrechnen und publik machen.

Ich sehe jedoch im Augenblick keine politische Kraft in Deutschland, die daran ein Interesse hätte. Leider Gottes. Es hat vor den Wahlen noch einen Vorstoß von einem Kollegen aus Freiburg, Hermann Oetjens, gegeben, der einen Vorschlag zum Abbau der Staatsverschuldung gemacht hat und sich dabei auch auf mich und andere, die Ähnliches schon im Zusammenhang mit den Lasten der Wiedervereinigung vorgeschlagen hatten, berief. Er hat alle Parteien angeschrieben. Soweit ich es weiß, gab es überhaupt kein Echo. Das Kunststück wird also sein,

das Thema überhaupt auf die politische Agenda zu bringen.

Selbst der neue Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, hat neulich einen Rückzieher gemacht und gesagt, wir brauchten so etwas nicht, wir hätten ja Spielräume zum Abbau der Gesamtverschuldung in den normalen Haushalten. Das halte ich für vollkommen unrealistisch. Wenn es diese Spielräume gibt, werden sie gerade, entsprechend dem Koalitionsvertrag für die große Koalition in den kommenden Jahren schon wieder verfrühstückt – und die Überschüsse der Rentenkassen auch. Es handelt sich also um das Bohren besonders dicker Bretter.

C. Strawe: *Lieber Harald, ich danke Dir für das Gespräch und wünsche uns viel Kraft beim Bretterbohren.*

Prof. Dr. Harald Spehl

(Mainz/Trier), geboren 31.12.1940 in Hohen-Neuendorf bei Berlin. Studium der Volkswirtschaftslehre. Tätigkeit als Forschungs- und Lehrassistent an den Universitäten Münster und Köln, Promotion 1970, 1973–1975 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Abteilung Raumplanung der Universität Dortmund, von 1975 bis zur Emeritierung 2007 Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Stadt- und Regionalökonomie, an der Universität Trier. Seit 1990 Neuorientierung auf der Grundlage der Dreigliederung des sozialen Organismus. Seit 1994 im Vorstand des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart.

Betrachtungen, Berichte

Gedenken

Roland Geitmann

* 13. April 1941 in Sildemow bei Rostock,
† 4. Dezember 2013 in Kehl

Christoph Strawe

Am 4. Dezember verstarb Roland Geitmann im Alter von 72 Jahren in Kehl an den Folgen einer schweren Krebserkrankung.

Wir verlieren mit ihm einen engagierten Streiter für eine gerechte Wirtschaftsordnung, direkte Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, der eng mit dem Impuls der sozialen Dreigliederung und dabei auch mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung verbunden war. Wir trauern um einen wunderbaren Menschen voller Empathie und Wertschätzung für den anderen, klug und abwägend in seinem Urteil, offen und zugleich bescheiden und zurückhaltend. All diese Eigenschaften haben ihn zu einem großen Brückenbauer zwischen Menschen in der zivilgesellschaftlichen Bewegung allgemein und besonders auch in der Dreigliederungsbewegung gemacht. Roland Geitmann war auf vielen Feldern des zivilgesellschaftlichen Engagements gleichzeitig tätig. Dank seiner kommunikativen Fähigkeiten gelang es ihm immer wieder, für zivilgesellschaftliche Forderungen eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Roland Geitmann fasste in den letzten Jahren seine Lebenserinnerungen schriftlich zusammen. Sie sind als fiktives Gespräch mit seinen Enkeln formuliert und tragen den Titel „Begegnungen zwischen Ostsee und Oberrhein“. Er sandte sie mir im August zu, in Verbindung mit der Nachricht über seine Erkrankung. Vielfarbig erscheint dort, was hier nur schlicht und selektiv aufgereiht werden kann: Da ist die lebensbestimmende Begegnung mit seiner Frau Birthe und seine Begeisterung für Musik. Er spielte Geige – und hatte die Musik zunächst sogar zu seinem Beruf machen wollen, bis er sich für die Jurisprudenz entschied und seine Karriere als Verwaltungsjurist begann. Da sind seine beruflichen Stationen als Regierungsassessor, Regierungsrat und – beim Regierungspräsidium in Tübingen – Oberregierungsrat.

Acht Jahre lang, von 1974 bis 1982, war er Oberbürgermeister der Stadt Schramberg, dabei der erste sozialdemokratische Bürgermeister überhaupt in

dieser Stadt. (Bis zu seinem späteren Austritt hatte er 14 Jahre lang der SPD angehört). Roland Geitmann habe „die Stadt auf einen neuen Weg des Miteinanders geführt“, war im Titel des Nachrufs im Schwarzwälder-Bote vom 7. Dezember über diese Zeit zu lesen. 1975 wurde er auch Mitglied des Kreistags des Landkreises Rottweil.

Als ich ihn im Zusammenhang mit meiner Dreigliederungsarbeit kennenlernte, war er bereits Professor für Öffentliches Recht an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl, wo er 1983 bis 2006 wirkte. U.a. veranstaltete er dort auch eine Vortragsreihe über Zeitfragen für Studierende, zu denen er Referenten einlud, die für soziale Erneuerungsideen standen. Jahrelang bin ich auf diese Weise immer wieder in Kehl gewesen. Roland Geitmann versäumte dabei nie, in seiner Einleitung den Studierenden die Zeitschrift „Sozialimpulse“ wärmstens zu empfehlen. Plakate des Netzwerks Dreigliederung hängte er regelmäßig in der Hochschule aus.

Er war einer der ersten Juristen und Hochschullehrer, die bei Mehr Demokratie e.V. mitwirkten. Gerald Häfner schreibt in seinem Nachruf dazu: „Er hat Mehr Demokratie von Anfang an begleitet. Er initiierte 1995 unser Kuratorium und leitete es bis 2008. Seine fachlich wie menschlich souveräne Leitung trug maßgeblich zu dessen Erfolg bei. Es gibt kaum einen Gesetzentwurf oder eine Stellungnahme von Mehr Demokratie, in die nicht seine stets substanziellen Gedanken eingeflossen wären.“

Weitere Leitthemen waren für ihn die Fragen einer gerechten Geld- und Bodenordnung. Auch an dieser Stelle brachte er ein großartiges Engagement auf. Von 1988 bis 2009 war er Vorsitzender der freiwirtschaftlich orientierten Vereinigung „Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung“ (CGW), bis zuletzt war er ihr Ehrenvorsitzender.

Roland Geitmann war ein Netzwerker im besten Sinne: Er hatte enge Verbindungen zum Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll, er publizierte in der von Werner Onken redigierten „Zeitschrift für Sozialökonomie“, aber auch in einem Band von Stefan Lebers „Sozialwissenschaftlichem Forum“. Er sah das Kooperationsprinzip als Säule einer gerechten Wirtschaftsordnung an. Nicht zuletzt dadurch hatte er immer wieder mit dem Stuttgarter Institut für soziale Gegenwartsfragen zu tun, wo er an Seminaren und Kolloquien teilnahm bzw. mitwirkte.

Sein „anthroposophisch vertieftes Christentum“ sei ihm in seinem täglichen Leben „Kraftquelle und motivierte mich zum gesellschaftspolitischen Tätigsein“, heißt es in seinen Lebenserinnerungen. Das konnte man in der Begegnung mit ihm unmittelbar erleben.

Er hatte gehofft, mit Freunden und Mitstreitern an Himmelfahrt 2014 in Schloss Beuggen noch einmal zu einem Symposium zusammenkommen zu können, unter dem Titel „Was wäre, wenn Europa klänge!“ Seine Eröffnungsrede dafür hatte er bereits schriftlich konzipiert. Wir werden eng mit ihm verbunden bleiben.

Zukunftsbilder-Werkstatt

Michael Wilhelmi

Ein gutes politisches Spiegel-Interview mit dem Soziologen Oskar Negt vor ein, zwei Jahren wurde von ihm mit dem Satz eingeleitet: „Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus gibt es kein Zukunftsbild von Gesellschaft mehr!“ Diese Einschätzung wird wohl für einen großen Teil unserer Gesellschaft zutreffend sein: Wir erhalten endlose Informationen, spüren aber innere Ratlosigkeit, wohin es gehen könnte. Ohne Zukunftsbilder keine begeisternden Ziele, kein innerer Aufschwung.

Rudolf Steiner zeigte in einem Vortrag „Was tut der Engel in unserm Astralleib“, wie Engel uns Bilder schenken wollen, die uns die Zukunft öffnen können. Das macht umso deutlicher, wie gravierend solch eine Zeitdiagnose zu verstehen ist. In einem Gespräch mit Klaus Staeck in der Berliner Akademie der Künste im September 2013 forderte O. Negt aber auch, es müsse doch neben dem Wirklichkeitssinn noch einen Möglichkeitssinn geben! Ich schrieb ihm, ob er denn die soziale Dreigliederung nicht kenne – keine Antwort!

Mir ging die Frage nach, ob es denn nicht unsere Aufgabe wäre, Zukunftsbilder öffentlich zu entwickeln. Wir trafen uns in einem kleinen Kreis Dreigliederungseingeweihter im Forum Kreuzberg und überlegten, welche konkreten Fragen aktuell anstehen und welche davon schon eine gewisse Dynamik entwickelt haben, sodass es sinnvoll wäre, sie zu unterstützen. So kamen wir vor der Bundestagswahl auf die Volksgesetzgebung, die ja zum mittleren Glied des sozialen Organismus gehört und zu der Mehr Demokratie schon mit über hunderttausend Unterschriften einen großen Anlauf genommen hatte.

Zwei Jüngere machten gleich den Vorschlag, einen Wettbewerb auszuloben, obgleich die Zeit dazu eigentlich schon zu knapp war. Bei diesem kam als Sieger das Foto einer dunklen Menschenversammlung heraus, die mittig in einem aufgehellten Pfeil auf die Volksabstimmung zugeht. Dieses Motiv wurde dann als Postkarte gedruckt und mit dem Hinweis verteilt, dass allein die CDU die Erfüllung des Grundgesetzes (Wahlen und Abstimmungen!) verhindert. Für Demonstrationen entwarfen wir noch einen auffälligen roten „Volksmund“ mit der Frage, ob er denn immer noch nicht mündig sei. Damit nahmen wir an zwei größeren Demos und dem „aufrechten Gang“ teil, zuletzt auch vor dem Delegiertentreffen der SPD und an der Unterschriftenübergabe an Andrea Nahles vor dem Reichstag zum Auftakt der Koalitionsverhandlungen.

Da in Berlin die Medienaufmerksamkeit besonders groß ist und Medien wiederum gerne auf Bilder reagieren, hatten wir gute Chancen. Tatsächlich war „der Volksmund“ darauf in der Abendschau und sogar ein der Volksgesetzgebung gegenüber kritischer Tagesspiegelbericht benutzte das Bild.

Da die Zivilgesellschaft der Politik um wenigstens zehn Jahre voraus ist, wäre die Volksgesetzgebung auf Bun-

desebene das entscheidende Instrument, um wieder Dialog und Bewegung in die stagnierende politische Mitte der gefährdeten Demokratie zu bringen. Ob das in dieser Legislaturperiode schon gelingt, ist die große Frage, weil unsere finanzgesteuerten „Eliten“ ja immer noch glauben oder glauben machen wollen, dass das (all)gemeine Volk für diese „hochkomplexen“ Sachentscheidungen nicht genügend qualifiziert ist. Als während der Koalitionsverhandlungen der Bundesvolksentscheid zum öffentlichen Medienthema wurde, ergab eine Umfrage, dass sogar 83% der CDU-Wähler für bundesweite Volksabstimmungen eintreten. Dass Merkel dann dieses auch von SPD und CSU eingebrachte Votum einfach unterdrücken konnte, machte allen deutlich, dass sie sich weniger vom Wähler als viel mehr vom Kapital legitimiert sah. Wir werden jedoch unser Ziel nicht aufgeben, diese vormundschaftliche „Demokratie“ aufzuheben.

Dr. Michael Wilhelmi,

*1935, Gymnasial- und Waldorflehrer (Deutsch, Geschichte), Gründung Forum Kreuzberg Berlin, engagiert für soziale Plastik, zuletzt auch für Bildhauerei.

Europäisches Parlament: Genug Bevormundung durch den EU-Rat!

Gerald Häfner

Ich freue mich, Euch/Sie darüber informieren zu können, dass mein Bericht (Antrag), den Reisezirkus zwischen zwei voll ausgebauten Parlamentssitzen endlich zu beenden und die Rechte des Europäischen Parlaments entscheidend zu stärken, am 20. November vom EP-Plenum mit dreiviertel der Stimmen angenommen wurde. Im Folgenden der Text meiner Presseerklärung (weitere Informationen auf der Website: www.geraldhaefner.de):

Das Europäische Parlament hat mit einer überwältigenden Mehrheit über Fraktions- und Ländergrenzen hinweg dafür gestimmt, in Zukunft selbst über seine Arbeitsweise und damit auch über die Arbeitsorte zu entscheiden. Die EU-Abgeordneten haben, zum ersten Mal in der Geschichte des EU-Parlaments, angekündigt, hierfür das notwendige Verfahren zur Änderung der EU-Verträge einzuleiten. Dazu erklärt der Berichterstatter Gerald Häfner, Sprecher der Grünen-Fraktion für Verfassungsfragen:

Diese Abstimmung ist von historischer Bedeutung für die europäische Demokratie. Es geht dabei um mehr als die Beendigung des dem EU-Parlament aufgezwungenen, verschwenderischen Reisezirkus zwischen Straßburg und Brüssel. Es geht um die wichtigste Frage jeder Demokratie: Wer hat das Sagen? Die Regierungen oder die Bürger und ihre gewählten Vertreter? Das EU-Parlament ist es leid, auf Geheiß der Staats- und Regierungschefs und gegen seinen Willen in Europa hin- und hergeschickt zu werden.

Mehrfach haben die EU-Abgeordneten sich für einen einzigen Sitz des Parlaments ausgesprochen. Es ist keine den Regierungen unterstellte Behörde, sondern die einzige direkt gewählte Vertretung von 500 Millionen EU-Bürgern. Es wird deshalb heute zum ersten Mal von seinem Recht Gebrauch machen, Vertragsänderungen zu fordern. Das ist eine historische Zäsur – gegen ein von den Regierungen der Mitgliedsstaaten gegängelt Parlament und für die Stärkung der Demokratie in der Europäischen Union.

Das allmonatliche Hin und Her zwischen Brüssel und Straßburg ist ineffizient, teuer und umweltschädigend. Es lähmt die Arbeit des EU-Parlaments und isoliert die Abgeordneten während der Plenarwoche von den anderen EU-Institutionen ebenso wie von den Repräsentanten der Mitgliedstaaten und der europäischen Zivilgesellschaft in Brüssel. Es ist höchste Zeit, dieses absurde Theater zu beenden. Und der beste Weg dafür ist es, dem Parlament selbst die Entscheidung in die Hände zu legen, wann und wo es arbeitet.

Die überwältigende Mehrheit für diesen Bericht ist auch ein Signal an die Staats- und Regierungschefs: Das EU-Parlament nimmt diesen Kampf ernst und es wird in dieser Frage nicht nachgeben, bis es eine vernünftige und für die Bürger zufriedenstellende Lösung gibt. (gerald.haefner@europa.eu)

Freihandelsabkommen TTIP ablehnen

www.ATTAC.de

Weitgehend abgeschirmt von der kritischen Öffentlichkeit verhandeln EU-Kommission und US-Regierung derzeit die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Auch die Parlamente der betroffenen Länder werden nicht ausreichend informiert – sie sollen erst nach Vertragsabschluss mit „ja“ oder „nein“ abstimmen. Der Gegenstand der geplanten Vereinbarung ist keine Kleinigkeit: Es geht um die Etablierung der größten Freihandelszone der Welt. Bereits jetzt erwirtschaften EU und USA zusammen fast die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts – TTIP soll ihre dominante Position in der Konkurrenz zu den sogenannten Schwellenländern absichern.

Auch die Menschen in Europa und Amerika haben einschneidende Verschlechterungen ihrer Lebensqualität zu befürchten – nicht nur wegen Genfood, Hormonfleisch und Chlorhühnchen. Es ist zu erwarten, dass demokratische Rechte, soziale Standards, Klimaschutz und Finanzmarktkontrolle auf dem jeweils niedrigsten Level „harmonisiert“ werden sollen. TTIP wird außerdem die Macht der Konzerne stärken und die Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft massiv einschränken.

Das ATTAC-Netzwerk lehnt die neoliberale Ausrichtung der Verhandlungen ab und hat auf dem Herbststratagium beschlossen, Aktivitäten gegen

TTIP zu einem Kernpunkt der Kampagnenarbeit des nächsten Jahres zu machen.

WTO-„Bali-Paket“ ist Desaster für eine gerechte Welthandelsordnung

**Kompromiss bei Ernährungssicherheit ist
Erfolg sozialer Bewegungen**

www.ATTAC.de

ATTAC bewertet die Verabschiedung des so genannten Bali-Pakets bei der 9. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) als Desaster für eine gerechte Welthandelsordnung. Das Ergebnis ist insbesondere hinsichtlich des Zollwesens eindeutig zum Vorteil der Staaten des Nordens. Für die ärmsten Entwicklungsländer sind die Beschlüsse im Wesentlichen unverbindliche Absichtserklärungen. Der Kompromiss bei den indischen Programmen für Ernährungssicherheit zeigt aber, dass durch den Druck sozialer Bewegungen gravierende Angriffe der Welthandelsorganisation auf soziale Regulierungen zumindest punktuell abgewendet werden konnten.

„Trotz vieler Kompromissformeln nützt das Bali-Paket vor allem den Exportinteressen der Staaten des Nordens, besonders bei der Vereinfachung des Zollwesens“, erklärte Alexis Passadakis vom bundesweiten ATTAC-Rat, der die WTO-Gespräche vor Ort auf Bali verfolgt hat. Nur die Regeln dieses Bereichs sind rechtsverbindlich und können vom WTO-Schiedsgericht sanktioniert werden. Für die ärmsten Länder blieben vor allem unverbindliche Versprechen übrig. So sollen etwa die skandalösen Baumwollsubventionen „regelmäßig“ in der WTO behandelt werden.

„Es ist fatal, dass mit dem Bali-Paket die Tür für eine künftige Liberalisierungsrunde aufgeschlossen wurde und der WTO eine neue Dynamik verliehen wird. Die WTO-Konferenz demonstriert den Zynismus der Handelspolitik von Europäischer Union und den USA, die auf menschenrechtliche Fragen wie im Fall der indischen Ernährungssicherheitsprogramme nur unter massivstem Druck Rücksicht nimmt“, resümierte Passadakis. Zudem hätten die Verhandlungen in Bali gezeigt, wie dysfunktional die Regeln der WTO sind. Sozialökologische und menschrechtliche Regeln würden nur als Handelshemmnisse wahrgenommen.

Dass es immerhin zu einem Kompromiss bei den indischen Programmen für Ernährungssicherheit gekommen ist, ist ein Erfolg sozialer Bewegungen weltweit, aber insbesondere von indischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Bei den Verhandlungen im Vorfeld in Genf hatte sich die indische Regierung bereits auf ein vierjähriges Klagemoratorium gegen ihr Ernährungsprogramm eingelassen. Doch während des Flugs der indischen Unterhändler nach Bali erhob sich ein Proteststurm

sozialer Bewegungen auf dem Subkontinent. „Erst unter dem Druck einer kritischen Öffentlichkeit hat die Regierung Indiens zu einer Verteidigungshaltung ihrer Ernährungssicherungsprogramme gefunden“, analysierte Alexis Passadakis.

Die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen vor neuen Herausforderungen

Johannes Lauterbach

Via Campesina ist aus dem Our World is not for Sale Network (OWINFS) ausgetreten. Das wird jeden berühren, dem die Entwicklung der Kraft der globalen Zivilgesellschaft ein Anliegen ist. Ist dieser Austritt doch ein Symptom für die Lage der sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen und für die Herausforderungen, vor denen sie stehen.

Mit Via Campesina ist nun die weltgrößte soziale Bewegung aus dem Netzwerk ausgestiegen. Von anderen wichtigen Akteuren ist schon länger bekannt, dass sie mit der Entwicklungsrichtung von OWINFS unzufrieden sind.

Alexis Passadakis, der für Attac-D bei den WTO Verhandlungen in Bali dabei war, beschrieb in einem Artikel die wachsenden Differenzen zwischen Gruppen, die im Rahmen der aktuellen WTO-Verhandlungen Verbesserungen für die Entwicklungsländer herausholen wollen und den Gruppen, die das WTO-Regime für nicht reformierbar halten und andere Lösungen anstreben.

Ein Hintergrund für die Versuche, im WTO Rahmen etwas zu erreichen, ist sicher, dass in den vielen bilateralen Verhandlungen mit der EU und den USA die handelspolitische Position der Entwicklungsländer in den letzten Jahren stark geschwächt wurde und das multilaterale Regime der WTO nun als das geringere Übel erscheint. Grundsätzlich ist die Polarität von „WTO abschaffen“ versus „in den Verhandlungen Verbesserungen herausholen“ schon immer da gewesen. Sie hatte in den OWINFS-Statements darin Ausdruck gefunden, dass man sprachliche Regelungen gesucht hat, die beides einschließen. Solange die WTO Bedeutung hatte, konnten diese Differenzen immer konstruktiv behandelt werden, u.a. mittels der „inside-outside“ Strategie (Koordination zwischen denen, die Zugang zu den Verhandlungen haben und den AktivistInnen auf der Straße). Allerdings war es auch schon in Hongkong 2005 so, dass die viele große NGOs separat und parallel zu OWINFS tagten.

An die Grenze der Spaltung führende Differenzen gab es um und nach der Ministerkonferenz in Genf

2009 über die Frage, welche Rolle die WTO zukünftig in den OWINFS-Aktivitäten spielen sollte, d.h. ob sich OWINFS zu einem inhaltlich breiteren Netzwerk entwickeln sollte, das auch andere Akteure, wie die G20, oder die Klimaverhandlungen auf Korn nimmt. Etliche Süd-Organisationen waren in Genf verärgert, weil viel Zeit und Geld in eine bedeutungslose WTO-Konferenz gesteckt wurde, anstatt sich auf relevantere Felder zu begeben.

Der scheinbar kleine, interne Zwist in einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk steht in einem größeren Zusammenhang und weist darum auch auf umfassendere Fragen: – Durch die aktuellen Verhandlungen zur transatlantischen Freihandelszone TTIP und dem pazifischen Gegenstück TPP rückt die internationale Handelspolitik als Instrument zur Durchsetzung von Konzern- und Kapitalinteressen stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Frage, wie sich soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft dazu verhalten, wird ein zentrales Thema in den nächsten Monaten.

– Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen stehen zunehmend im Spannungsfeld zwischen Aktivitäten in Kooperation mit staatlichen Akteuren und der damit auch drohenden Vereinnahmung bei gleichzeitiger Immunisierung und Abkopplung der wesentlichen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der Eliten von den letzten, minimalen demokratischen Einflussmöglichkeiten (siehe TTIP, ESM, etc.). Das führt dann zu solchen Absurditäten wie der Einrichtung eines Willkommens-Centers für Einwanderer in Stuttgart, während FRONTX den Einsatz von Überwachungsdrohnen im Mittelmeer plant. Ein Problem dabei ist, dass die Totalverweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit der politischen Ebene angesichts der realen Kräfteverhältnisse auch zur totalen Marginalisierung führen würde.

– Die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen stehen vor einem Umbruch. Die im letzten Jahrzehnt entstandenen Formen und Strukturen lösen sich auf, sowohl inhaltlich (Bedeutungsrückgang des globalisierungskritischen und klimakritischen Diskurses) wie organisatorisch (s. OWINFS, das WSF hat schon längst an Bedeutung verloren, ESF gibt es nicht mehr...). Die Occupy-Bewegung war nur ein kurzes Aufflackern und hat sich ohnehin einer dauerhaft handlungsfähigen Organisationsform verweigert. Anders als zu Beginn des letzten Jahrzehnts fehlt in diesem Jahrzehnt die Aufbruchstimmung etwas Neues anzufangen. Möglicherweise gibt der Widerstand gegen das USA-EU-Freihandelsabkommen TTIP den Bewegungen ja neuen Auftrieb. Dabei handelt es sich jedoch wieder nur um eine Widerstandsaktion, nicht um den Aufbau neuer Strukturen oder um das Setzen neuer Ziele.

Die Zivilgesellschaft braucht neue Arbeitsformen und Perspektiven, die den Herausforderungen im zweiten Jahrzehnt gewachsen sind und die gleichzeitig über die aktuellen Auseinandersetzungen hinaus weisen können.

40 Jahre dm Drogeriemarkt GmbH – Wegbereiter für ein anderes Wirtschaften?

Wilhelm Neurohr

Wo steht der Drogerie-Discounter dm heute? – Zahlen und Fakten

In diesem Jahr 2013 feierte die am deutschen Markt führende Drogeriemarktkette dm mit Stammsitz in Karlsruhe ihr 40jähriges Bestehen – unter anderem mit einer soeben als Buch erschienenen Autobiografie des Gründers Götz W. Werner (siehe Buchrezension S. 49 ff., die auch weitere Informationen zur Firmengeschichte enthält), vor allem aber mit einem „traumhaften Geschäftsergebnis“: Im zurückliegenden Geschäftsjahr hat dm in Deutschland einen Rekordumsatz von über 5,8 Mrd. € verbucht, 14,3% mehr als im Vorjahreszeitraum, europaweit sogar fast 7,7 Mrd. € Umsatz, eine Steigerung um 11,9%. Die Umsatzsteigerung ist nur teilweise auf die Insolvenz des Konkurrenten Schlecker zurückzuführen (im Vorjahr schlug sie mit 5% zu Buche¹). Zum Ertrag und zur Umsatzrendite (von angeblich 1%) macht das Unternehmen dm traditionell keine Angaben, da man „nicht auf Gewinne ausgerichtet“ sei. Im Jubiläumsjahr wurden 13 Mio. € an die Mitarbeiterschaft ausgeschüttet.

Europaweit hat der dm-Konzern mittlerweile fast 50.000 Beschäftigte und 2.900 Filialen in 12 Ländern (vor allem Osteuropas) mit durchschnittlichen Verkaufsflächen von 570 qm, in denen 12.500 verschiedene Produkte angeboten werden, viele davon mit Umweltsiegeln. In Deutschland beschäftigt die dm-Kette ca. 34.000 Menschen in 1.480 Geschäftsfilialen, 2.700 Mitarbeiter in den beiden Verteilzentren sowie 1.300 in der Unternehmenszentrale, darunter 70 Leiharbeiter und 200 ehemalige Leiharbeiter, die in feste Arbeitsverhältnisse übernommen wurden. Im abgelaufenen Jahr wurden fast 4.800 neue Arbeitsplätze geschaffen. Hinzu kommen über 3.200 Ausbildungsplätze. Für 2014 sind 1.600 neue Ausbildungsplätze geplant.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden 135 neue Filialen eröffnet. Seit September 2010 läuft in Weilerswist bei Köln eines der „fortschrittlichsten Logistik-Zentren Europas“ im Vollbetrieb. Die dm-Verteilzentren in Deutschland bieten „rund 2.000 Menschen aus mehr als 60 Nationen einen Arbeitsplatz“². Für 90 Mio. € wird eine neue Zentrale in Karlsruhe gebaut. Mit 300 Mio. € investiert dm im Jubiläumsjahr europaweit die größte Summe (davon 230 Mio. € allein Deutschland) seit der Gründung 1973 und ist auf rasantem Expansionskurs. Für das kommende Jahr 2014 plant dm 150 neue Märkte. In der 9köpfigen

dm-Geschäftsführung unter dem Vorsitz von Erich Harsch gibt es mit Markus Trojansky eigens einen Geschäftsführer, der u.a. für Expansion verantwortlich ist.

Täglich kaufen 1,6 Mio. Kunden bei dm ein. Nach dem Kundenmonitor Deutschland ist der Marktführer dm der beliebteste Drogeriemarkt. Drei Jahre zuvor erhielt die dm-Naturkosmetikmarke Alverde den deutschen Nachhaltigkeitspreis; auch die Marke ALANA-Kindertextilien erhielt eine Auszeichnung. Der amtierende dm-Geschäftsführer Erich Harsch wurde als „Unternehmenspersönlichkeit des Jahres“ ausgezeichnet. Für 2.200 soziale und kulturelle Projekte hat dm 860.000 € spendiert. In 2014 will dm einen Preis für ehrenamtliches Engagement vergeben.

Inzwischen bietet dm neben den rund 10.000 gängigen Produkten auch 23 Eigenmarken mit 2.700 Produkten aus allen Sortimentsbereichen an, die ein Fünftel des Umsatzes ausmachen, bei Küchenrollen und Toilettenpapier über 90%. Niemand verkauft überdies so viel Sonnenschutzmittel oder Windeln wie dm. Mit über 20% Marktanteil liegt dm bei den Drogerieartikeln deutlich vor Aldi, Rossmann, Kaufland, Edeka, Lidl oder Rewe, die mit ihren Produkten auch in Konkurrenz zu den Drogeriemärkten agieren. In einer Käuferbefragung (Innenstadt Recklinghausen) wurden Bürger befragt, warum sie die Innenstadt aufsuchen: Nach den großen Kaufhäusern Karstadt und C&A wurde an dritter Stelle der dm-Drogeriemarkt genannt, noch vor Peek & Cloppenburg, H&M, Mediamarkt, Thalia-Buchhandlung und Hettlagefashion.

2012 ist der bis dahin stärkste Konkurrent Schlecker als einstmals größte Drogeriemarktkette mit zuletzt 7 Mrd. € Jahresumsatz und über 2.000 Filialen nach Insolvenz spektakulär vom Markt verschwunden³ – nicht zuletzt aufgrund hoher logistischer Stückkosten, die der großen Anzahl, der geringen Größe und der Streuung der Schlecker-Filialen geschuldet waren. Dm dagegen war es gelungen, Größe und Verteilung der Filialen zu optimieren.

Gründung und Fortentwicklung des Unternehmens im Umfeld der Konkurrenten

Die erste dm-Drogerie wurde vom Drogisten Götz Werner, dem Unternehmensgründer, am 28. August 1973 in Karlsruhe eröffnet, mit seinem Ruder-Partner Günter Bauer als Geschäftspartner in der Geschäftsleitung. Jährlich folgten weitere Filialeröffnungen des stetig expandierenden Unternehmens (als Kommanditgesellschaft mit dem Mitinhaber Günther Lehmann) hauptsächlich in Süddeutschland.

Götz Werners Idee war die Übertragung des Discounter-Prinzips (d.h. die Ausschaltung des Zwischenhandels nach dem Vorbild und Konzept des Lebensmittel-Discounters ALDI) auf die Drogerie-

1 Eine äußerst aufschlussreiche Gegenüberstellung der Faktoren des Scheiterns von Schlecker und des Erfolges von dm liefert Thomas Ramge: Eine Dimension mehr, brandeins 04/12, S. 100 – 105.

2 http://www.dm.de/de_homepage/unternehmen/zahlen-fakten/unternehmenszahlen/11534/verteilzentren.html

3 Von den 26.000 entlassenen Schlecker-Mitarbeitern waren in 2013 immer noch die Hälfte arbeitslos, also ohne neuen Arbeitsvertrag. Nur rund 1.000 Schlecker-Mitarbeiter konnten von dm übernommen werden, ebenso 14 der 364 geschlossenen „Ihr-Platz-Märkte“ von Schlecker.

branche, anstelle des bisher dort üblichen Thekenverkaufs durch inhabergeführte Einzelhändlerläden mit zu breitem Sortiment und teilweise unrentablen Dienstleistungen. Es sollten also Selbstbedienungs-Discountgeschäfte eröffnet werden mit kleinem Sortiment von dennoch guter Qualität, aber einfacher Aufmachung und mit möglichst niedrigen Preisen, um dem Wettbewerbsdruck der boomenden Supermärkte von Ketten wie Tengelmann, Kaisers usw. standzuhalten. Im Gegensatz zu Aldi setzte man dabei anfänglich auf den Slogan „Große Marken, kleine Preise“; heute werden auch Eigenmarken wie „Das gesund Plus“, „alverde“ u.a. vertrieben. Werner erhielt aber auch Anregungen von Migros in der Schweiz und seinem Gründer Gottlieb Duttweiler.

Ein Jahr vorher (1972) war jedoch Dirk Rossmann dem dm-Gründer mit der Discounter-Idee zuvorgekommen, und ein Jahr später (1974) folgte Anton Schlecker, so dass drei Drogerie-Discounter im Wettbewerb standen. Es entwickelte sich zunächst eine Marktaufteilung zwischen dm (im Süden des Landes) und Rossmann (im Norden). Diese existierte solange, bis Rossmann vor 10 Jahren einen harten Verdrängungswettbewerb begann, der auch dm veranlasste, sich in Norddeutschland auszubreiten.

Nach Gründung der von dm Deutschland rechtlich unabhängigen „dm drogerie markt GmbH“ startete dm 1976 auch in Österreich, wo die Konzerngesellschaft bereits 5 Jahre später über 100 Filialen umfasste. Ab 1992 begann von dort unter der Geschäftsführung von Günter Bauer (Nachfolger Martin Engelmänn) die Expansion in die osteuropäischen Länder Tschechien, Ungarn, Slowakei und Kroatien sowie nach der Jahrtausendwende auch in Serbien, Bosnien, Rumänien, Bulgarien und zuletzt (2012) in Mazedonien. Allerdings scheiterte der Versuch von dm, auch in Ländern wie Italien oder Frankreich Fuß zu fassen – vermutlich deshalb, weil die Menschen dort eine andere Kaufkultur haben, individuelle kleine Einzelhändler im persönlichen Umfeld bevorzugen und Kauf mit Kommunikation verbinden. (Gleichwohl breiten sich auch dort an den Ortsrändern größerer Städte inzwischen große Hyper- und Supermarktketten und Discounter aus.)⁴

Seit 1984/85 besteht eine enge Geschäftsbeziehung zwischen dm und dem Biomarkt-Unternehmen Alnatura (unter der Geschäftsführung von Götz Rehn), das fast 80 Biomärkte in 40 Städten unterhält. Dazu kommt der Vertrieb über 3.400 Filialen der Handelspartner (dm-drogerie märkte, tegut, Budni, Hit, Globus, AEZ sowie Cactus) in 13 Ländern.⁵

⁴ Als Drogeriemarkt hat dm natürlich auch den boomenden Gesundheitsmarkt im Blick. In sein Sortiment gehören seit jeher Nahrungsergänzungsmittel. In Kooperation mit Versandapotheken – zunächst der Europa Apotheek Venlo, seit kurzem mit der Rose Versandapotheke – werden seit einiger Zeit auch Arzneimittel vertrieben: An Gesundheitsterminals, die in die Regale mit den Gesundheitsprodukten eingebettet sind, können Kunden Bestellungen bei Zur Rose aufgeben und über die Nutzung von dm-Filialen als Pick-up-Stationen Versandkosten sparen. Ungelöst ist bisher generell bei Arzneimittel-Vertriebsformen dieser Art das Problem einer qualifizierten Gesundheitsberatung durch Apotheker.

⁵ Vgl. <http://www.alnatura.de/ueber-uns/presse/Archiv%202013/alnatura-auf-nachhaltigem-wachstumskurs>

Alnatura ist in allen dm-Filialen als drittgrößter Partner mit seinen Angeboten präsent. 2010 erntete Alnatura negative Schlagzeilen – kritisiert wurden untertarifliche Löhne für die 1.300 Beschäftigten. Im Oktober 2010 erfolgte eine Anpassung an die Branchentarife.⁶ Das Unternehmen dm selber erhielt zwar erst 30 Jahre nach Unternehmensgründung – auch aufgrund seiner mitbestimmungspflichtigen Größe – einen Betriebsrat und einen mitbestimmten Aufsichtsrat mit Arbeitnehmervertretern, gilt aber seit je bei Gewerkschaften als vorbildlicher Arbeitgeber, gerade auch aufgrund seiner Lohnpolitik.

Spannungsfelder zwischen Ideal und Wirklichkeit

Dm versteht sich zwar nicht als „anthroposophische Firma“, Götz W. Werner hat sich in der Öffentlichkeit aber stets mutig als Anthroposoph positioniert. Daher wird das von ihm begründete Unternehmen zu Recht als eine Art Mustereinrichtung verstanden, an der sich ablesen lässt, was Anthroposophie in der Praxis leisten kann. Es ist etwa in Talk Shows nicht unüblich, dass die Sozialgestalt von dm mit der anthroposophischen Orientierung des Gründers in Verbindung gebracht wird. Und es ist zu erwarten, dass man in dem Maße, in dem das Stichwort „Dreigliederung“ in der Öffentlichkeit an Bekanntheit gewinnt, auch hier einen Zusammenhang herstellen wird.

Damit ergibt sich ein Doppeltes: Anthroposophie und Dreigliederung erscheinen als praktikabel und geeignet, reale Verbesserung für die Menschen zu bewirken. Gleichzeitig mag bei vielen der Eindruck entstehen, dass in dem „real existierenden“ Drogerie-Filialisten der Dreigliederungsimpuls im Wirtschaftsleben vollumfänglich umgesetzt sei. Das würde jedoch Tiefe und Umfang der Veränderungen, die sich aus dem Impuls der Dreigliederung heraus für das Wirtschaftsleben ergeben, nicht gerecht werden und so Illusionen erwecken.

Hier muss zunächst ein allgemeiner Gesichtspunkt bedacht werden. Jeder Impuls, der ins Leben eingreift, stößt auf Widerstände. Sie zwingen oft zu Kompromissen, ohne die der Impuls scheitern müsste. Dadurch ergibt sich aber naturgemäß auch die Gefahr, dass Kompromisse zu weit gehen und den Impuls durch Anpassung an das Bestehende gefährden. Im Spannungsfeld zwischen Ideal und Wirklichkeit geht es darum, die Entwicklungsrichtung auf das Ideal nicht zu verlieren. Gerade so kann dieses zur allmählich die Wirklichkeit immer stärker verwandelnden Kraft werden.

Wenn man diese Dynamik nicht bedenkt, werden Urteile – ob positiv oder negativ – über Organisationsentwicklungsprozesse notwendig abstrakt ausfallen. Das gilt auch für die im Folgende zu behandelnde Frage, wo dm im 40. Jahr seiner Entwicklung steht.

⁶ Vgl. hierzu den Beitrag des Autors in „Sozialimpulse“ 2/2010.

Unternehmenskultur, Eigentumsverhältnisse

Dm ist es zweifelsohne gelungen, eine Unternehmenskultur aufzubauen, in der der Mensch als „gestaltungsfreudiges Initiativwesen“ (Werner) gilt, das Unternehmen als menschlicher Entwicklungsort fungiert und die Eigenverantwortung der Mitarbeiter gefördert wird. Man hat dafür den Ausdruck „Dialogische Führung“ geprägt: Führen heißt nicht befehlen, sondern die richtigen Fragen stellen. Dass sich das auch in anderen Unternehmen herumgesprochen hat und insofern nicht mehr unbedingt ein „Alleinstellungsmerkmal“ von dm darstellt, ist kein Kritikpunkt, sondern Teil der dm-Erfolgsstory.

Als vorbildlich gilt die Personalentwicklung mit Schwerpunkt Ausbildung. Man spricht hier nicht von Auszubildenden, sondern von „Lernlingen“. Künstlerische Elemente spielen eine große Rolle, z.B. das Schauspiel, durch das zahlreiche Möglichkeiten sich auszudrücken vermittelt werden.

Über das Bemühen, trotz rechtlicher und steuerlicher Behinderungen, die Mitarbeiter am Unternehmenserfolg und am Ertrag unmittelbar zu beteiligen, wird noch in der Rezension S. 49 ff. ausführlicher gesprochen. Dass Götz Werners Zielbild die Trennung von Arbeit und Einkommen ist, die er selbst am ehesten durch ein bedingungsloses Grundeinkommen gefördert sieht, ist allgemein bekannt.

Wie hängen Unternehmensform und Eigentumsverhältnisse zusammen? Dm war zunächst privateigentümlich organisiert, mit dem wichtigen Unterschied, dass Götz Werner als Leiter des Unternehmens, dieses nicht als Privateigentum verstand, sondern wie ein Treuhandeigentum im Sinne der Dreigliederung behandelte. Indem Götz Werner 2010 seine Unternehmensanteile in eine Stiftung einbrachte, machte er einen ersten Schritt, diese Auffassung auch institutionell abzusichern.

Nach der Devise „Alle Macht den Filialen“ wurde seit Anfang der 90er Jahre in hohem Maße Ressourcen- und Personalverantwortung aus der Zentrale nach unten verlagert. Diese Delegation nach unten sowie die Querverrechnung unternehmensinterner Dienstleistungen ist heute gängiges Prinzip in den meisten fortschrittlichen Unternehmen und Verwaltungen.⁷ Aus Sicht der Dreigliederung stellt sich die weitergehende Frage, ob das Filialunternehmen überhaupt die Unternehmensform der Zukunft ist oder ob nicht eine weitergehende Dezentralisierung (ein konventionelles Beispiel bietet Edeka) möglich wäre bzw. ob nicht assoziierte unternehmerisch selbstständige Einheiten die Zukunft darstellen könnten. Dann hätten wir eine Neuauflage des selbständigen Drogeristen vor Ort, allerdings vernetzt mit anderen in einer Einkaufs- und Solidargemeinschaft und auf dem heutigen Niveau hinsichtlich Produktivität und Logistik. Auch eine Unternehmensbeteiligung von Kunden oder Mitarbeitern wäre eine denkbare Option.

⁷ Vgl. Karl-Martin Dietz/Thomas Kracht: Dialogische Führung? Zur Führungskultur bei dm-drogerie markt, Frankfurt/M 2002 (Campus)

Kooperation

Neben den bisher erwähnten Glanzpunkten in vielen Bereichen finden wir auf dem Felde der assoziativen Einbindung in Bezug auf die kooperativen Kunden- und Lieferantenbeziehungen des Unternehmens und im Hinblick auf Verständigungsprozesse über ein faires Preisgefüge auch viel Schatten. Das ist auch nicht anders möglich, solange sich dm unter „Mitbewerbern“ bewegt und bewähren muss, die sich nach konventionellen Marktgesetzen konkurrenzhaft betätigen.⁸ Dass Schlecker, Rossmann, Müller u.a. nicht die ersten Adressen für Gespräche über die Entwicklung einer solidarischen Ökonomie waren bzw. sind, ist leicht einsehbar. Das bedeutet, dass hier die Handlungsspielräume naturgemäß enger sind. Es könnte allenfalls hinterfragt werden, ob sie denn konsequent ausgeschöpft werden.

Die Wirtschaft der Zukunft im Sinne der Dreigliederung wird vom Kooperations-, anstelle vom Konkurrenzprinzip bestimmt sein. Verständigungsorgane („Assoziationen“) von Vertretern der Produktion, der Zirkulation und des Endverbrauchs sollen Vernunft in das Marktgeschehen bringen und Vereinbarungen treffen, die zu einem ökonomisch richtigen und sozial gerechten Preisgefüge führen. Interessenbündelung wird so vermieden, Interessenausgleich ermöglicht. Die Verbraucher können sich mitverantwortlich in das Wirtschaftsgeschehen einschalten. Statt Überschüsse zu produzieren, die dann rücksichtslos in den Markt gedrückt werden, soll der Saugstrom der Bedürfnisse die Produktion bestimmen.

Der dm-Grundsatz, stets auf die Kunden und ihre Bedürfnisse zu achten und nicht auf die Konkurrenz, weist sicherlich in die richtige Richtung und führt beispielsweise zu einer sehr kundenfreundlichen Gestaltung der Filialen. Die Ermittlung der Kundenbedürfnisse erfolgt allerdings durchaus konventionell nämlich durch umfangreiche elektronische Auswertung von Kunden-Daten und Kaufverhalten (unter Einbezug der dazu eingeführten und als Instrument nicht unproblematischen Payback-Karte), durch gelegentliche Kundenbefragung (oder Filialbesuche aus der Karlsruher Zentrale), ansonsten durch Marktbeobachtung, Facebook-Kundendialog etc.

Insgesamt betont dm seinen guten Beratungsservice für die Kunden – den viele Beobachter bestätigen⁹, während andere konstatieren, dass das Personal bei starkem Kundenansturm mit der Bewältigung der langen Kassenschlangen voll ausgelastet sei, so dass für den einzelnen Kunden nur die Frage nach der Payback-Karte und die rituelle freundliche Grußformel verbleibe.

⁸ Das gilt nebenbei gesagt für die Partnerfirma Alnatura nicht in gleichem Maße, da in der Naturkostszene gewisse, wenn auch bescheidene praktische Ansätze zu einer kooperativen Wirtschaft existieren. Repräsentanten solcher Initiativen fühlten sich immer wieder einmal durch eine als aggressiv erlebte Preis- und Standortpolitik von Alnatura behindert. Es ist jedoch auch hier abzuwägen, wie viel vom Erfolg der Firma diesen Faktoren und wie viel Qualität, Produktivität, Ästhetik der Läden usw. zuzurechnen ist.

⁹ Ramge, a.a.O., S. 104.

Preisbildung

Auch beim Thema Preise bleibt vieles offen. Zu Recht weist Götz Werner immer wieder auf die auch von R. Steiner vertretene verbilligende Funktion des Handels in der arbeitsteiligen Wirtschaft hin. Billige Preise sind ausbeuterisch, wenn sie durch Marktmacht erpresst werden. Wenn sie dagegen der Effektivierung von Arbeit geschuldet sind, stiften sie Nutzen und schaffen Freiräume. Allerdings verquickt sich beides unter heutigen Bedingungen oft bis an den Rand der Ununterscheidbarkeit. Immerhin hat dm seit den 80er Jahren Dauerniedrigpreise eingeführt, die mindestens 4 Monate gelten und die üblichen Hütchenspiele mit Sonderangeboten, die das Preisempfinden nur verwirren, unmöglich machen sollen.

In den Lieferantenbeziehungen spielt der Faktor Marktmacht bei der Preisbildung eine noch weitaus entscheidendere Rolle. Das liegt daran, dass Handel und Zirkulation generell ihre Rolle als Mittler zwischen Produktion und Konsum weitgehend verloren haben – zugunsten der Verfolgung geschäftlicher Eigeninteressen. In einem solchen Umfeld hat es ein Mitspieler, der einen eigenen Kurs steuern will naturgemäß sehr schwer.

Dass dm eine kurze Zeit mit Re-Importen von Waren aus dem Ausland die heimischen Lieferanten und Produzenten unter massiven Preisdruck zu setzen versuchte, wie Götz Werner in seiner Autobiografie freimütig bekennt, stand schließlich fairen Lieferantenbeziehungen entgegen und wurde deshalb wieder fallen gelassen im Interesse partnerschaftlicher Handelsbeziehungen. Gleichwohl musste noch im Jubiläumsjahr 2013 die Windelfirma Ontex/Hartmann in Recklinghausen (als Hauptlieferant von Babywindeln an dm mit der Produktion von 1,2 Mrd. Windeln jährlich) ihr Werk schließen und über 300 Mitarbeiter entlassen, nachdem dm die Lieferverträge wegen der überlebensnotwendigen 5%igen Preiserhöhung der Ontex-Produkte daraufhin kurzerhand gekündigt hatte. (Der Marktführer unter den Discountern diktiert letztlich das Preisniveau. Inwieweit dies aufgrund der Überlebensgesetze gerade auf diesem Markt unvermeidlich ist, sei dahingestellt. Einer „assoziativen Preisfindung“ entspricht ein solches Vorgehen gewiss nicht ...) Allerdings gibt es durchaus auch Punkte, in denen sich dm im Hinblick auf die Behandlung der Partner wohltuend von der übrigen Discounter-Szene abhebt: „Werner ist Stabilität in den Lieferantenbeziehungen wichtiger als ein paar Cent Nachlass ... Dazu gehört, dass dm von seinen Lieferanten keine Werbekostenzuschüsse und kein Geld für Listung oder Regalplatzierung nimmt, ihnen dafür aber – gegen Entgelt – die kompletten Bestands- und Verkaufsdaten zur Verfügung stellt...“¹⁰

Konzentration im Handel, Werbung

Weitere Themen, über die man diskutieren kann, sind die Expansionspolitik, Konzentration im Handel und

Verdrängungswettbewerb. Wie wir sahen, ist dm im Jubiläumsjahr auf Expansionskurs. Das war nicht immer so: In einer bestimmten Phase hat man sogar bewusst auf Expansion verzichtet. Werners Credo war immer, soviel Filialen wie sinnvoll zu eröffnen und anstelle von Wachstumszielen Qualitätsziele zu definieren.¹¹ Dabei herrschte immer die Auffassung, dass Expansion kein Selbstzweck sei, sondern ein Ergebnis der Nachfrage und diese wiederum der Qualität geschuldet sei.

Dass durch die Marktdominanz der großen Drogeriemarkt-Discounters 17.000 ehemals familiengeführte Drogerien in Deutschland verschwunden sind, mag man beklagen. Denn darunter gab es viele Läden mit kreativen Angeboten und individuellen Konzepten sowie oft exzellentem Beratungsservice. Gleiches gilt für andere Branchen, in denen Filialisten das Heft in die Hand nahmen. Hier gilt es allerdings genau hinzuschauen. Der Erfolg von dm ist den Kunden zu verdanken, die gerne dort einkaufen. Auch in einer assoziativen Wirtschaft wird es keine Bestandsgarantie für Unternehmen geben, die bei der Produktivität zurückfallen, es sei denn, es gäbe nichtökonomische Gründe für ihre Erhaltung. Und für die Unfairness unserer Geldordnung und unsers Bodenrechts in ihren Wirkungen auf die Konkurrenzbedingungen von Unternehmen ist ein einzelnes Filialunternehmen gewiss nicht verantwortlich zu machen, ebenso wenig wie für die gesamtgesellschaftlichen Fehlsteuerungen bei der Verteilung von Produktivitätsgewinnen, wodurch Arbeitersparnis in die verrückte Form der „Arbeitslosigkeit“ umgewandelt wird.

Ein Mittel, Druck auf den Markt auszuüben, ist Werbung. Die Produktwerbung selber (auch in der Kundenzeitschrift *alverde*) erscheint bei dm zwar dezenter und seriöser als die an das Unterbewusstsein appellierende marktschreierische Werbung bei anderen Billiganbietern. Bei dm gibt es zumeist eine Beschreibung der Produktqualität und eine Einschätzung im Hinblick auf die Nachhaltigkeit. Bestimmte Mode- und Schönheitsideale – in Bezug auf die man streiten könnte, ob die für ihre Befriedigung aufgewendete Arbeit gesellschaftlich notwendig ist – bilden Kundenbedürfnisse ab, die befriedigt werden wollen. Das ist nicht nur ein Problem des Wirtschaftslebens, sondern hat auch rechtliche Gesichtspunkte – vor allem aber ist es eine Kulturfrage.

Kritische Punkte

Es ist leicht, ideale Verhältnisse zu fordern – in der Praxis die Wirklichkeit dem Ideal anzunähern, ist dagegen etwas ganz anderes. Nur wer nichts tut, macht keine Fehler, besagt ein Sprichwort. Entscheidend ist, ob der dm-Grundsatz greift „Aus Fehlern lernen“. Die von dm gesponserte Anzeigenkampagne der CSU-Verbraucherministerin, für die es eine Abmahnung seitens der Wettbewerbszentrale

¹⁰ Ramge, a.a.O. S. 102.

¹¹ Ramge, a.a.O.

wegen Schleichwerbung mit der Aufforderung zur Unterlassung gab, wird niemand verteidigen wollen. Und gewiss kann man es – angesichts der Berichte über den Umgang von Amazon mit den Mitarbeitern – bedenklich finden, dass dm mit dem Online-Versandhändler als Geschäftspartner den Schritt in den E-Commerce versuchte. Dass sich ein Unternehmen der Größenordnung von dm mit dem Thema auseinandersetzen muss, ist andererseits kaum zu bestreiten. Die Kooperation wurde inzwischen wieder beendet, nicht zuletzt, weil sich zeigte, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Online-Handel im Drogeriewarenbereich ökonomisch für dm nicht ausreichend Sinn macht.

Ausblick

Die entscheidende Frage ist, ob es dm als Großunternehmen und „Marktplayer“ gelingen wird, seiner ethischen Unternehmensphilosophie konsequent und nachhaltig treu zu bleiben als „Pionier- und Vorzeigunternehmen“ mit sozialen Innovationen oder ob sich das Unternehmen den radikalen Marktgesetzen und dem üblichen Markt- und Konkurrenzverhalten zunehmend anpasst. Nichts wäre wünschenswerter als ein überzeugender Wegbereiter für die soziale Dreigliederung innerhalb der Unternehmerschaft.

Wilhelm Neurohr

ist seit Jahrzehnten dm-Kunde, hat viele Vorträge von Götz Werner und öffentliche Veranstaltungen mit ihm besucht sowie seine Bücher gelesen; auch unterstützt er die Initiativen für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Firmenentwicklung von dm hat er intensiv recherchiert und beobachtet. Er hat als Personalratsvorsitzender in einer reformorientierten Kommunalverwaltung mit zuletzt 2.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jahrzehntelange Erfahrungen in der Entwicklung mitarbeiterorientierter Führungsstile und Umgangskulturen sowie sozialer Managementmethoden sammeln können.

Der Komponist Alois Hába (1893 – 1973): Antifaschist, Anthroposoph und Vertreter der Dreigliederungsidee

Georg Klemp

Von dem tschechischen Komponisten Alois Hába weiß die Öffentlichkeit hierzulande nicht viel, seine Werke werden kaum je gespielt. Drei Schlagworte werden genannt, wenn man sich in den lexikalischen Kurzbeschreibungen über ihn informieren möchte: 1) Komposition mit Mikrointervallen (Kompositionen mit Vierteltönen, Sechsteltönen und seltener Fünfteltönen), deren Verwendung von der Volksmusik inspiriert ist, 2) Athematische Kompositionsweise¹ (Verwendung von Themen, die als unverwechselbare individuelle Einfälle nicht wiederholt oder variiert und auch keiner motivisch-thematischen Verarbeitung unterzogen werden. Das polyphone Zusammenwirken der thematischen „Individuen“ ergibt das in sich stimmige Ganze der Komposition) und 3) Anthroposophie. Den Begriff Dreigliederung wird man in diesem Zusammenhang kaum finden. Dennoch hatte Hába den wenigen erhältlichen Informationen nach einiges mit der Dreigliederungsbewegung zu tun. Grund genug, anlässlich seines 120. Geburts- und gleichzeitig 40. Todesjahres im Rahmen der Dreigliederungsinitiativen einen Blick auf diesen wenig bekannten Teil seiner Geschichte zu werfen. Er sollte durch eine Lektüre der zumeist in tschechischer Sprache existierenden Primär- und Sekundärliteratur vertieft werden, was mir leider nicht möglich ist. So ist die einzige mir bekannte Biografie 1974 in tschechischer Sprache erschienen und stammt von Jiri Vyslouzil, einem Schüler Hábas.² Von demselben Autor existiert jedoch eine sehr aufschlussreiche Arbeit über Hábas Weltanschauung in deutscher Sprache, die online abrufbar ist³ und neben Hábas Autobiografie⁴ eine Hauptquelle der folgenden Darstellung ist.

Alois Hába kam 1927 in Kontakt mit der Anthroposophie durch den Komponisten Felix Petyrek. Er wurde Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft und hielt regelmäßig Vorträge am Goetheanum. Gleichzeitig war er jedoch auch ein politisch engagierter

¹ Zu Hábas Begründung für den Athematismus zitiert Vyslouzil einige interessante Aussagen, die eine Verbindung zwischen Weltanschauung und Kompositionstechnik herstellen: „Jede Melodie soll eigenen Inhalt in das polyphone Kollektiv mitbringen, wie jeder Mensch wahrlich eigenen Inhalt, eigene Kraft in die Menschheit hineinzubringen hat.“ Hába findet in dieser These Argumente für den ‚Athematismus‘ seiner Musik und fährt fort: „diese Stilidee entspricht den weltbewegenden geistigen Kräften, die Millionen von Menschen gedanklich, gefühls- und willensmäßig verbrüdernd und einigen.“ (Vyslouzil, S. 128)

² Zu Vyslouzil und zur allgemeinen Quellenlage über Hába vgl.: M. Battan, S.vii

³ <http://www.schoenberg.at/library/index.php/publications/show/8224>

⁴ Alois Hába: Mein Weg zur Viertel- und Sechsteltonmusik, Düsseldorf 1971, Grundfragen der mikrotonalen Musik Bd. 1, München 1986

Mensch, der sowohl über seine Kunst als auch durch direkte politische Initiative Einfluss auf die Entwicklung der jungen tschechischen Republik zu nehmen versuchte. Dass er dies auch ausdrücklich im Sinn der Dreigliederung versuchte, ergibt sich aus einer kleinen Notiz vom 3.10.1938, die sich im Manuskript seiner Oper „*Dein Königreich komme*“ findet, das voller tagebuchähnlicher Kommentare zu den Zeitereignissen ist: „*Brief an Dr. Stransky, er möge unseren Staat nach der Idee Dr. R. Steiners von der Dreigliedrigkeit der sozialen Ordnung organisieren: Freiheit des Geisteslebens, bürgerrechtliche Gleichheit und ökonomische Brüderlichkeit.*“⁵ Auch in seiner publizistischen Tätigkeit setzte er sich für die Dreigliederung ein. So formulierte er in der Zeitschrift „*Rhythmus*“ 1937 einen Aufruf für die Dreigliederung.⁶

Zum Thema Dreigliederung äußert Hába sich in seiner Autobiografie im Zusammenhang mit der erwähnten Oper: „*Meine Einstellung zum Leben im Sinne Rudolf Steiners hat mir zur Gestaltung der Oper ‚Dein Königreich komme‘ verholfen. Sie ist ein künstlerisches Manifest für die Dreigliederung des sozialen Lebens durch Freiheit im Geistesleben, Gleichberechtigung im Rechtsleben und Brüderlichkeit im wirtschaftlichen Leben. Rudolf Steiner betrachtet eine solche Anwendung der drei Ideen der französischen Revolution – der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – als die wichtigste Aufgabe unserer Kulturepoche.*“⁷ Über den Inhalt der Oper kann nichts Genaueres gesagt werden, da das Werk bis heute keine Aufführung erlebt hat und weder Notenmaterial noch Libretto zugänglich sind. Eine kurze Anmerkung zum Inhalt gibt Hába in seiner Autobiografie wie folgt wieder: „*Das von mir selbst verfasste Libretto zu der Oper im Sechsteltonsystem ‚Es komme Dein Königreich‘ behandelt die durch Arbeitslosigkeit ausgelöste Krise, das Ausschalten des Menschen aus dem tätigen Leben. Erst wenn die Menschen aus der täglichen Hast heraus sind, haben sie Zeit, über sich selbst, über das eigene Schicksal und den Sinn des Lebens nachzudenken.*“⁸

Die Charakterisierung der Oper in einem Brief macht deutlich, dass für Hába die Idee der Dreigliederung eng mit dem Kampf der Arbeiterbewegung gegen Faschismus und für eine sozialistische Gesellschaft verbunden ist, die er allerdings im Sinne Steiners zu formen hoffte. „*Die Handlung stellt die von Arbeitslosigkeit und Krieg bedrohte Arbeiterklasse im Kampf mit Kapitalismus und Nazismus dar, im Streben nach einer neuen, durch Weisheit, Liebe und Werkätigkeit gelenkten sozialen Ordnung der geistigen Freiheit, der bürgerlichen Gleichheit und sozialen Brüderlichkeit*“⁹

Wie sehr sich Hába mit der Arbeiterbewegung verbunden fühlte und welche Hoffnungen er auf den sozialistischen Aufbau einer neuen Gesellschaft in der Sowjetunion setzte, dokumentieren zahlreiche

Notizen in seinen Werken sowie verschiedene Widmungen.

So findet sich in der Suite Nr. 2 für Vierteltonklavier folgende Widmung:

„*Nummer IV. Revolutionsmarsch — Gewidmet der Erinnerung an die Genossen Arbeiter, die bei Demonstrationen in Radotin, Duchcov, Kosuty, Chust, Fryvaldov, Tufi Paseka, Holic, Kopcany als Helden der Revolution und Verteidiger von Menschenwürde und Gerechtigkeit durch die ‚starke Hand‘ von Slaviks Polizei umkamen. Wo und wie viele werden noch sterben müssen, ehe sie siegen? Aber einmal werden sie siegen! Alois Hába, 3. VII. 1932.*“

Ein Werk von revolutionärem Pathos ist der Zyklus „*Der arbeitende Tag*“ Op. 45 nach Texten von Josef Horas, geschrieben für Viertelton-Männerchöre. Die Widmung lautet „*Gewidmet allen Werkätigen zum 15. Jahrestag der siegreichen Revolution in der UdSSR.*“¹⁰

Man mag Hábas Haltung zur Sowjetunion aus heutiger Sicht kritisch beurteilen – seine Sympathie basierte aber durchaus auch auf eigener Anschauung. So besuchte er die UdSSR im Jahr 1933 anlässlich einer internationalen Komponistenkonferenz in Moskau. Unermüdlich setzte er sich für die Aufführung von Werken sowjetischer Komponisten bei den Musikfestivals der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik (IGNM) ein, wirkte aktiv in einer Bewegung zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen seines Landes mit der Sowjetunion mit und schrieb als erster tschechischer Komponist mit der Oper „*Neues Land*“ ein Werk auf den Text eines sowjetischen Schriftstellers, das sich mit der Kollektivierung der Landwirtschaft auseinandersetzte.

Hábas politisches Engagement war so stark mit der sozialistischen Bewegung verbunden, dass M. Battan in ihrer Dissertation über Hábas Harmonielehre im Zusammenhang mit seiner pädagogischen Tätigkeit am Prager Konservatorium irrtümlich formuliert: „*An ardent Communist from the early 1920s on, Hába did not hesitate to bring up political questions for discussion.*“¹¹ Dabei schöpfte Hába sein soziales und politisches Engagement aus der idealistischen Anschauung der Anthroposophie, wie Vyslouzil feststellt. Die zentralen Forderungen bei Hába nach Demokratie und Sozialismus werden nicht aus den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen hergeleitet, sondern sind eine Forderung des Zeitgeistes. Sie sind ein „*Ergebnis des Wirkens höherer ‚geistiger‘ Kräfte und der Tätigkeit ‚geistiger‘ Menschen (konsequenterweise hielt er die gegenwärtige politische und soziale Krise des Kapitalismus für eine Folge der unzureichenden ‚Geistigkeit‘ dieser Welt, wie aus seiner Mahnung hervorgeht, die Menschheit möge sich ‚geistig wiedererneuern‘ und ihr ‚stumpf gewordenen Gewissen‘ schärfen)*“.

5 J. Vyslouzil, S. 135

6 ebenda, S. 124

7 A. Hába: *Mein Weg...*, S. 83f

8 Hába: *Mein Weg...*, S. 66

9 Brief an Bohumir S t e d r o n, zitiert in: Vyslouzil, S. 134

10 Vyslouzil, S. 124

11 M. Battan, S. 15

Dabei bewahrte Hába auch ein eigenes unabhängiges Urteil gegenüber antikommunistischen Anklagen bei Steiner. So schreibt Vyslouzil: „Ein geistiger und zugleich revolutionärer Mensch war nach Hába auch der Gründer der UdSSR *Le n i n*.“¹²

Zu Hábas lebenslangen engen Freunden gehörte auch Hanns Eisler, nach dem Krieg im Exil in den USA unter McCarthy vom Ausschuss für unamerikanische Tätigkeiten treffend (wenn auch negativ gemeint) als „Karl Marx der Musik“ titulierte. Als Hába 1935 als verantwortlicher Sekretär der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik (IGNM) von Seiten der Henlein-Partei Probleme bekam, das Musikfestival auszurichten (sowohl Karlsbad als auch Prag hatten dem Druck der Faschisten nachgegeben und lehnten die Ausrichtung des Festes ab), wandte sich Hába an Eisler, der Präsident des Musikbüros der Komintern in Moskau war. Auf das Angebot hin, das Festival in Moskau auszurichten, beeilte sich Prag dann doch noch, die Zusage zu geben.¹³ Eisler, der im selben Jahr in Prag weilte, um eine antifaschistische Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitersängervereine herzustellen, hielt Hába für die geeignete Persönlichkeit, die Leitung dieser Organisation zu übernehmen,¹⁴ auch wenn dieser Versuch letztendlich scheiterte. Dass sich das gute Verhältnis zwischen Hába und Eisler nicht auf die 30er Jahre beschränkte, zeigt Eislers Einsatz dafür, dass Hába 1961 Mitglied der Akademie der Künste in der DDR werden konnte.¹⁵

Es war wohl auch diese Verbindung mit der Arbeiterbewegung, die Hába gegen die faschistische Ideologie immunisierte, gegen die mancher anthroposophische Kollege nicht gefeit war. So trat Felix Petyrek bereits 1934 der NSDAP bei, was sich durch den Zwang der Verhältnisse in keiner Weise erklären lässt. Zudem vertonte er Texte des faschistischen Dichters E.G. Kolbeheyer.¹⁶ Fritz Büchtger (Mitglied der SA 1933-1938, Zusammenarbeit mit dem „Kampfbund für deutsche Kultur“¹⁷ – wenn auch wohl eher aus opportunistischen und weniger aus ideologischen Gründen), mit dem Hába im Zusammenhang mit der Uraufführung seiner Oper „Die Mutter“ in München zu tun hatte, dokumentiert in einem Brief vom 31.1.1945 an Hába erstaunliche Illusionen über die ursächliche Rolle des Faschismus für die schrecklichen Ereignisse; die Schuld für diese scheint ihm auf allen Seiten gleichermaßen zu liegen. Der nahende Untergang des Faschismus bedeutet ihm nicht Befreiung, sondern den Untergang Deutschlands: „Es sind nun vierzehn Jahre her, dass wir uns in München näher kennen gelernt haben,

siebzehn, dass ich Dich in Dornach zum ersten Male sah und zwölf, dass das Schicksal in Deutschland seinen Lauf nahm. Die Dinge scheinen sich nun so zu wenden, wie Ihr als Tschechen es wünscht, wie es uns als Deutschen den Untergang bedeutet. Für uns beide, soweit wir über diesen Bindungen schon im reinen Menschentum stehen, bleibt dieser Krieg ein schauerliches Drama, das allen Dämonen Kraft verliehen hat, Leid und Qual über die Menschen zu bringen, eine furchtbare Verkettung an Unrecht und Schuld auf allen Seiten. Möge daraus wenigstens nicht wieder neue Verstrickung, neue Schuld und neuer Hass entstehen in immer währender Folge, sondern einmal ein Erwachen der Menschen zum Geist folgen.“¹⁸

Zentrale Persönlichkeit der musikalischen Avantgarde

Als zentrale Persönlichkeit des tschechischen Musiklebens und der musikalischen Avantgarde überhaupt entfaltete Hába einen großen Wirkungskreis – auch deshalb geht es bei der Beschäftigung mit seiner Weltanschauung um mehr als nur um eine Privatmeinung. Beschäftigt man sich beispielsweise mit den zahlreichen wichtigen Komponisten-Persönlichkeiten, die von den Nazis in Theresienstadt interniert und anschließend, bis auf Ausnahmen, in Auschwitz ermordet wurden, so entdeckt man, dass viele von ihnen als Kompositionsschüler oder Kollegen mit Hába Kontakt hatten. So z.B. der hochbegabte Gideon Klein und Viktor Ullmann – ermordet in Auschwitz –, Karel Ancerl – Dirigent der Uraufführung von Hábas Oper „Die Mutter“ und Auschwitz-Überlebender – sowie Zigmund Schul, gestorben in Theresienstadt.

Einer der wenigen Überlebenden und enger Weggefährte Hábas bis zu dessen Tod, war der bedeutende Komponist Karel Reiner, der Theresienstadt und Auschwitz überlebte, indem er in das bereits befreite KZ Dachau überführt wurde. Dass Reiner kurz vor seiner Verhaftung noch Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft wurde¹⁹ – seine „Paten“ waren Hába und Ullmann – scheint auch in anthroposophischen Zusammenhängen unbekannt zu sein.²⁰ Gleichzeitig war Reiner – anders als Hába – Mitglied der kommunistischen Partei bis zu seinem Austritt 1970 im Zusammenhang mit den Ereignissen um den Prager Frühling. Reiner war für Hába einer der wichtigsten Interpreten, da er zu den wenigen Pianisten gehörte, die das neu konstruierte Vierteltonklavier beherrschten. Auch Erwin Schulhoff, einer der bedeutendsten Komponisten dieser Zeit, beherrschte dieses Instrument und gehörte zu den engen Mitarbeitern Hábas. Nachdem er aus Überzeugung kurz vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion deren Staatsbürger geworden war, kam er nicht wegen seiner jüdischen Herkunft nach

12 Vyslouzil, S. 127

13 Hanns Eisler: Fragen Sie mehr über Brecht, S. 336

14 Bei M. Battan ist auf S. 9 f. ungenauer Weise die Rede von „at the end of the 1930s, when Eisler was considering establishing a left-oriented union of composers and conductors“. Eislers Biografie legt jedoch nahe, dass es sich vermutlich um die Arbeitersängerbewegung 1935 handelt.

15 M. Battan, S. 9. Die Informationen werden aus der Hába-Biographie von Vyslouzil referiert.

16 V. Naegele, S. 261

17 Vgl.: www.christian-morgenstern.de/dcma/index.php?title=Fritz_Buechtger

18 Reittererová, Vlasta: Die Opern von Alois Hába S. 197

19 Sebastian Foron, Interview mit Grozdanovicova, S. 5. Reiner wird auch bei A. Zimmermann als Anthroposoph bezeichnet, vgl. Zimmermann, S. 73

20 Die Internetseite anthromedia.net, die anthroposophische Komponisten auflistet, hat K. Reiner nicht in ihrer Liste aufgeführt.

Theresienstadt, sondern als Staatsangehöriger der Sowjetunion in das KZ Wülzburg, wo er verstarb. Schulhoff war weltanschaulich den Weg vom Dadaismus und Anarchismus zum Sozialismus gegangen. Dass er durch Hába auch mit der Anthroposophie in Kontakt kam, belegt zumindest ein Foto, das ihn beim Besuch des Goetheanum zeigt.²¹

Angesichts der genannten Fakten – die Informationen sind nicht neu, sondern wurden zum Teil bereits in den 70er Jahren publiziert – ist es verwunderlich, dass Hába in den vielen Kurzbesprechungen, die man im Internet finden kann, immer wieder im Sinne der im kalten Krieg propagierten Totalitarismuskonzeption zum Opfer der „kommunistischen Diktatur“ stilisiert wird. Nebenbei gesagt, galt er auch unter der Nazierrschaft als entarteter Künstler. Man erwähnt gerne an erster Stelle, dass gegen ihn im Zusammenhang mit der Schdanov-Ära zwischen 1948 – 53 der Formalismusvorwurf²² erhoben und 1951 – 1953 seine kompositorische Tätigkeit eingeschränkt wurde – verbunden mit dem verschämten Hinweis darauf, dass er anschließend rehabilitiert wurde und auch auf Auslandsreise, etwa in der BRD, sein konnte. Abgesehen davon, dass im genannten Zeitraum auch im Westen die Verfolgung linker Künstler an der Tagesordnung war, wird nirgends erwähnt, dass Hába auch in der „freien“ 1. Tschechischen Republik künstlerischen Einschränkungen unterworfen war. Die Aufführung seiner Oper „*Neues Land*“, die im Halbtonsystem komponiert wurde und bis heute noch auf ihre Uraufführung wartet, wurde auf Betreiben der bürgerlichen Regierung kurz vor ihrer Aufführung 1936 vom Spielplan des Nationaltheaters in Prag abgesetzt. Den Hintergrund legt eine Zuschrift des zuständigen Ministeriums offen:

„Das Libretto der Oper Alois Hábas ‚Neues Land‘ birgt die begründete Gefahr, dass die Aufführung der Oper auf der Szene des Prager Nationaltheaters zur Bedrohung der öffentlichen Ruhe und Ordnung führen und nicht nur im Theater, sondern auch außerhalb in der breiten Öffentlichkeit einerseits Äußerungen heftiger Proteste und Ärgernisse, andererseits Demonstrationen für die kommunistische Ordnung hervorrufen könnte, so dass sie das Theater in einer neuen besonders unerwünschten Weise zum Spiegel des öffentlichen Lebens machen müsste. Diese Folgen der Opernaufführung wären im Interesse der Anstalt, aber auch im staatlichen Interesse zumindest unerwünscht. Deshalb kann das Ministerium, ohne dem Kunstwert dieses Werkes irgendwie nahezu treten zu wollen, derzeit nicht damit übereinstimmen, dass Hábas Oper in Prager

21 J. Bek, S. 99

22 Der Formalismusvorwurf, der sämtliche Werke avantgardistischer Ausrichtung traf und mit der Forderung nach einem „sozialistischen Realismus“ verbunden war, enthielt einen folgenschweren Irrtum. Aus einem Prinzip, mit dem die Verbindung von Kunst und Gesellschaft beschrieben werden sollte, wurde eine Stilfrage gemacht. Die richtige Kritik an einer Kunst, die Neuerungen künstlerischer Technik zum Selbstzweck erhob und sich um reale Verhältnisse nicht scherte, traf nun auch Werke so fortschrittlicher Komponisten wie Eisler und Hába, die sich gerade mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzten. Andererseits wurden konservative, aus einer reaktionären Geisteshaltung heraus komponierte Werke wie die von Rachmaninoff, geschätzt.

*Nationaltheater zur Aufführung gelangt, sollte dies in welcher Form auch immer geschehen.*²³

Hábas musikalisches und theoretisches Werk verdient es sicher, wiederentdeckt und neu rezipiert zu werden. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, rückt doch die Musik der 30er Jahre immer mehr in den Blick des Interesses, zumindest in Kreisen, die sich mit moderner Musik beschäftigen. Dabei wird deutlich, dass Hába nicht etwa aufgrund seiner anthroposophischen Gesinnung oder wegen einer „kommunistischen Diktatur“ verdrängt wurde, wie bisweilen spekuliert wird.²⁴ Vielmehr teilt er das Schicksal einer ganzen Komponistengeneration, die in der Nachkriegszeit übergangen wurde. Auch Ernst Krenek, K.A. Hartmann, Erwin Schulhoff, um nur ein paar Namen zu nennen, werden erst in letzter Zeit häufiger aufgeführt. Bei Hába kommen die aufführungstechnischen Schwierigkeiten der mikrotonalen Werke hinzu.

Von besonderem Interesse stellt sich für mich die Verbindung von sozialistischer Überzeugung und Anthroposophie dar. Mit Hábas Wirken findet sich ein historischer Beleg dafür, dass die Möglichkeit eines Zusammenwirkens von Menschen mit idealistischer Weltanschauung und Sozialisten, die ihre Überzeugung aus einer materialistischen Philosophie heraus schöpfen, möglich ist. Die Basis der Zusammenarbeit ist die gemeinsame Überzeugung, eine humane Gesellschaft jenseits kapitalistischer Profitinteressen und anarchistisch wirkender Marktgesetze bewusst gestalten zu können.²⁵

Literatur

<http://www.anthromedia.net/de/themen/kuenste/musik/kompositionen-komponisten/alois-haba/>

Suzette Mary Battan: Alois Hába's Neue Harmonielehre des diatonischen, chromatischen, Viertel-, Drittel-, Sechstel- und Zwölftel-Tonsystems, Dissertation Rochester, New York 1980, im Internet zu finden unter: <https://urresearch.rochester.edu/institutionalPublicationPublicView.action?institutionalItemId=2625&versionNumber=1>

Josef Bek: Erwin Schulhoff. Leben und Werk, Verdrängte Musik Bd. 8, Hamburg 1994

Hanns Eisler: Fragen Sie mehr über Brecht. Gespräche mit Hans Bunge, Darmstadt und Neuwied 1986

Sebastian Foron: Gespräch zum Leben Karel Reiners zwischen der Zeitzeugin Doris Grozdanovicová und Sebastian Foron, http://www.sebastianforon.com/DG_Interview_DE.pdf

23 Vyslouzil, S.140

24 Vgl. dazu den Kommentar zu einer Aufnahme von Hábas Klavierwerk im Verlag Ch. Möllmann: *„Hába ist ein geschätzter Komponist, obwohl seine Musik nur selten erklingt. Das mag vielleicht daran liegen, dass sich Hába mit den Ideen Rudolf Steiners identifiziert, aber sicherlich auch daran, dass er in den kommunistisch regierten Jahren ein Außenseiter war. Viele seiner Werke gilt es noch heute, 25 Jahre nach seinem Tod, zu entdecken.“* http://www.chmoellmann.de/CDs/Alois_Haba/alois_Haba.html

25 Die prinzipielle Kompatibilität von Dreigliederungsbewegung und Sozialismus habe ich zu belegen versucht in der Arbeit: G. Klemp: Rudolf Steiners Dreigliederung des sozialen Organismus aus marxistischer Sicht, <http://www.dreigliederung.de/essays/2012-07-001.html>

Sebastian Foron: Ein Gespräch zum Werk von Karel Reiner zwischen dem Komponisten und Freund Karel Reiners Alfred Thomas Müller und Sebastian Foron, http://www.sebastianforon.com/TM_Interview_DE.pdf

Alois Hába: Mein Weg zur Viertel- und Sechsteltonmusik, Düsseldorf 1971, Grundfragen der mikrotonalen Musik Bd. 1, München 1986

Verena Naegele: Viktor Ullmann. Komponieren in verllorener Zeit, Köln 2002

Reittererová, Vlasta: Die Opern von Alois Hába. Ein neues Phänomen des Musiktheaters im 20. Jahrhundert, in: Musikgeschichte in Mittel- und Osteuropa. Mitteilungen der internationalen Arbeitsgemeinschaft an der Technischen Universität Chemnitz, Heft 3, Chemnitz 1998, S. 177–197, im Internet zu finden unter: http://www.gko.uni-leipzig.de/fileadmin/user_upload/musikwissenschaft/pdf_allgemein/arbeitsgemeinschaft/heft3/0323-Reiterer.pdf

Jiri Vysloulzil: Zur Frage der Weltanschauung des Komponisten im 20. Jahrhundert, in: Sbornik praci filosoficke fakulty brnenske university studia minora facultatis philosophicae universitatis brunensis, H9, 1974, S. 119–143, im Internet zu finden unter: <http://www.schoenberg.at/library/index.php/publications/show/8224>

Anke Zimmermann: Verfolgt, verdrängt, vergessen – Die Klavierwerke des Tschechisch-jüdischen Komponisten Karel Reiner: Diplomarbeit, Rostock 2004

Georg Klemp,

geb. 1975. Nach dem Besuch der Waldorfschule Karlsruhe Klavierstudium in Frankfurt a.M. sowie Korrepetition und Liedgestaltung in Mainz. Er arbeitet heute als Klavierpädagoge an Musikschulen und als Klavierbegleiter im Eurythmieunterricht an der Waldorfschule Wetterau in Bad Nauheim. Langjährige politische Tätigkeit u.a. in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA).

Bund der Waldorfschulen für ein freies Schulwesen

Jedes Kind ein Köhner – Schule in der Zivilgesellschaft

Freiheit und Verantwortung sind zwei Grundpfeiler der Zivilgesellschaft: Aus bürgerschaftlichem Engagement entstehen neue, am Gemeinwohl orientierte Unternehmensformen als dritter Weg zwischen staatlichem Zentralismus und kommerziellen Interessen. Auch die Waldorfschulen verstehen sich mit vielen anderen Schulen in freier Trägerschaft in diesem Sinne als Pioniere eines Schulwesens, das jenseits von staatlichen, ökonomischen oder ideologischen Interessen die Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellt.

Unsere Schulen stehen vor riesigen Herausforderungen. Zahlreiche gesellschaftliche, soziale, demografische und technologische Entwicklungen

verändern mit zunehmender Geschwindigkeit das Leben der Kinder und Jugendlichen und bedürfen pädagogischer Antworten. Um diesen Herausforderungen entsprechen zu können, brauchen wir Schulen, die allen Schülerinnen und Schülern offenstehen und deren Lehrerinnen und Lehrer flexibel auf ihre Bedürfnisse eingehen können. Auch die praktische Umsetzung der Inklusion erfordert neue Schulformen, die von der Köhnerschaft jedes einzelnen Kindes ausgehen und unser auf Selektion ausgerichtetes Schulwesen zugunsten einer echten Kultur des Zusammenlernens hinter sich lassen.

Der Bund der Freien Waldorfschulen legt mit den hier aufgeführten „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“ Wegmarken für ein Schulwesen vor, das die Professionalität von Lehrerinnen und Lehrern und die Mündigkeit der Eltern bei der Bewältigung dieser Aufgaben ernst nimmt. Die Waldorfschulen verfügen wie die anderen Schulen in freier Trägerschaft über eine lange Erfahrung in der Selbstorganisation von Schule und der Zusammenarbeit mit Eltern. Viele Ideen, die später von staatlichen Schulen aufgegriffen wurden, verdanken ihre Existenz der Innovationskraft, mit denen die freien Schulen auf neue pädagogische Herausforderungen reagieren konnten.

Immer mehr Eltern entscheiden sich für eine Schule in freier Trägerschaft. Was in vielen europäischen Ländern schon lange selbstverständlich ist, begegnet hierzulande allerdings noch oft der Sorge, daraus könne ein Zweiklassensystem werden, bei dem die Kinder aus wohlhabenden Familien eine „Privat“-Schule besuchen, während der „Rest“ auf eine staatliche Schule angewiesen sei. So berechtigt diese Sorge ist: Sie beschreibt nichts anderes als die Wirkungen einer Schulgesetzgebung, die eine künstliche Trennungslinie zwischen Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft zieht, indem sie den freien Schulen eine gleichberechtigte Finanzierung vorenthält. Pädagogische Initiative in unterprivilegierten Gegenden wird gesetzlich verhindert, wenn die freien Schulen auf dem Umweg über das Schulgeld in eine private Ecke gedrängt werden.

Dass es auch ganz anders geht, zeigen die meisten skandinavischen Länder, in denen alle Familien die freie Wahl zwischen verschiedenen Schulen haben, ohne dafür mit hohen Schulgeldzahlungen bestraft zu werden. Dadurch entsteht ein produktiver Wettbewerb, der allen Schulen zugute kommt. Auch die staatlichen Schulen verfügen über ein hohes Maß an Autonomie und pädagogischer Gestaltungsfreiheit, was ihre Attraktivität bedeutend erhöht.

Nicht ohne Grund gehört der Lehrerberuf in Finnland zu den anerkanntesten Berufen überhaupt. Es ist an der Zeit, voneinander zu lernen. Dazu muss die Bildungspolitik ihren Monopolanspruch verlassen und sich mit den Eltern und den pädagogisch initiativen Lehrerinnen und Lehrern auf Augenhöhe begegnen. Wir sind dazu bereit!

**Henning Kullak-Ublick,
Vorstand Bund der Freien Waldorfschulen**

Sieben Kernforderungen an die Bildungspolitik¹

1. Recht auf umfassende Bildung für jedes Kind²

Das Recht auf Bildung markiert ein Menschenrecht, an dem sich alle schulpolitischen Entscheidungen zu orientieren haben.

Der BdFWS (Bund der Freien Waldorfschulen) fordert das Recht auf selektionsfreie Bildung im deutschen Grundgesetz ausdrücklich zu verankern. Der Schulpflicht ist der Anspruch eines jeden Kindes gegenüberzustellen.

Das Recht auf Bildung heißt:

- kulturelle und musische Angebote
- mehr als ein Prüfungs- und Berechtigungswesen
- Recht auf die Entfaltung der Persönlichkeit.

Das Recht auf Bildung ist die Antwort der Zivilgesellschaft auf staatliche Schulmonopole. – Daraus folgt:

2. Freiheit in der Bildung

Wer handelt, übernimmt Verantwortung. Wer pädagogisch handelt, erhält diese Verantwortung von den Eltern, der Gesellschaft und dem Staat übertragen,

¹ „Eigenverantwortung ist gegenwärtig ein zwar fachlich und bildungspolitisch gewünschtes, von den vorliegenden rechtlichen Rahmenbedingungen und Kompetenzzuweisungen her jedoch nur nachrangig zugelassenes bzw. toleriertes Element. Verantwortung im Schulbereich ist weitestgehend zentral bei Regierung und Aufsichtsbehörden konzentriert ... Das öffentliche Schulwesen leidet darunter, dass es mit weitgehend standardisierten Modellen betrieben wird und einer Herausforderung durch alternative und konkurrierende pädagogische und organisatorische Modelle kaum ausgesetzt ist. Qualitätsverbessernde Impulse, die sich aus einem Wettbewerb unterschiedlicher Konzepte ergeben könnten, spielen bisher kaum eine Rolle im Steuerungssystem. Mit der primär zentralen Steuerung geht eine Dominanz von Verwaltungs- und Organisationsbelangen gegenüber pädagogischen Zielen einher, weshalb derzeit solche pädagogischen Innovationen am ehesten Realisierungschancen haben, die mit den tradierten Organisationsstrukturen vereinbar sind. Begünstigt werden also nicht das Experimentieren und das Entdecken neuer Problemlösungen. Das System tendiert vielmehr zur Stabilisierung vorhandener Strukturen und Verfahren. Es ist nicht auf Entwicklung und kontinuierliche Qualitätsverbesserung ausgerichtet, sondern auf Fehler-suche und Fehlervermeidung. Es behindert so oft Eigeninitiative, lähmt Risikobereitschaft und Selbstverantwortung ... Das Schulsystem ändert sich zu langsam, um mit den Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit Schritt halten zu können.“ Diese Analyse stammt aus dem Jahr 1995, nachzulesen in der Denkschrift „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“, die vom späteren Bundespräsidenten Johannes Rau in Auftrag gegeben worden war.

² Artikel 26 (Recht auf Bildung), Absatz 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Der Unterricht muss wenigstens in den Elementar- und Grundschulen unentgeltlich sein. Der Elementarunterricht ist obligatorisch. Fachlicher und beruflicher Unterricht soll allgemein zugänglich sein; die höheren Schulen sollen allen nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen in gleicher Weise offen stehen.

Absatz 3: In erster Linie haben die Eltern das Recht, die Art der ihren Kindern zuteil werdenden Bildung zu bestimmen.

übernimmt sie aber vor allem gegenüber den konkreten Kindern und Jugendlichen, mit denen er oder sie arbeitet. Lebendige Pädagogik entsteht nur, wenn sich die Lehrer als Gestalter und Begleiter eines aktiven Lernprozesses verstehen, nicht als Ausführende extern vorgegebener Standards oder Curricula.

- Der BdFWS fordert deshalb Autonomie aller Schulen in der Gestaltung ihrer Profile und deren Umsetzung, ihrer personellen Ausstattung sowie der Verwendung der ihnen zuzuweisenden Budgets.

3. Qualitätsentwicklung statt Bildungsstandards

Guter Unterricht braucht gute Lehrer. Bildungsstandards können pädagogische Qualität weder erzeugen noch ersetzen. In der Praxis sind sie längst zum heimlichen Lehrplan geworden („Teaching for the test“).

- Der BdFWS fordert daher die Ablösung der pädagogisch unproduktiven Regelstandards durch Mindeststandards: Wer diese nicht erreichen kann, hat einen Anspruch auf individuelle Förderung. Außerdem sind Verfahren zur fortlaufenden Qualitätsentwicklung innerhalb der Kollegien zu fördern (Intervisionsgruppen, pädagogische Grundlagenarbeit).

4. Chancengleichheit durch freie Schulwahl

Chancengleichheit entsteht durch Chancenvielfalt – alle Familien sollen eine Wahl zwischen unterschiedlichen Schulen für ihre Kinder haben. Diese Wahl muss unabhängig von der Finanzkraft der Eltern getroffen werden können. Die Schulgesetzgebung der Bundesländer fördert ein Zweiklassensystem, indem sie die freien Schulen durch unzureichende Finanzhilfen zur Erhebung von Schulgeld zwingt und sie damit in eine private Nische abdrängt. Die Lehrer leisten teils erhebliche Gehaltsverzichte, um auch einkommensschwächeren Kindern den Zugang zu ihrer Schule offen halten zu können. Die innovativen Ideen der freien Schulen werden gerne und oft kopiert, Eltern und Lehrer dieser Schulen werden jedoch für ihr gesellschaftliches Engagement abgestraft.

- Der BdFWS fordert: Die Finanzmittel folgen dem Elternwillen durch die Auszahlung einer Schülerkopfpauschale an die Schule ihrer Wahl. Durch variable Anteile der Pauschalen können pädagogische Initiativen auch in sozial benachteiligten Gebieten entstehen und einen produktiven, aber gerade nicht kommerziell ausgerichteten, Wettbewerb beflügeln.

5. Inklusion – kein Sparmodell

Inklusion ist eine gesellschaftliche Idee, die einen Prozess des Umdenkens, „Umfühlens“ und Umlernens notwendig macht. Sie lässt sich nicht verordnen, aber um sich überhaupt entfalten zu können, braucht

sie eine infrastrukturelle Basis, die das auf Selektion aufgebaute Schulwesen vollständig überwindet.

- Der BdFWS fordert zusätzliche Finanzhilfen für die Fortbildung aller Lehrer, für therapeutische Fördermaßnahmen und für nötige bauliche Investitionen.

6. Lehrerbildung radikal erneuern

Lehrer müssen ihre kreativen Möglichkeiten schon während der Ausbildung kennen und erweitern lernen. Neben der Fachlichkeit müssen die angehenden Lehrer auch ihre Persönlichkeit sowie ihre Empathie- und diagnostischen Fähigkeiten ausbilden. Pädagogik bedarf der wissenschaftlichen Fundierung und Reflexion, im Vollzug ist sie aber eine Kunst, die nur üben erworben werden kann.

- Der BdFWS fordert ein Umdenken in der Lehrerbildung.

7. Vielfalt fördern – Kulturmonopole abbauen

Monokulturen führen zur Verarmung, Vielfalt hingegen zu einer lebendigen Entwicklung – in der Kultur nicht weniger als in der Natur. Trotz dieser offensichtlichen Tatsache wird im deutschen Schulwesen noch häufig der Vereinheitlichung und Standardisierung das Wort geredet.

- Der BdFWS fordert einen grundlegenden Paradigmenwechsel im hierarchischen Verhältnis von staatlicher Schulaufsicht und einzelner Schule. Dem Verständnis der staatlichen Schule als „Regelschule“ setzt er die Idee eines gestalteten Pluralismus entgegen. „Gestaltet“ heißt hier, dass die staatlichen Organe sich auf die Rechtsaufsicht konzentrieren und die inhaltliche Ausgestaltung des Schullebens – einschließlich der schulübergreifenden Absprachen (Mindeststandards, gemeinsame curriculare Ziele für bestimmte Klassenstufen, Leistungsnachweise etc.) – den Handelnden vor Ort überlassen. Das oft gerühmte Innovationspotenzial der Schulen in freier Trägerschaft geht unmittelbar auf die Praxis und Erfahrung mit dem gestalteten Pluralismus zurück. Von den Erfahrungen der Waldorfschulen in der Selbstorganisation sollten alle Schulen profitieren können.

Vorstand Bund der Freien Waldorfschulen:

Birgitt Beckers, Erika Blass-Loss, Dr. Albrecht Hüttig, Hans-Georg Hutzler, Henning Kullak-Ublick, Dr. Richard Landl, Walter Riethmüller

35 Jahre Hardenberg-Institut

Thomas Kracht

In diesem Jahr ist das Friedrich von Hardenberg Institut für Kulturwissenschaften in Heidelberg 35 Jahre alt geworden. Wie geht es weiter? Erkenntnisfortschritt ist nicht planbar und unser praktisches Wirken ist situativ entstanden. Das zeigt uns der Rückblick. Aber er zeigt auch eine Entwicklung, die wir weiter ausgestalten wollen. Das Institut wurde als kulturwissenschaftliche Forschungseinrichtung gegründet und als solche rasch bekannt. Es kam bald zu vielfältigen Formen der Begegnung, von der Teilnahme an einzelnen Institutsveranstaltungen bis zur vertiefenden Zusammenarbeit in der Forschung. Einen Zugang zur Orientierung im Zeitgeschehen und der europäischen Bewusstseinsgeschichte – von Entwicklungen in der Vergangenheit bis zum Verständnis grundlegender Züge der Gegenwart – aus eigener, selbstgegründeter Erkenntnisbemühung zu suchen, war eine zentrale Aufgabe der wissenschaftlichen Arbeit am Institut. So wuchs der Kreis derjenigen, die ihr Interesse zeigten an der Bearbeitung bewusstseinsgeschichtlicher Fragen, und die zu schätzen wussten, wie zugleich das Werk Rudolf Steiners als fruchtbare Herausforderung der Erkenntnis des Menschenwesens ihnen immer wieder neu begegnete und befragt wurde. Und in Kursen, Seminaren, Vorträgen – dann mehr und mehr auch in Publikationen – trat diese Arbeit in ihrem lebendigen Fortschreiten und in ihren Ergebnissen in die Öffentlichkeit.

Dann aber kam noch etwas hinzu: Es stellten sich Fragen in einer anderen, nicht gewohnten Gestalt. Es war vor etwa 20 Jahren, als es begann, dass immer mehr Lebensfragen der Alltagspraxis aus Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen direkt an uns gestellt wurden. Wir mussten sie aufnehmen, verstehen und mit ihnen umgehen lernen. Wie kann ich mich in meiner Lebenssituation verstehen und zu einem eigenständigen, sinnvollen Handeln kommen? Und können wir uns dabei als Individuen wirklich begegnen, dem Anderen gerecht werden und zusammenarbeiten? – Für uns stellte sich die Frage, ob und wie wir aus unserer Arbeit heraus darauf eingehen könnten. Was heute etwa als Konzept einer „Dialogischen Führung“ bzw. „Dialogischen Kultur“ bekannt ist, entstand in dieser Situation. Und wir sind weiterhin dabei, stets neue Antworten auf Lebensfragen zu suchen und das darin Ausgebildete weiter zu entwickeln.

So eröffneten sich nun Arbeitsfelder praktischen Wirkens, die ihren Gegenpol stets in der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts haben. Wir wollen diese Art der Tätigkeit fortsetzen, die sich gerade in dieser Doppelseitigkeit von Wissenschaft und Praxis als fruchtbar erwiesen hat. Die Fragen, die sich dabei stellen, sind keineswegs nur im engsten Sinne anwendungsbezogen, sie gehen ebenso auf Grundlagen der Selbst- und Zeiterkenntnis, die in unseren Alltagsfragen zum Ausdruck kommen und vernommen werden können, wenn man ein Organ dafür bildet.

Quelle: www.hardenberginstitut.de

Info3-Verlag übernimmt Programm des Johannes M. Mayer Verlages

Der Info3 Verlag steht bisher vor allem für die gleichnamige Zeitschrift. In Zukunft wird ein ausgeweitetes Buchprogramm hinzutreten. Der in Frankfurt am Main ansässige Verlag übernahm zum 1. November 2013 den Bestand sowie die Autorenverträge des Johannes M. Mayer Verlages, Stuttgart. Letzterer hatte im Mai dieses Jahres Insolvenz angemeldet; eine Lösung für den Verbleib der noch gut einhundert Titel war über Monate nicht in Sicht.

Durch die Übernahme konnte der Bücherbestand vor Verramschung oder gar Makulierung bewahrt bleiben. Im Mayer-Verlag ist beispielsweise die im letzten Heft der „Sozialimpulse“ besprochene Emil-Molt-Biografie von Dietrich Esterl erschienen. Im Info 3 Verlag ist man optimistisch, die vergleichsweise umfangreiche Backlist noch gut verkaufen zu können. Es wird aber nicht bei der Übernahme des Altbestandes bleiben. Nachdrucke vergriffener Titel sowie bereits vorbereitete Neuerscheinungen sollen nach und nach aufgelegt werden. Ein erster Band über Joseph Beuys und die Architektur von dem Kunstwissenschaftler Wolfgang Zumdick liegt druckfrisch vor. (Quelle: <http://www.info3-magazin.de/archives/2792>)

Notfallpädagogen unterstützen syrische Flüchtlinge im Kurdistan-Irak

Ein notfallpädagogisches Team der „Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V.“ hat am 30. November 2013 seine Arbeit in Kurdistan-Irak aufgenommen. Viele syrische Flüchtlinge – in der Mehrheit Kurden – haben sich vor dem Bürgerkrieg in den Nordirak gerettet. Camp Domiz, ein Flüchtlingslager der UNHCR ist Zufluchtsort für 45.000 von ihnen.

Mitarbeiter der „Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V.“ richten dort traumapädagogische Angebote für Kinder und Weiterbildungen für lokale Pädagogen ein. Die Kinder konnten zwar dem Bürgerkrieg in Syrien entkommen – viele sind aber von Gewalt, Vertreibung und dem Leid ihrer Angehörigen tief traumatisiert. Neben dem UNHCR unterstützen die „Aktion Deutschland Hilft“ und das nordirakische Bildungsministerium diesen Einsatz.

Quelle: Presseerklärung vom 27.11.2013, <http://www.freunde-waldorf.de>, notfallpaedagogik@freunde-waldorf.de

Gesundheitliche Auswirkungen von Fukushima werden systematisch unterschätzt

Der Bericht des Komitees der Vereinten Nationen für die Folgen von Strahlung (UNSCEAR) verharmlost systematisch das wahre Ausmaß der gesundheitlichen Folgen der Fukushima-Katastrophe. Es handelt sich um eine gezielte Missinformation der Öffentlichkeit. Das kritisieren IPPNW-Ärzte aus Deutschland, den USA, Schweiz, Frankreich, Italien, Nigeria, Malaysia, Ägypten und den Niederlanden in ihrer Analyse des Berichts.

UNSCEAR gibt an, dass „kein erkennbarer Anstieg von Krebserkrankungen in der betroffenen Bevölkerung zu erwarten sei, der mit der Strahlenexposition in Verbindung gebracht werden kann“. Die Ärzte kritisieren, dass sich die Mitglieder von UNSCEAR in ihrem Bericht im Wesentlichen auf die Angaben der International Atomenergieorganisation (IAEO), der Betreiberfirma TEPCO und der japanischen Atombehörden stützen. UNSCEAR verlässt sich dabei blind auf die Dosisangaben der Kraftwerksbetreiber und ignoriert die Vielzahl an Berichten über Manipulationen und Ungereimtheiten dieser Messwerte. Neutrale unabhängige Institute und Forschungseinrichtungen, die die Ereignisse in Fukushima kritischer beurteilen und von höheren Strahlendosen ausgehen, werden ignoriert.

Aus: IPPNW-Pressemitteilung vom 25.10.2013, www.ippnw.de/startseite/artikel/cc6f4c8bd1/aerzte-gesundheitliche-auswirkungen.html

Energiewende-Demo: 16.000 im Berliner Regierungsviertel

Empörung über Große Koalition: „Frontalangriff auf Energiewende“

Am 30. November, forderten mehr als 16.000 Menschen von der künftigen Bundesregierung, die Energiewende mit Sonne und Wind zu gestalten und Fracking, Kohle und Atom aufs Abstellgleis zu stellen. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD nutzt nicht die riesige Chance, mit der Energiewende beim Klimaschutz ernst zu machen, Atomkraft abzuschalten, den Stromkonzernen den Stecker zu ziehen und für eine Energieversorgung in Bürgerhand zu sorgen. Die 16.000 DemonstrantInnen starteten am Berliner Hauptbahnhof und umzingelten das Kanzleramt. Gleichzeitig ließen TeilnehmerInnen zig Drachen vor dem Reichstag steigen, die mit Energiewende-Forderungen bemalt waren.

Aufgerufen zu der Energiewende-Demo hatten zusammen mit mehr als 60 anderen Organisationen und Gruppen unter anderem die Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“, das Kampagnennetzwerk Compact, die NaturFreunde Deutschlands, Attac und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Jochen Stay, Sprecher von „ausgestrahlt“: „Die Empörung über die geplante Energiepolitik ist groß. Alle Umfragen zeigen: Die Bevölkerung will deutlich schneller raus aus der Atomkraft und nicht länger auf Kohle setzen. Gehen Union und SPD einen anderen Weg, dann wird der heutige Tag der Auftakt für weitaus größere Proteste sein.“

Christoph Bautz, Geschäftsführer des Kampagnennetzwerks Compact, ergänzt zu den Hintergründen der Demonstration: „Schwarz-Rot plant einen Frontalangriff auf die Energiewende und will mit einem Ausbaudeckel die Erneuerbaren ausbremsen. Nach der Photovoltaik geht es jetzt der Windkraft an den Kragen – und damit ausgerechnet der kostengünstigsten Stütze der Energiewende. Stattdessen setzt Schwarz-Rot auf Kohlekraft und will mit neuen Subventionen verhindern, dass alte Kohlemeiler endlich eingemottet werden. Der Klientelpolitik für RWE, Eon und Vattenfall stellen sich viele Bürger in den Weg. Zu Tausenden gehen wir für eine konsequente Energiewende und einen raschen Ausstieg aus der Kohlekraft auf die Straße.“

Quelle: www.attac-netzwerk.de

Energieerzeugungsart mit neuen Milliardenzuschüssen zu beschenken. Auf EU-Ebene werden sogar neue Subventionen für Atomkraftwerke erwogen. Für die Erneuerbaren aber fordert der Umweltminister ‚Strompreissbremsen‘, die sich schlussendlich als Brandbeschleuniger für den Klimawandel erweisen werden.“

„Vielleicht war es noch nie so wichtig wie heute, der Politik zu zeigen, dass wir voll und ganz hinter der Energiewende stehen. Dies können wir durch politische Arbeit vor Ort, durch direkten Einsatz für Erneuerbare Energien und ganz einfach auch dadurch erreichen, dass wir viele Menschen in unserem Freundes-, Familien- und Kollegenkreis weg von den Atom- und Kohlekonzernen holen und für die Erneuerbaren und die EWS gewinnen können. So bringen wir die Energiewende tatkräftig voran und setzen zugleich ein starkes politisches Zeichen.“

„Zu guter Letzt möchte ich Sie noch mit einer frohen Botschaft überraschen: Die börsenpreissenkende Wirkung der Erneuerbaren und die reduzierte Industriefreiung von Netznutzungsentgelten (gegen die wir erfolgreich klagten) gleicht die Erhöhung des EEGs praktisch aus, sodass wir die Strompreise nicht erhöhen und bis zum 31.12.2014 garantieren werden.“

Netzkauf EWS eG, Friedrichstr. 53/55, 79677 Schönau, Tel.: +49 7673 8885-0, Fax: +49 7673 8885-19, www.ews-schoenau.de

Deutscher Umweltpreis für Ursula Sladek

Am 27. Oktober überreichte Bundespräsident Joachim Gauck Ursula Sladek den Deutschen Umweltpreis. „Ihr Mut und ihre Tatkraft sind ein außergewöhnliches Beispiel für das Gelingen der Energiewende vor Ort. Aus einer Bürgerinitiative in Schönau gründete sie den ersten Ökostromanbieter Deutschlands und lebt die Vision einer dezentralen und umweltfreundlichen Energieversorgung“, so Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU).

Ursula Sladek selbst schrieb an die „Gemeinde“ der Elektrizitätswerke Schönau: „Für mich ist dieser Preis auch eine Auszeichnung für Sie und all die vielen Menschen in ganz Deutschland, die mit den EWS für eine atomstromlose, klimafreundliche und bürger-eigene Energiezukunft kämpfen. Nur gemeinsam konnten wir Dinge erreichen, die für jeden Einzelnen von uns undenkbar waren.“

„Der Preis ist aber auch eine Aufforderung, die Energiewende in Bürgerhand voranzutreiben, und ein dringend notwendiges Signal an die Politik. Denn trotz eindringlicher Warnungen vor katastrophalen Klimafolgen wird in den Koalitionsverhandlungen gefordert, die Braunkohle als klimaschädlichste

6,8 Millionen Stimmen für den Papierkorb? Das ist zu viel!

Michael Efler

Einerseits wird zur Wahl aufgerufen, andererseits wandern dann 6,8 Millionen Stimmen in den Papierkorb. 15,7 Prozent der abgegebenen und gültigen Stimmen sind bei der Bundestagswahl am 22. September nicht gewertet worden. Das ist eindeutig zu viel!

Wer eine Partei gewählt hat, die unter fünf Prozent lag, dessen Stimme bleibt stumm und wird bei der Verteilung der Sitze nicht berücksichtigt. Die Stimmen der Wählerinnen und Wähler von Union, SPD, Linkspartei und Grünen dagegen schon. Das ist ungerecht, verstößt gegen den Grundsatz der Gleichheit. Das motiviert keineswegs, an der nächsten Wahl teilzunehmen. Die Fünf-Prozent-Hürde ist zu hoch. Sie muss gesenkt werden!

Unterstützen Sie bitte unseren Aufruf: <https://www.mehr-demokratie.de/wahlrecht-aufruf.html>

Dr. Michael Efler ist Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie, E-Mail@mehr-demokratie.de, Tel. 030 - 42082370

Neubeginn vor 30 Jahren: 1. Petition an den Bundestag und eine Anzeige in der Wochenzeitung „Die Zeit“, Nr. 1/1984

Aktion für Volksentscheid – bundesweit schon 1984

Initiiert aus dem Impuls für soziale Dreigliederung

Herbert Schliffka

Mit der Forderung nach einem „Bundesabstimmungsgesetz“ trat eine Gruppe von Dreigliederungs-Aktivist*innen mit einer Petition an den Bundestag und mit einem „Aufruf an die Bevölkerung“* heran. Unterzeichner der Petition waren im Dezember 1983: Gerald Häfner, Berthold Hasen-Müller, Wilfried Heidt, Brigitte Krenkers, Peter Schata, Herbert Schliffka und Johannes Stüttgen.

Diese Gruppe von Dreigliederungs-Aktivist*innen, die sich ab 1983 verstärkt für die Verwirklichung der „Komplementären Demokratie“ engagierten, hatten sich schon seit 1979 gemeinsam als die Organisationen „Aktion Dritter Weg“ (Achberger Kreis) und Freie Internationale Universität (FIU) an der Gründung der Grünen beteiligt. Bereits bei den Grünen hatten sie das Ziel Volksabstimmung in das Parteiprogramm eingebracht.

Joseph Beuys, der Initiator der FIU, hatte ja bereits 1972 das Büro der 1971 gegründeten „Organisation für Direkte Demokratie durch Volksabstimmung“ auf der documenta 5 in Kassel ausgestellt und mit den aus aller Welt angereisten, kunstinteressierten Ausstellungs-Besuchern 100 Tage über die Volksabstimmung im Rechtsleben des dreigliederten sozialen Organismus gesprochen. (Siehe: Clara Bodenmann-Ritter: Joseph Beuys – Jeder Mensch ein Künstler. Gespräche auf der documenta 5 / 1972, Ullstein Verlag)

Wilfried Heidt, der in den 70er Jahren die „Aktion Dritter Weg“ initiiert und ab 1983 die Initiative zum Aufbau der Aktion Volksentscheid ergriffen hatte, als die Friedensbewegung eine unverbindliche Volksbefragungskampagne gegen die Stationierung von Mittelstrecken in der BRD starteten wollte, hatte bereits 1969 zusammen mit Peter Schilinski versucht, mit den demokratisch gesinnten Resten der APO die Partei „Demokratische Union“ zu gründen.

Peter Schilinski, der Mitbegründer des Internationalen Kulturzentrums Achberg e.V., dessen Vorstandsmitglied ich bin, hatte bereits 1951 mit der „Selbsthilfegemeinschaft für die Volksabstimmung über die Wiederbewaffnung“ in der jungen Bundesrepublik versucht, eine selbstorganisierte Volksabstimmung zu initiieren.

Weil es diese Vorläuferaktivitäten in den 50er, 60er und 70er Jahren gab, die dann 1983 zur Aktion Volksentscheid führten, aus der sich dann ab 1986 – nach einigen Zwischenschritten – letztlich die Organisationen „Mehr Demokratie“ und die „Omnibus für Direkte Demokratie“ GmbH herausdifferenziert hatten, schreibe ich hier „Neubeginn vor 30 Jahren“, weil ab der Petition vom 28.12.1983 und

der ganzseitigen Anzeige vom 30.12.1983 in der Wochenzeitung „Die Zeit“ zum ersten Mal die Idee der Dreistufigkeit des Volksabstimmungs-Verfahrens in die Kommunikationsprozesse des Parlaments und in die Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland eingebracht wurde. Einen solchen dreistufigen Regelungsvorschlag – wie ihn nun Mehr Demokratie, der Omnibus und viele andere vertreten – gab es zuvor noch nicht in der Welt.

Dieses Ereignis der Petition und des Aufrufs an die Bevölkerung, durch das vor 30 Jahre die neuere Demokratiebewegung in Deutschland initiiert worden war, wird während der Achberger Wintertagung gewürdigt werden (siehe die nachstehende Ankündigung).

Termine

Achberger Weihnachtstagung: „100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges“

Hundert Jahre nach einem historischen Ereignis, das so einschneidend war, wie der Erste Weltkrieg, sind wir aufgerufen, seine tieferen Hintergründe zu erkunden, um von da aus sehen und begreifen zu können, was aus der Zukunft kommend mit in der Vergangenheit Liegendem zusammenklingt.

Verschiedentlich wurde der Beginn des „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Eric Hobsbawm) mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs in das Jahr 1914 gelegt und das Ereignis als die Urkatastrophe unserer Zeit bezeichnet, dem die weitere, noch größere Katastrophe 1933 – 45 folgte. Sind wir heute, nach 100 Jahren, emanzipiert genug, jenseits chauvinistischer Rhetorik und vermeintlicher politischer Korrektheit, die Feststellung der deutschen „Alleinschuld“ am 1. Weltkrieg als falsch zu erkennen und den Blick auf die gesamteuropäische Völkerkonstellation zu richten, der damals eine Idee zur Integration aller Kräfte fehlte, um sich zu einem friedensfähigen Völkergefüge zu entwickeln?

Diese Idee kam am Ende des Krieges und in den Jahren danach durch Rudolf Steiner ins Spiel. In

einem „An das deutsche Volk und die Kulturwelt“ gerichteten Aufruf wies Steiner auf die Notwendigkeit der „Selbstbesinnung“ hin, angesichts der „Trümmer“, vor denen Deutschland und Europa standen. Sie blieb aus. Die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus wurde als Impuls für weitere Entwicklungen nicht aufgegriffen – die Folge war der tiefe Sturz in die Dämonie des Nationalsozialismus.

Die „deutsche Schuld“ von Vernichtungskriegen und Holocaust bildet eine mahnende Hypothek für die Zukunft. Doch muss in diesen Verbrechen zugleich auch der folgenschwere Versuch gesehen werden, das höhere Wesen des deutschen Volkes, seinen „Genius“, so stark zu diskreditieren, dass seine vollständige Auslöschung drohte. Nicht dieser Genius, wie er sich im Erkenntnisdrang eines Faust oder im Weltbürgertum der deutschen Klassik genauso zeigte wie in der Philosophie Fichtes und Hegels oder in der Musik von Bach bis Schubert, um nur einige Beispiele „Deutscher Größe“ (Schiller) zu nennen, war der Ausgangspunkt des Absturzes. Diese geistigen Quellen, die im deutschen Volk lebten, sich aber nicht tief genug verankern konnten, waren das eigentliche Ziel des Angriffes, der „konzertiert“ all jene Gegenkräfte aufrief, die ein Interesse daran hatten, den Menschheitsimpuls, wie er auch in den von Frankreich ausgehenden Idealen – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – lebte, zugunsten von Macht und Eigennutz unwirksam zu machen.

Dieser Impuls ist immer noch vonnöten. In verwandelter Gestalt wurde ihm als modernem „Goetheanismus“ von Rudolf Steiner der Weg in die Zukunft gewiesen, um in allen Menschen der Gegenwart – sozusagen als „Volkskunst“ – lebendig zu werden, damit wir vor allem den sozialen Herausforderungen, denen wir heute in Europa und weltweit gegenüber stehen, gerecht werden können.

Wird der Genius mit dem Dämon verwechselt, geht man in die Falle, wie es in dem dramatischen Verlauf des 20. Jahrhunderts in unterschiedlicher Weise mehrfach geschah. Die Menschheit läuft dadurch Gefahr, von den positiven Entwicklungskräften abgeschnitten zu werden. In diesem Fall bliebe – 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg – im jetzigen Ringen der Völker Europas um ihre gegenwärtige Identität und soziale Verfasstheit nur die Ideologie der Gewinnmaximierung globaler Finanzmärkte als Inspirationsquelle übrig.

Diese Fragen wollen wir in der Zeit zwischen den Jahren im Internationalen Kulturzentrum Achberg gemeinsam bewegen:

1914 – 2014 – 100 Jahre Erster Weltkrieg: Zukunftsperspektiven Europas im Ringen um seine Identität

Die Europäische Kriegsschuld und die Friedensidee der Dreigliederung des sozialen Organismus

27. Dezember 2013 bis 6. Januar 2014

Verantwortlich Christoph Klipstein und Gerhard Schuster. Weitere Mitwirkende: Markus Osterrieder, Monika Klipstein, Gerhard Meister, Herbert Schliffka, Loes Zwart, Hans Vogel, Tassilo Seidl-Zellbrugg, Josef Zeisel.

Tagesgliederung vormittags: Eurythmie – Erkenntnisarbeit und Schulungsweg als „Grundstein“ der Zusammenarbeit – Raum für Gespräch zu den aufgeworfenen Fragen. Nachmittags: Singen und Musizieren – vorbereitete Beiträge. Abends Vorträge und Gespräch zum Tagungsthema.

Weitere Informationen und Anmeldung: www.kulturzentrum-achberg.de/tagung/weihnachten-2013-14

Freie Bildung und solidarische Wirtschaft

**Selbstbestimmung statt Systemzwang
Tagung, 25. bis 26. Januar 2014, Freiburg i.Br.**

Werner Breimhorst

Die Veranstalter dieser Dreigliederungstagung appellieren an das Schöpferische im Menschen. Das soll sich nicht nur am Inhalt zeigen, denn die Tagung sieht neben verschiedenen Vorträgen auch Gesprächskreise und eine Theater-Improvisation mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor. Dadurch soll ein dem Geist der Dreigliederung entsprechendes Element, das „Zusammenwirken vieler“, zur praktischen Übung kommen.

Samstag Beginn 9 Uhr: Begrüßung und Einführung | Musikalischer Auftakt | Vortrag und Gespräch mit Clara Steinkellner: Wie sich freie Bildung und solidarische Wirtschaft gegenseitig bedingen | Vortrag und Gespräch mit Dieter Markert: Mathematik – brauche ich das wirklich für meine Bildung? | **Nachmittags:** Initiativenforum | Kabarett mit Joy Burger | Vortrag und Gespräch mit Ulrich Rösch: Auf dem Weg zu einem freien Unternehmertum in einer solidarischen Wirtschaft. **Abends:** Dreigliederung als Methode sozialer Erneuerung. Vortrag und Gespräch mit Thomas Brunner | Improvisationstheater mit Menschen aus dem Publikum (Assoziationsgespräch)

Sonntag: Bewegungsübungen mit Thomas Brunner | Vortrag und Gespräch mit Otmar Donnenberg: Gemeinwohlökonomie aus Sicht der Dreigliederung | Kleingruppenarbeit und Abschlussplenum (Moderation Christoph Herrmann) | Musikalischer Ausklang | *Ende 14 Uhr*

Ort: Freie Waldorfschule Freiburg-Wiehre in 79100 Freiburg, OT Wiehre, Schwimmbadstr. 29. Vorherige **Anmeldung** erleichtert den Veranstaltern die Organisation und stellt sicher, dass die Tagung auch stattfindet (per E-Mail unter „info@forum-dreigliederung.de“ oder per Telefon bei Werner Breimhorst unter

der Nr. 07661-909849 [AB]). Weitere Informationen siehe unter www.forum-dreigliederung.de/t1.html

Die Tagung wird vom Forum Dreigliederung gemeinsam mit den Vereinen Sinnewerk und Bildungsstiftung veranstaltet.

Institute for Social Banking: Weiter bilden

Patricia Ciecierski

Das Institute for Social Banking verfügt über langjährige Erfahrung in Bildung und Forschung im Bereich des sozial verantwortlichen Bank- und Finanzwesens. Zum Angebot für 2014 gehört die Summer School zum Thema ‚How can Social Banking meet the needs of civil society?‘, die vom 5. bis 10. Juli 2014 in Lyon, Frankreich stattfindet. Mit dem Certificate in Socially Responsible Finance bietet das Institut zudem gemeinsam mit der Alanus Hochschule eine Weiterbildungsmöglichkeit für Banker auf akademischem Niveau. Der Kurs besteht aus zwei jeweils fünftägigen Modulen ‚Money and Society‘ und ‚Socially Responsible Management in Banking and Finance‘.

Anmeldung und nähere Informationen unter www.social-banking.org

Summer School on Social Banking 2014: ‚How can Social Banking meet the needs of civil society?‘, 5.-10. Juli 2014, Lyon, Frankreich

Certificate in Socially Responsible Finance. Kurs 2013/2014. Modul 2 ‚Socially responsible management in banking and finance‘, 5.–9. März 2014, Alfter bei Bonn

Kurs 2014/2015. Modul 1: ‚Money and Society‘, 8.–12. September 2014, Alfter bei Bonn. Modul 2: ‚Socially responsible management in banking and finance‘, 16.–20. März 2015, Alfter bei Bonn

Kontakt: Patricia Ciecierski, Institute for Social Banking, www.social-banking.org, Phone: +49 (0)234 60 600 135, Fax: +49 (0)234 60 600 133. Alfred-Herrhausen-Str. 44, 58455 Witten, Germany

Zukunft gestalten

Wissen und Werkzeuge für VerantwortungsträgerInnen der biodynamischen Bewegung

Intensivwoche, 12. bis 17. Januar 2014 am Goetheanum, Dornach Schweiz.

In der Intensivwoche arbeiten wir mit dem Werkzeug des U-Prozesses von Claus Otto Scharmer, um die

innere Struktur von Hof- und Betriebsorganismen zu erleben und auf diesem Weg zu erfahren, wie Zukunftsfähigkeit entwickelt werden kann. Weitere Informationen: www.sektion-landwirtschaft.org

Landwirtschaftliche Tagung 2014: Die Bienen, Schöpferinnen von Beziehungen

Internationale Jahreskonferenz der biodynamischen Bewegung, 5. bis 8. Februar 2014 am Goetheanum in Dornach/CH

Das Bienensterben ist für sehr viele Menschen ein Schock. Weit über die praktischen Probleme und die betroffenen Kreise von Imkern und Landwirten hinaus sind wir als Zeitgenossen betroffen und schrecken auf, weil eines der stärksten Symbole unserer Landwirtschaft, die Biene, unser einziges domestiziertes Insekt, tödlich betroffen ist. Die Schwächung der Bienen ist ein Hinweis auf die allgemeine Schwächung der Lebenswelt. In den vergangenen Jahren hat das Bienensterben viele Menschen dazu gebracht zusammenzuarbeiten, um sich für die Bienen und für eine Welt, die ihnen einen geeigneten Lebensraum schafft, einzusetzen.

An der nächsten Landwirtschaftlichen Tagung am Goetheanum stützen wir uns auf die Aussagen von Rudolf Steiner, um ein Verständnis der Bienen zu gewinnen. In Vorträgen, interaktiven Workshops und Kurzbeiträgen fragen wir uns: Wie kann man die Natur der Biene verstehen? – Was sind die Elemente einer wesensgemäßen Bienenhaltung? – Welche Rolle spielen die Bienen in der Welt? – Was kann jeder von uns für die Bienen und ihren Lebensraum tun? – Wie können wir in Allianzen für die Bienen zusammenarbeiten? – Die inhaltliche Arbeit wird durch Musikkonzerte, künstlerische Kurse, Führungen, Fachgruppentreffen und Plenums-gespräche bereichert.

Anmeldung

Weitere Informationen und Anmeldungen online über <https://www.goetheanum.org/6144.html> oder schicken Sie Ihren Anmeldeantrag an tickets@goetheanum.ch. Wegen Umbauarbeiten findet die Landwirtschaftliche Tagung 2014 in dem Schreinerei Gebäude statt und die Teilnehmerzahl ist auf 500 beschränkt.

Wege zu einer selbstverwalteten Gesellschaftsgestaltung

Bürokratismus, Überwachungswahn und neuer Nationalismus als Gegenbilder einer mündigen Sozialkultur

Clara Steinkellner

Öffentliche Arbeitstagung der Freien Bildungsstiftung, Berlin, Freitag, 14. bis Sonntag, 16. März 2014

Ort: Karl Ballmer Saal, SinneWerk, Liegnitzer Str. 15, Berlin-Kreuzberg

„Wir sind der Staat!“, sagen viele Menschen und wollen damit ein Statement für ihre politische Mündigkeit abgeben und Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhang übernehmen, statt sich auf eine private Lebensinsel zurückzuziehen. Wie aber kann sich verantwortliches Handeln gestalten – müssen wir uns der staatlichen Macht nicht vielmehr differenziert gegenüberstellen, um als Zivilgesellschaft handlungsfähig zu sein?

Von 14. bis 16. März 2014 lädt die Freie Bildungsstiftung zur offenen Auseinandersetzung mit der sich gegenwärtig zuspitzenden politischen Lage ein. Während der Wochenendtagung mit dem Titel „Bürokratismus, Überwachungswahn und neuer Nationalismus als Gegenbilder einer mündigen Sozialkultur – Wege zu einer selbstverwalteten Gesellschaftsgestaltung“ wollen wir sowohl die aktuellen Phänomene der Bürokratisierung und zunehmenden Überwachung sowie den Fragen einer „weltbürgerlichen“ versus nationalen Identität in Vorträgen und Diskussionen auf den Grund gehen und vor dem Hintergrund der Bemühungen um ein selbstverwaltetes Kulturleben und Bildungswesen sowie Impulsen zu einer solidarischen Wirtschaft beleuchten. Ralf Gleide aus Heidelberg (der als Mitbegründer der Freien Bildungsstiftung schon öfter im Karl Ballmer Saal zu Gast war) wird in seinem Eröffnungsvortrag am Freitagabend über den digitalen Doppelgänger des Menschen und den Überwachungsstaat sprechen, des Weiteren wirken u.a. der italienische Philosophie-Professor Salvatore Lavecchia, die Imkerin und Sozialwissenschaftlerin Anne Schildt aus Leipzig, der in Cottbus lebende Kunstpädagoge und Autor Thomas Brunner, der Berliner Buchhändler und Volkswirt Manfred Kannenberg sowie der ebenfalls in Berlin lebende Philosoph und „FIU-Weiterführer“ Kai Gregor mit. Außer den Vorträgen und Diskussionen wird es eine Performance mit Albrecht Walter aus Castilia sowie ein Initiativenforum geben, bei dem alle Teilnehmer eigene Initiativen darstellen können. Wir freuen uns auf ein erhellendes und ermutigendes Wochenende.

Nähere Informationen unter: www.freiebildungsstiftung.de. Kostenbeitrag: Tagungskarte 50 Euro, erm. 25 Euro, Förderkarte 75 Euro. Einzelvorträge / Vortragsblock: 10 Euro, 7 Euro erm. Kontakt:

Clara Steinkellner, clara.steinkellner@sinnewerk.de, 0178- 6152189. Veranstalter: Freie Bildungsstiftung in Kooperation mit SinneWerk e.V.

Wirtschaft unterrichten in Zeiten der Finanzkrise

Von Aristoteles bis Rudolf Steiner: Jenseits des Neoliberalismus. Für Klassen 9 bis 12. 7./8. Februar 2014, Akademie Mannheim.

Veranstalter: Akademie für Waldorfpädagogik Mannheim in Kooperation mit der Freien Waldorfschule Karlsruhe. Lehrerfortbildung Oberstufe (Klasse 9–12: Waldorf- und andere Schulen): Geschichte, Geographie, Gemeinschaftskunde

Freitag, 7.2.2014, 11 Uhr, bis Samstag, 8.2.2014, 18 Uhr, an der Akademie Mannheim. Dozent: Dr. Christopher Houghton Budd, Direktor des „Centre for Associative Economics“, Canterbury, England, unter Mitwirkung von: Dr. Gunter Keller, Akademie Mannheim. Übersetzung ins Deutsche: Nicholas Dodwell, Freie Waldorfschule Karlsruhe. Tagungsgebühr: 190,- € (Darin enthalten sind 30,- € Verpflegungskosten.)

Ziel der Veranstaltung: Seit Jahren leben und unterrichten wir im Angesicht einer weltweiten Finanzkrise, die als Systemkrise nicht so schnell verschwinden wird. Wie werden wir im Wirtschaftsunterricht der Schule dieser drängenden Gegenwartsfrage gerecht? Wie machen wir Rudolf Steiners soziale Dreigliederung dafür fruchtbar?

Nähere Informationen über Nicholas Dodwell, ndodwell@gmx.de

9. Stuttgart Open Fair 2014: Festung EU oder solidarisches Europa?

Mit Shahira Abouellail (No Military Trials for Civilians, Kairo), Hans-Jürgen Bieling (Prof. f. Wirtschaft und Politik/Universität Tübingen), Pia Eberhardt (Corporate Europe Observatory), Antonia Melo (Lokale Widerstandsbewegung Xingù Vivo Para Sempre, Brasilien), Alexandra Strickner (Europäisches Attac-Netzwerk), Pablo Solon (Focus on the Global South/ehemals bolivianischer UN-Botschafter), Kapitän Schmidt (Rettungsschiff Cap Anamur) und vielen anderen mehr

Die Idee eines geeinten Europa steht für vieles: Menschenrechte, Frieden, Demokratie, Wohlstand.

Doch welche Entwicklung nimmt die EU und welche Auswirkungen hat das auf den Rest der Welt?

Für unseren Rohstoffhunger werden Menschen von ihrem Land vertrieben und Natur zerstört – wollten wir nicht Armut überwinden und Umwelt schützen? Unternehmen aus Baden-Württemberg liefern Waffen in alle Welt – wollten wir nicht Frieden schaffen? An unseren Wohlstandsgrenzen ertrinken Menschen, die vor unseren Krisen fliehen – sind wir blind für unsere Verantwortung? In unserem geeinten Europa haben wir für die Anderen nichts mehr übrig – wollten wir nicht füreinander da sein, nach Jahrhunderten der Kriege? Wir haben nicht mitzubestimmen, nur Steuern für die Bankenrettung zu zahlen – ist das die Demokratie, die wir wollten?

Das Stuttgart Open Fair 2014 beleuchtet Europa in der Einen Welt. Wir wollen Europa von innen und außen in den Blick nehmen. Wir stellen die Festung aus erstarrten politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Strukturen in Frage. Wir geben europäischen und internationalen zivilgesellschaftlichen Bewegungen Raum. Wir lernen im Kampf für Umwelt, Armutsüberwindung, Frieden, Menschenrechte und Demokratie voneinander und bauen mit an einer starken solidarischen Bewegung, die über die Grenzen Europas hinaus geht.

Kongress

31. Januar bis 2. Februar 2014

Workshops, Podien, Theater und Musik. 31. Januar, 19 Uhr, Rathaus Stuttgart. Eröffnungspodium 1. und 2. Februar ab 10 Uhr, Forum 3, Gymnasiumstr. 21, Stuttgart-Mitte. Alle Workshops, ReferentInnen und Veranstaltungen des Kongress finden Sie immer aktuell unter: www.stuttgartopenfair.de/kongress

Jugendtheaterprojekt

für SchülerInnen mit Aufführungen auf dem WeltSTATT-Markt. Bitte wenden Sie sich bei Interesse an uns!

Symposium Wirtschaftswende

13. April 2014, 11 Uhr bis 14.30 Uhr, Kongresszentrum, Messe Stuttgart. Zukunftsideen für eine gemeinwohlorientierte, faire und nachhaltige Wirtschaftsweise

Im Rahmen der **Messe Fair Handeln** vom **10. bis 13. April 2014** in Zusammenarbeit mit der Messe Stuttgart, Anmeldung im SOFa Sekretariat info@stuttgartopenfair.de, Tel. 07071-255608

Filmreihe „Blick auf Europa“

Delphi Arthaus Kino, Tübinger Str. 6, Stuttgart-Mitte. Termine immer aktuell unter www.stuttgartopenfair.de/sofa-filmreihe

WeltSTATTMarkt

10. Mai 2014, 10 bis 19 Uhr Schlossplatz Stuttgart. Infostände, Bühnenprogramm, Aktionen

Das SOFa wird von über 50 zivilgesellschaftlichen Gruppen veranstaltet, von A wie Afrika Workshop Organisation e.V. bis Z wie Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (ZEB).

Info, Anmeldung von Beiträgen: Stuttgart Open Fair Sekretariat, Nauklerstraße 13, D-72074 Tübingen, Germany, Tel. + 49 (0)7071-255608, Fax +49 (0)7071 -5499178, E-Mail: info@stuttgartopenfair.de, www.stuttgartopenfair.de

fairventure Kongress 2014

2. bis 4. Mai 2014, Berlin

Ort: Evangelische Schule Berlin-Zentrum, Wallstraße 32 in 10179 Berlin. fairventure ist ein Raum (äußerlich und innerlich), in dem Begegnungen und Austausch von Kultur kreativen aus den unterschiedlichsten Richtungen ermöglicht werden.

Plenum I: Lebenslanges Lernen zwischen Existenz und Essenz, Mensch Welt, Wandel. Brennpunkte I: 1. Komplementärwährungen, 2. Sinnhaftes und selbstbestimmtes Lernen als Erfolgsfaktoren in der Schule, 3. Chancen und Gefahren für den Wandel, 4. Commons: Gemeinsam leben und wirtschaften, 5. Natürlich sein und leben, 6. Community Currencies in Action, 7. Welt und Leben aus eigener Initiative gestalten. Plenum II: Podiums-/Publikumsgespräch „Spirituell leben: Über ein weithin ignoriertes Verhältnis zur Welt“.

Es wirken mit Jan Temmel, Peter Krause, Veronika Spielbichler, Charles Eisenstein, Kathleen Battke, Dr. Susanne Wiegel, Prof. Dr. Martin Klöti und viele andere.

Info und Anmeldung: <http://www.fairventure.de/>

Weiter warten auf den großen Knall?

US-Haushaltskrise und Weltwirtschaft

4. Februar 2014, 19 Uhr. Vortrag und Gespräch mit Prof. Dr. Christian Kreiß. Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

Demokraten und Republikaner haben sich in letzter Minute auf eine höhere Schuldengrenze verständigt. Bis zum 7. Februar 2014 ist damit der Staatsbankrott der USA wieder einmal abgewendet – und vor allem auch fatale Folgen für die Weltwirtschaft. Aber es ist nur ein kurzfristiger Aufschub, überhaupt keine Lösung des Problems. Der große Knall droht unvermindert weiter und muss nach Meinung vieler früher oder später doch kommen. – Wo stehen wir? Was

gilt es zu bedenken? Was könnte jetzt noch getan werden – von Einzelnen wie auch gesellschaftlich?

Dr. Christian Kreiß ist Professor für Finanzierung an der FH Aalen. Er war jahrelang als Investmentbanker tätig. Er kennt die Welt der Banken von innen. Er wird nicht nur die aktuelle wirtschaftlich-soziale Misere beschreiben, sondern auch deren Gründe in unserer weltweiten ungerechten Eigentumsordnung benennen sowie Wege aus der Krise beschreiben.

Tagung „Am Puls der Zeit“

Freitag, 21. Februar 2014, CH-Beitenwil

Rainer Menzel

Mit Prof. Dr. mult. Roland Benedikter (Santa Barbara/USA), Prof. Dr. Ueli Mader (Basel/CH), Prof. Dr. Georg Theunissen (Halle/DE)

Die Tagung findet in den Räumen des Humanus-Haus Beitenwil, CH-3113 Rubigen statt. Das Humanus-Haus wurde vor 40 Jahren begründet. In dieser Zeit hat sich das Verständnis von und das Verhältnis zu Menschen mit einer Behinderung in der Gesellschaft stark gewandelt: Heute sind Begriffe wie Autonomie, Teilhabe und Inklusion selbstverständlich geworden. Anlässlich des Jubiläums möchten wir uns daher mit dieser Tagung einen Überblick und Ausblick verschaffen über den Stand der Erkenntnisse und „der Zeit den Puls fühlen“.

Wir sind daran interessiert neue, grundsätzliche, weiterführende Aspekte über die Entwicklung des Menschenverständnisses und Formen des Zusammenlebens und der gegenseitigen Förderung, Unterstützung und Begleitung kennenzulernen.

Weitere Info: www.humanus-haus.ch. Anmeldung bitte bis 10. Januar bei Humanus-Haus Beitenwil, Sozialtherapeutische Werk- und Lebensgemeinschaft CH-3512 Rubigen, Tel: +41 (0)31-838 11 11, info@humanus-haus.ch

Literatur

Die Praxis der sozialen Dreigliederung voranbringen wollen

Rudolf Isler: *Nachhaltigkeit?! Wege aus der Krise durch freie Initiativen*

Ulrich Morgenthaler

Unter dem Titel „Nachhaltigkeit – Wege aus der Krise durch freie Initiativen“ hat der Schweizer Autor Rudolf Isler ein Buch veröffentlicht, in dem er „Wirtschaft, Staat und Kultur neu denken“ will. Der ehemalige Lehrer, Journalist und Landwirt möchte aus seiner lebenslangen Beschäftigung mit den Impulsen der sozialen Dreigliederung konkrete Handlungs- und Denkansätze vermitteln, die der Verwirklichung dieser Impulse dienen sollen.

Er widmet diesem Anliegen acht Kapitel, ohne den Anspruch zu erheben, alle gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsfelder zu behandeln. Er geht vom dreifachen Begriff des Geldes aus – Kaufgeld, Leihgeld, Schenkungsgeld. Im Mittelpunkt stehen die Fragen, wie menschliche Arbeit, wie Grund und Boden und wie Produktionsmittel und Kapital aus ihrer heute verhängnisvollen Käuflichkeit und Verkäuflichkeit herausgelöst und stattdessen gesündere Wege ihrer Handhabung und Gestaltung gefunden werden können.

Zum Thema Geld vertritt er die Position, dass die heute vom Bankensystem fast ausschließlich praktizierte Geldschöpfung in Form von Krediten – also Leihgeld – zu überwinden sei durch eine Geldschöpfung, die sich innerhalb der Kaufgeldsphäre der Wirtschaft vollzieht – durch den Tausch von Produkten und Dienstleistungen. Bei gerechter Einkommensverteilung brauche man nicht befürchten, es gebe dann zu wenig Leihgeld für den Kapitalbedarf der Unternehmen.

Zum Thema der menschlichen Arbeit stellt er ein in Schweizer Rudolf Steiner Schulen erfolgreich erprobtes Verfahren vor. Ausgehend von einer Umstellung der Buchführung – buchhalterische Trennung von Arbeit und Einkommen, insbesondere Herauslösung der Personalkosten aus den Sachkosten – sind alle Mitwirkenden bei Bedarfsermittlung sowie Einkommens- und Gewinnverteilung beteiligt. Nach Meinung des Autors kann dieses Verfahren auch auf wirtschaftliche Unternehmen übertragen werden.

Beispielhaft für einen neuen Umgang mit Eigentum von Grund und Boden beschreibt Isler sechs land-

wirtschaftliche Betriebe, die dies in den letzten sechzig Jahren bis in Satzung, Struktur und Alltag hinein versucht haben, d.h. Anwendung der Prinzipien: Unverkäuflichkeit des Bodens, Bindung jedes Stücks Boden an eine ideelle Zielsetzung, Trennung von Eigentümer und Betreiber, kollegiale praktische und inhaltliche Zusammenarbeit.

Wie beim Eigentum von Grund und Boden plädiert er auch bei der Frage des Eigentums an Kapital und Produktionsmitteln für ein sogenanntes Nutzungseigentum, das Verkäuflichkeit/Vererbung ausschließt. Speziell weist er auf Möglichkeiten hin, wie auch in heutigen Gesellschaftsformen (Aktiengesellschaft, GmbH, Genossenschaft, Verein) die jeweilig „nutzenden“ Verantwortungsträger praktisch in die Position selbstständiger Unternehmer gehoben werden könnten und wie der Erwerbswert einmal erworbener Produktionsmittel durch Umgestaltung des Abschreibungsverfahrens neutralisiert werden kann.

Nach der Behandlung dieser Schwerpunkte widmet er sich der Polarität von Landwirtschaft und Industrie, wobei er die eminente Bedeutung von Selbstversorgung und Regionalität in der Landwirtschaft betont. Diese, und nur diese, vermag die Folgeerscheinungen auszugleichen, die mit der industriellen Produktion verbunden sind und Erde und Umwelt notwendigerweise verbrauchen. Um das zu erreichen, müssten jeweils vor Ort vielfältig vernetzte Zusammenschlüsse – Assoziationen – zwischen Industrie und Landwirtschaft geschaffen werden. Leider bringt der Autor hier keine Hinweise auf praktische Versuche oder Beispiele.

Als nächstes behandelt er einzelne Aspekte der sozialen Dreigliederung selbst. Vor allem ist ihm wichtig, dass es sich um einen Impuls handelt und nicht um eine Ideensammlung: Ein Impuls, der in den Mittelpunkt die freie Entwicklungsmöglichkeit des einzelnen Menschen im sozialen Organismus stellt. Jeder Mensch kann individuell Initiative ergreifen. Er braucht nicht auf den Staat zu warten. Wesentliche Beiträge zur Lösung heutiger Probleme seien durch freie Taten weniger Menschen und nicht durch die Politik des Staates geschaffen worden.

Im Kapitel über Demokratie weist er u.a. auf ein neues Verfahren zur Entscheidungsfindung in gesellschaftlich heiklen Frage hin, bei denen die heute üblichen einfachen Mehrheitsentscheidungen nicht wirklich zu Lösungen beitragen könnten. Weiter betont er, dass für die Weiterentwicklung des Rechtslebens das so genannte Privatrecht durch Ausgestaltung von Verträgen und Satzungen vielfältige Möglichkeiten bietet, wobei ebenfalls nicht auf den Staat gewartet werden müsse, um zu handeln.

Abschließend gibt er aus seiner Erfahrung als Lehrer eine Reihe von Gesichtspunkten zur Gestaltung von Wirtschafts- und Rechtskunde im Schulunterricht – alles anschaulich nach Altersstufen der Kinder und Jugendlichen differenziert, sowohl in Bezug auf den Lehrstoff als auch auf die beispielhafte Haltung und Lebensführung von Erziehern als einzelne und als Gemeinschaft.

Soweit kurze Hinweise auf wesentliche inhaltliche Positionen und Anregungen des Autors. Er hat sie, durch Heranziehung zahlreicher Zitate Rudolf Steiners, eingebettet in vielfältige Betrachtungen, Beurteilungen und Einschätzungen heutiger sozialer Situationen. Alles hier zu erwähnen, würde den Rahmen sprengen. Doch möchte ich noch auf zwei inhaltliche Urteile hinweisen, die der Autor über Ansichten anderer abgibt:

In der Gestaltung der Bodennutzung, die gemäß anderen sozialen Dreigliederern in Form einer Nutzungsgebühr vom Bodennutzer der Allgemeinheit zu entgelten sei, kommt er, einer Aussage Rudolf Steiners folgend, zu dem Schluss, dass dies nicht durch Abschöpfung eines zahlenmäßig gefassten Kostenfaktors geschehen müsse. Vielmehr habe der überschüssige wirtschaftliche Reinertrag einer Unternehmung selbst den geforderten Rentencharakter und könne zur Schenkung für allgemeine sozial sinnvolle Zwecke verwendet werden.

Gegenüber denen, die ein bedingungsloses Grundeinkommen fordern und durch Steuern oder Abgaben (etwa eine wettbewerbsneutrale Mehrwertsteuer) finanzieren und durch den Staat verteilen lassen wollen, vertritt er, anlässlich der Behandlung der wirtschaftlichen Seite des Staates, die Ansicht, so etwas würde die zentralen Staatsaufgaben enorm vergrößern und dazu führen, dass der Staat mehr als je in die Wirtschaft eingriffe. Gemäß der Dreigliederungsidee solle der Staat sich aber nur um Regeln und Rechte kümmern, die für alle Menschen gleich sind.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen und anderen Positionen des Autors wäre wünschenswert, kann aber an dieser Stelle nicht geleistet werden.

Schließlich merke ich an, dass das Buch in einem viel größeren Umfang eine Behandlung der Ideen Rudolf Steiners darstellt, auch in Form einer Fülle von Steiner-Zitaten, als Titel und Aufmachung vermuten lassen. Um den Leser auf das vorzubereiten, was ihn im Buch tatsächlich erwartet, wäre ein Titel der ausdrücklich die soziale Dreigliederung und Rudolf Steiner nennt, angemessener gewesen.

Zusammenfassend gesagt, stellen die Ansichten des Autors, die er aufgrund seiner lebenslangen Beschäftigung und dank der Erfahrungen mit der sozialen Dreigliederung erworben hat, besonders aber seine praktischen Vorschläge eine substantielle Bereicherung und Herausforderung für jeden dar, der sich ebenfalls diesem Impuls und seiner Ausgestaltung im Leben verbunden fühlt.

Rudolf Isler: Nachhaltigkeit?! Wege aus der Krise durch freie Initiativen. Wirtschaft, Staat und Kultur neu denken. Verlag am Goetheanum, Dornach 2013, 280 Seiten, € 18,00

Götz W. Werner: „Womit ich nicht gerechnet habe“

Autobiografie und Erfolgsgeschichte

Wilhelm Neurohr

Der anthroposophisch orientierte Unternehmer Götz W. Werner, Gründer und 35 Jahre lang geschäftsführender Inhaber der erfolgreichen dm-Drogeriemarktkette, legte 5 Jahre nach Geschäftsübergabe an seinen Nachfolger Erich Harsch, kurz vor seinem 70. Geburtstag, seine Autobiografie im Econ-Verlag (Ullstein) vor – rechtzeitig zum 40-jährigen Unternehmens-Jubiläum von dm in diesem Jahr. Er erzählt die Geschichte seines Lebenswerkes und berichtet, wie sein Unternehmen dm als heute marktführender und stetig expandierender Discounter zu einem der beliebtesten und erfolgreichsten Unternehmen Deutschlands mit vielen Preisverleihungen und Auszeichnungen wurde (siehe Unternehmensskizze S. 29 ff.). Götz Werner gilt als „Pionier moderner Managementmethoden“ und als „Querdenker in Sachen Unternehmensethik“. Im Klappentext des Buches wird der „Tagesspiegel“ zitiert: „Ach, wie schön wäre es, wenn die Regierung einen hätte wie Götz Werner ...“.

Das 300seitige Buch mit dem Titel – „Womit ich nicht gerechnet habe“ – wird voraussichtlich eine hohe Auflage erreichen, zumal es auch in Anzeigen und in der dm-Kundenzeitschrift „alverde“ beworben wird. Der durch sein öffentliches Eintreten für ein bedingungsloses Grundeinkommen bekannte und seitdem prominente Autor ist gleichzeitig gefragter Vortragsredner und Talkshow-Gast. Er setzte als Kenner und Verfechter der „sozialen Dreigliederung“ in seinem „organisch wachsenden“ Unternehmen neue unternehmerische Maßstäbe – mit einer konsequent an seinen Mitarbeitern als Mitunternehmern sowie an den Kunden orientierten Unternehmensphilosophie, die auf einem vom unternehmerischen Mainstream abweichenden Welt- und Menschenbild basiert.

Lernendes Unternehmen

Werner betont wiederholt seine tiefe Überzeugung, dass für ihn jede Arbeit und jeder Mensch wertvoll seien. Das hat vielerlei Auswirkungen auf das soziale Miteinander im Unternehmen und strahlt aus in die Gesellschaft und auf das Wirtschaftsleben als Ganzes mit seiner verloren gegangenen Wirtschaftsethik. Was anthroposophisch geprägtes Unternehmertum ausmacht, wird in Götz Werners Buch ansatzweise sichtbar als dasjenige, was der Einzelne individuell aus der Anthroposophie heraus als „Lebensunternehmer“ aus seiner Biografie macht und in seinem Lebens- und Berufsalltag verwirklicht. Vor diesem Hintergrund gibt der Autor vielfältige Einblicke in seine Unternehmensphilosophie, wie sie sich in 40 Jahren entwickelte: Er schreibt vom „lernenden Unternehmen“ als „lebendigem Organismus“. Dm bietet europaweit Arbeitsmöglichkeiten – für bald 50.000 Beschäftigte und 3.000 Auszubildende – bei dm als „Lernlinge“ bezeichnet –, zu deren Ausbildung auch künstlerische Elemente gehören.

All das hat ihm und seinem Unternehmen viel Anerkennung sowie die Marktführerschaft unter den Drogerie-Discountern eingebracht, auch positives Kunden- und Mitarbeiter-Feedback, ferner eine Professur an der Universität Karlsruhe, wo er von 2003 bis 2010 das Institut für „Entrepreneurship“ (= Unternehmertum) leitete – und das, obwohl er selbst als Schulabbrecher nach dem 11. Schuljahr kein universitäres Studium genossen hat, sondern nach eigenen Worten an der „Universität des Lebens“ studierte.

Nach eigenen Aussagen war die auf Nachhaltigkeit und Wertschätzung der beteiligten Menschen setzende Unternehmensstrategie der Schlüssel zum Erfolg, und nicht etwa kurzfristiges Gewinnstreben als Selbstzweck. Gewinne seien für ihn vielmehr Gestaltungsmittel. Das Unternehmen sei für die Menschen da und nicht die Menschen für das Unternehmen. Deshalb gebe es bei dm eine andere Umgangskultur als in vielen anderen Unternehmen üblich. Das Unternehmen sei ein Prozess, keine Hierarchie, und praktiziere deshalb „dialogische Führung“ mit einvernehmlichen Zielvereinbarungen.

Diese Einsichten und Orientierungen, das gibt Götz Werner unumwunden zu, sind erst im Laufe vieler Jahre im Zuge der Unternehmensentwicklung aus Erkenntnissen, Schlüsselerlebnissen, Erfahrungen, Beratungen und Menschenbegegnungen gewachsen. Einer seiner wichtigsten Berater war der Holländer Hellmuth J. ten Siethoff, der Organisationsentwicklung auf der anthroposophischen Grundlage von Prof. Bernard Lievegoed anbot. Die Größenordnung des Unternehmens mit der wachsenden Zahl an Filialen drohte dem Gründer über den Kopf zu wachsen. Nach dem anfänglichen „Erfolgsrausch“ war ein radikaler Kurswechsel nötig. Bis dahin wurde das Unternehmen zentralistisch, hierarchisch und eher patriarchalisch geführt, vorübergehend auch nach überholten Organisations- und Führungsmodellen wie dem „Harzburger Modell“.

Pionier einer nachhaltigen unternehmerischen Wirtschaftsweise

Götz Werner sieht sich selbst als Pionier einer nachhaltigen unternehmerischen Wirtschaftsweise. Er schildert die einzelnen Etappen zum Aufstieg und wie die dabei auftretenden Probleme erkannt wurden und zu den erforderlichen Kurskorrekturen führten, die mit wichtigen Erkenntnis- und Lernprozessen für ihn und alle Beteiligten verbunden waren. Durch das Hinterfragen von Grundsätzlichem, durch Reflektieren sowie durch Bewusstseinsveränderungen habe er dem lernenden Unternehmen mit großer Ausdauer und Hartnäckigkeit schrittweise eine vorbildliche Ausrichtung gegeben – nicht zuletzt dank der den Mitarbeitern eingeräumten Freiräume zur ideenreichen Mitgestaltung und Übernahme von Eigenverantwortung. Insbesondere die bald 1.500 Filialen des Discounters dm in Deutschland, bekamen sukzessive mehr Eigenverantwortung zugestanden. Sie wurden aber nie ganz in die Selbständigkeit entlassen – etwa nach dem Modell Edeka oder

im Sinne einer Einkaufs- und Solidargemeinschaft selbständiger Drogerien mit genossenschaftlicher Kundenbeteiligung.

Götz Werner lehnt Leistungszulagen oder Erfolgsboni für Mitarbeiter als materielle Leistungsanreize konsequent ab, weil es unwürdig sei, Leistungssteigerung mit einer „Wurst am Haken“ zu entlocken und damit quasi Leistungsunwilligkeit zu unterstellen. Das Unternehmen praktiziere aber die Ausschüttung von Gewinnanteilen, zuletzt in zweistelliger Millionenhöhe.¹

Götz Werner hebt wiederholt seine Lernprozesse sowie die neu eingeführten Begriffe und damit verbundenen Inhalte in seinem Unternehmen hervor, obwohl in den ersten 15 bis 20 Jahren eher konventionelle Organisations- und Führungsmodelle und Wachstumsstrategien praktiziert wurden und manches „Pionierhafte“ dem gewandelten Zeitgeist und veränderten Führungsprinzipien geschuldet war, wie sie auch in vielen anderen Unternehmen oder Verwaltungen zeitgleich Einzug hielten. Sein grundlegend anderes Verständnis von Arbeit, Einkommen und Löhnen – z.B. dass Löhne in einer parallelen Buchführung nicht als Kosten, sondern als Ertragsanteile dargestellt werden –, wird von seinen Unternehmer-Kollegen gedanklich leider nicht mitvollzogen, sondern stößt bei ihnen eher auf Unverständnis. Gleiches gilt für seine Anstöße zu Reformen des Steuerrechtes – nach den Vorschlägen seines Freundes und Beraters Benediktus Hardorp –, des Geldwesens und zu anderen sozialen Fragen im Sinne der sozialen Dreigliederung, die er in seinem autobiografischen Werk beiläufig, aber leicht verständlich zur Sprache bringt.

Götz Werner nimmt des Öfteren Bezug auf die konsequente Mitarbeiter- und Kundenorientierung von dm, auch wenn mancher Kunde sich einer aktuellen dm-Werbekation gegenüber eher kritisch äußern würde: Wer als eifrigster Kunde die meisten Payback-Punkte sammelt, wird für einen Monat zum dm-„Platzhirsch“ ernannt, dann geht der „Wanderpokal“ weiter.

Entwicklung eines expandierenden Konzerns transparent machen

Götz Werner macht keinen Hehl daraus, dass ein unternehmerisches Gründungsmotiv war, dem Erfolgsrezept der Albrecht-Brüder (Aldi-Discounter) aus der Lebensmittelbranche nachzueifern, über die es im Hinblick auf Geschäftsverlauf und -gebaren und auf das Marktverhalten Kritisches zu bemerken gibt. Mit entwaffnender Ehrlichkeit schildert Götz Werner diesen Gründungsimpuls Anfang der siebziger Jahre, das Discounter-Prinzip auch auf die Drogerien anzuwenden, also mit weniger Artikeln und weniger Aufwand größeren Umsatz zu machen.

¹ Bei der Lohngestaltung gibt es – bei guter tariflicher, teilweise übertariflicher Bezahlung – im Rahmen eines Systems von Einkommensbänder zwar eine gewisse Mitsprache der Filialmitarbeiter bei der Verteilung der jährlichen Lohnzuwächse. Eine Unternehmensbeteiligung der Mitarbeiter ist jedoch nicht geplant.

Dirk Rossmann war ihm allerdings mit der gleichen Idee zuvorgekommen und hatte ein Jahr davor die Rossmann-Drogeriekette gegründet. Gut ein Jahr später folgte Anton Schlecker.

Götz Werners Lebensweg vom „einfachen Zahnpastra-Verkäufer“, wie er sich gerne selbst nennt, zum Unternehmenschef eines inzwischen ständig expandierenden Konzerns brachte ihn auf der Liste des Manager-Magazins der 500 reichsten Deutschen mit einem Vermögen von 1,1 Mrd. € auf Platz 107. Der Milliardär Götz Werner schreibt: „Geld kann man nicht essen“. Sein Milliardenvermögen bestehe lediglich auf dem Papier aus den dm-Anteilen, die er niemals habe verkaufen wollen und die ihm daher auch nie als Geld zur Verfügung gestanden hätten (inzwischen hat er sie in eine Stiftung eingebracht). Folglich springe er nicht „jeden Morgen wie Dagobert Duck in ein Schwimmbecken voller Goldmünzen“ – trotz eines sicher beträchtlichen Privatvermögens. „Millionen zu scheffeln, ist nicht Bedürfnis des Menschen“. Und er betont: „Ein Unternehmer ist nicht erfolgreich, wenn er reich ist“. Das Raffke-Bild, das viele Menschen vom Unternehmer haben, sei falsch.

Bei alledem ist berechtigter Stolz über sein erfolgreiches Lebenswerk spürbar. Er artikuliert auch seine Dankbarkeit für die vielen glücklichen Fügungen, Menschenbegegnungen und Berater zur rechten Zeit, die den Erfolg beförderten. Doch geht es Götz Werner in seinem fesselnd zu lesenden umfangreichen Buch in Wirklichkeit um viel mehr als um kurzweilige Plaudereien und amüsante Anekdoten aus seinem bewegten unternehmerischen und privaten Leben: Er möchte die Unternehmensentwicklung transparent machen und Einblicke geben in seine eigenen Lernprozesse.

Er gibt dabei als früherer Waldorf-Vater von 7 Kindern mit viel Freimütigkeit und Ehrlichkeit auch sehr viel Persönlich-Privates von sich preis. Allerdings wurden in den Medien gelegentlich auch rein sachliche Entscheidungen Werners persönlich interpretiert: Als er seinen Eigentumsanteil am Firmenvermögen nach seinem Ausscheiden nicht an seine Kinder überschrieb, sondern in die erwähnte Stiftung einbrachte, hieß es, er habe seine Kinder „enterbt“. Dabei ging es ihm um die Förderung einer zeitgemäßen Eigentumsform für ein Unternehmen, das eben kein verkäuflicher Vermögensgegenstand sein dürfte, sondern sich selbst und damit seiner Aufgabe gehören sollte. Dass im Erbfall die Versteuerung u.U. den Verkauf von Unternehmensanteilen geradezu provoziert hätte, ist allenfalls eine zusätzliche Pointe.²

Dynastische Verhältnisse wollte Werner aber in der Tat nicht. Dass er einen seiner Söhne, Christoph Werner, in die Geschäftsführung des Unternehmens holte und seit der Schließung seiner zweiten Ehe mit Götz Rehn, dem Inhaber des wichtigen Partners „Alnatura“ verschwägert ist, heißt noch lange nicht, dass dm eine Art Familienbetrieb wäre. Nach seinem län-

² Vgl. <http://www.unternimm-die-zukunft.de/de/goetz-werner/eigentum/>

ger vorbereiteten Ausstieg aus der Geschäftsführung wechselte Götz Werner selber in den Aufsichtsrat und hat heute vor allem den Stiftungsvorsitz inne.

„Die eigene Biografie aktiv gestalten als Lebens-Unternehmer“

Letztlich will er den zum Mitdenken angeregten Lesern insgesamt wert- und weisheitsvolle Botschaften über soziale Zusammenhänge vermitteln, und das in lockerer und leicht verständlicher, populärer Sprache, illustriert von lebendigen Beispielen und in einer Art und Weise, die einleuchtet und zum Nachahmen anregt. Es gelingt ihm sogar, spirituelle und anthroposophische Kernpunkte der sozialen Frage sowie die karmische Frage wiederholter Erdenleben mit Rudolf Steiner als Quelle im Zusammenhang mit seiner biografischen Entwicklung offen anzusprechen und sich damit öffentlich zur Anthroposophie zu bekennen.

Er ruft die Menschen am Schluss dazu auf, Unternehmer im Hinblick auf ihr eigenes Leben und „soziale Künstler“ zu werden, ihre Biografie aktiv zu gestalten, anstatt sie zu erleiden: Er warnt z.B. davor, sinnlose und ungeliebte Arbeit zu verrichten nur um des Arbeits- oder Erwerbseinkommens willen und dadurch womöglich ihren eigenen Lebensweg zu verbauen und ihr Lebensziel zu verpassen. In dem Zusammenhang widmet er der Frage des bedingungslosen Grundeinkommens einen breiten Raum in seinem Buch und räumt üblicherweise dagegen vorgebrachte kritische Einwände aus. Bei der Finanzierung plädiert er für die Mehrwertsteuer und baut im Übrigen nach Einführung des BGE stark auf die Wirkung von Marktkräften, ein Punkt, über den man durchaus streiten kann.

Alles in allem bietet das autobiografische Buch von Götz Werner viele positive und kritische Anregungen und Anstöße für eine vertiefte Diskussion über dreigliederungsgemäße Unternehmenskultur unter gegebenen Marktverhältnissen. Man würde sich allerdings wünschen, dass das Thema Dreigliederung deutlicher im Kontext behandelt worden wäre und nicht nur aspekthaft an verschiedenen Stellen aufschiene. Es bleibt durchaus auch die Frage offen, wo das Unternehmen im Hinblick auf die Umsetzung von Wirtschaftselementen der Zukunft steht (vgl. hierzu in diesem Heft S. 29 ff.). Auf jeden Fall aber ist das Buch die interessante und lesenswerte Biografie eines engagierten Unternehmers und Anthroposophen, dem es obendrein gelingt, schwierige Sachverhalte mit einfachen Worten und humorvoll darzulegen. Eine der vielen Botschaften lautet: Fehler und Rückschläge auf dem Lebensweg sind Voraussetzung für die Lehren, die sich daraus ziehen lassen und somit auch für die darauf aufbauenden Erfolge – Beharrlichkeit und zähes Durchhaltevermögen vorausgesetzt.

Götz W. Werner: Womit ich nie gerechnet habe. Die Autobiografie. Econ Verlag, Berlin 2013, 304 S., 19,99 €

Paolo Bavastro: Patientenverfügung – Vorsorgevollmacht

Sicherheit am Lebensende
oder gefährliche Illusion?

Mit einer kritischen Betrachtung des
neuen Gesetzes vom 1. Sept. 2009

Christoph Strawe

Dott. Paolo Bavastro, Internist und Kardiologe, beschäftigt sich seit über 20 Jahren mit der Patientenverfügung und ethischen Grenzfragen der modernen Medizin. Er ist ein profunder Kenner der rechtlichen Rahmenbedingungen, wie sie insbesondere durch das am 1. September 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Regelung der Patientenverfügung gegeben sind, – welches er in seinem Buch kritisch kommentiert.

Ihm ist damit ein wichtiger Beitrag zur ethischen und juristischen Debatte über das Thema gelungen. Sein Buch wird vielen Menschen helfen, in der Praxis zu entscheiden, welche Vorsorge sie treffen können und sollen, für den Fall dass sie infolge schwerer Krankheit oder wegen eines Unfalls ihren Willen nicht mehr artikulieren können. Die Lektüre regt den Leser zu einer Auseinandersetzung mit Grenz- und Sinnfragen der menschlichen Existenz an, was im täglichen Leben hilfreich und inspirierend sein kann.

Die Patientenverfügung erscheint nur auf den ersten Blick als eine unproblematische Angelegenheit: Man schreibt auf, was man für den Fall der Entscheidungsunfähigkeit wünscht – und das soll dann als verbindlich gelten. Bavastro zeigt nun auf, dass es sich hierbei um eine gefährliche Illusion handelt, die auf ethische und juristische Konstruktionen baut, die nicht tragfähig sind.

Eine Patientenverfügung bedeutet, so Bavastro, sich zum Gefangenen der Mutmaßung über das eigene zukünftige Wollen zu machen – und damit auch Ärzte, Verwandte usw. in eine unmögliche Situation zu bringen. Alle Erfahrungen zeigen, dass das unterstellte „Willenskontinuum“ eine Fiktion ist und dass in Wirklichkeit zwischen dem mutmaßlichen künftigen Willen des Gesunden und dem tatsächlichen Lebenswillen des Kranken sich ein Unterschied wie Tag und Nacht aufzutun kann. Es ist also die Gefahr gegeben, sich mit einer Patientenverfügung in einer Situation höchster Verletzlichkeit selbst Schaden zuzufügen.

Bavastro berichtet beispielhaft von zahlreichen Patienten, bei denen gemäß Verfügung bestimmte lebenserhaltende Maßnahmen hätten unterbleiben müssen, und die – dem Leben zurückgegeben – tiefst dankbar dafür waren, dass Ärzte sich aus Gewissensgründen über die Verfügung hinweggesetzt hatten (manchmal nach eingehender Diskussion in einer Ethikkommission).

„Eine Vorsorgevollmacht“, so Bavastro, sei „mit Abstand die sinnvollste Form, wenn man für die Zukunft vorsorgen möchte, sich aber dennoch nicht zum Gefangenen der eigenen Patientenverfügung machen will. Da im Zustand der Einwilligungsunfähigkeit prinzipiell stellvertretend über mich entschieden werden muss, sollte derjenige eingesetzt werden, der mein Vertrauen genießt.“ (S. 146) (Das gelte natürlich nur für den Fall, dass man überhaupt eine Regelung für das eigene Lebensende treffen wolle, was ja jedem selbst überlassen sei.) Besprochen wird auch die Problematik von Betreuungsverfügung, Bankvollmacht und Generalvollmacht.

Explizit nimmt Bavastro Bezug auf zahlreiche Aspekte der medizinischen Menschenkunde R. Steiners, implizit leistet er einen Beitrag zur Debatte über Steiners Untersuchung der freien Handlung und der Rolle der Situationsgerechtigkeit im Rahmen der Entwicklung seiner Konzeption des ethischen Individualismus („Die Philosophie der Freiheit“). Dass offenbar kein anthroposophischer Verlag das Buch drucken wollte, mutet angesichts dieser Tatsache merkwürdig an.

Dem Buch ist ein Anhang angefügt, der den Gesetzestext und andere wichtige Dokumente enthält.

Inhalt: Vorwort | Entwicklung und Hintergründe | Die Aufgabe des Heilens: menschenkundliche Aspekte | Die Intensivstation: Angst vor der Apparatedizin? | Die Aufgaben der Intensivmedizin | Einige Aporien oder Antinomien | Einige Beispiele, die bedenklich stimmen | Juristische Entwicklung | Das – vorerst letzte – BGH-Urteil | Das Gesetz | Zusammenfassende Bewertung | Welche Folgen wird das Gesetz haben? | Häufig verwandte Begriffe | Verfügungsformen | Empfehlungen | Organspende und Vorsorgevollmacht | Anhang

Paolo Bavastro: Patientenverfügung – Vorsorgevollmacht. Sicherheit am Lebensende oder gefährliche Illusion? Mit einer kritischen Betrachtung des neuen Gesetzes vom 1. September 2009. Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2013, 316 Seiten, € 24,90

Die Staatsidee Wilhelm von Humboldts

Dietrich Spittas Klassiker jetzt zu herabgesetztem Preis erhältlich

Das 2004 im Verlag Duncker & Humblot, Berlin erschienene und im Dezemberheft der Sozialimpulse im gleichen Jahr ausführlich besprochene Buch, ist jetzt zum herabgesetzten Preis von 39,90 € (zuvor 79,90 €) erhältlich und damit leichter zugänglich. Das ist für uns Anlass, noch einmal auf diese wichtige Publikation hinzuweisen. 330 Seiten, broschiert. ISBN: 3-428-11457-4.

Aufruf zum Kostenausgleich

Etat 2014 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Mit Informationen zur SEPA-Umstellung

Christoph Strawe

Im kommenden Jahr feiert die Initiative Netzwerk Dreigliederung ihr 25jähriges Jubiläum. Das beweist einen langen Atem, ja ist in diesen für soziale Erneuerung schwierigen Zeiten fast schon ein kleines Wunder. Mit Dankbarkeit denken wir an die Mitwirkung und auch das finanzielle Mittragen so vieler Freundinnen und Freunde über all die Jahre hin. Wir alle können auf diese Bilanz stolz sein, auch wenn uns bewusst ist, wie groß die Schere zwischen den Aufgaben der Dreigliederungsarbeit und unseren Kapazitäten immer noch ist.

Bei der Finanzierung der Arbeit der Initiative hat sich das Instrument des Kostenausgleichsverfahrens immer wieder bewährt. Erzählt man Außenstehenden darüber, erweckt ein solches Maß an kontinuierlicher Mitträgerschaft einer freien Initiative, die sich nicht auf eine Vereinsform, sondern nur auf die Vernetzung stützt, oft ungläubiges Staunen.

Für diejenigen, die es noch nicht so gut kennen, charakterisiere ich das Verfahren an dieser Stelle noch einmal in aller Kürze:

Auf der Grundlage eines Jahresetats, den wir auch dieses Jahr wieder vorlegen, kalkuliert jeder seinen eigenen Beitrag. Zu finanzieren sind zuerst einmal die Sachkosten des „Rundbriefs“ (diesen Kurztitel hat die Zeitschrift beibehalten, obwohl sie im Haupttitel heute „Sozialimpulse“ und erst im Untertitel „Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus“ heißt). Darüber hinaus ist das Büro zu finanzieren, vor allem aber auch die Einkommensbeiträge, ohne welche die von den Beteiligten für notwendig erachtete Dreigliederungsarbeit des Büros bzw. der Redaktion nicht möglich wäre.

Der Etat ist traditionell so aufgebaut, dass zunächst die Sachkosten der Zeitschrift und die dafür spezifizierten Kostenausgleichsbeiträge aufgeführt werden. Für die weiteren Kosten ergibt sich ein Defizit, das aufgrund der zu erwartenden Ausgaben eingeschätzt

wird. Es wird von denjenigen unter sich aufgeteilt, die die Initiative Netzwerk über den Sachkostenbeitrag für den Rundbrief hinaus stützen wollen.

So ergibt sich ein Umlagerichtsatz, der aber nur eine allgemeine Orientierungsgröße darstellt. Die Rechnung kann naturgemäß nur aufgehen, wenn der Solidarausgleich funktioniert: Wer die größere Brieftasche besitzt, zahlt über dem Richtsatz, sodass für diejenigen mit kleinem Portemonnaie niedrigere Beiträge möglich werden. Es gilt das Prinzip der freien Selbsteinschätzung.

Im neuen Jahr bekommen dann alle, die an der Umlage des Vorjahrs beteiligt waren, eine Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben, zusammen mit einer Bescheinigung über den im Vorjahr übernommenen Anteil an den Selbstkosten der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Bei einem verbleibenden Defizit besteht keine „Nachschusspflicht“, – dieses ist nur über Einsparen zu mindern. Sollte tatsächlich einmal ein größerer Überschuss anfallen, könnten die Beteiligten ihn, anders als bei einer Spende, zurückfordern. Natürlich könnten sie ihren Beitrag aber auch für das Folgejahr stehen lassen.

Etat 2014

Im Etat 2014 sind die Ausgaben gegenüber 2013 um 7.000 Euro niedriger angesetzt worden, entsprechend reduziert sich auch das über den Kostenausgleich aufzubringende Defizit. Dafür gibt es die folgenden Gründe: Die Einnahmen am Jahresende werden niedriger sein als im Etat 2013 veranschlagt. Das musste beim Kostenvoranschlag 2014 realistisch einbezogen werden. Durch meine Berentung ist wie erwartet eine finanzielle Entlastung eingetreten. Dazu kommt, dass ich leider weniger Arbeit honorarpflichtig auslagern konnte, als geplant war und wünschenswert gewesen wäre. Das hat zwar geholfen, die Ausgaben für Einkommen zu senken, ist aber insgesamt kein dauerhaft anzustrebender Zustand. Umso dankbarer bin ich insbesondere Andreas Kehl für seinen Büroservice und Katharina Offenborn für Ihr Lektorat. Weiter einzubeziehen waren zu erwartende Kostensteigerungen beim Pressepostvertrieb und bei den Bürosachkosten.

Der vorliegende Etat wurde bei einem Treffen von Dreigliederungsnetzwerkern am 7. Dezember in Stuttgart diskutiert und von allen gutgeheißen. Wir sind zuversichtlich, dass die im Etat gestellten Ziele mit Ihrer Hilfe erreicht werden können. Ich bitte Sie herzlich, die Arbeit der Initiative Netzwerk auch im kommenden Jahr durch die Teilnahme am Kostenausgleichsverfahren mit zu ermöglichen!

SEPA-Umstellung

Ab 1. Februar 2014 verändert der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA den bargeldlosen Zahlungsverkehr auch im deutschen Inland. Auch inländische Überweisungen und Lastschriften in Euro müssen dann nach dem europaweit einheitlichen Verfahren erfolgen. Wie bei SEPA-Überweisungen ins Ausland gelten als Konto- und Bankidentifikation nur die sogenannte IBAN-Nr. (Internationale Banking Account Number, scherzhaft auch IBAN, die Schreckliche, genannt) und der BIC, der Bank-Identifizier Code. Privatleute haben zwar für ihre Überweisungen noch eine Schonfrist. Wir empfehlen aber, möglichst frühzeitig selber umzustellen.

Organisationen müssen zum Stichtag bereits umgestellt haben. Sie sehen das daran, dass die beiden dem Heft beiliegenden Überweisungsträger in diesem Jahr Felder für die Eintragung von IBAN und BIC vorsehen. Wenn Sie hier Probleme haben, wenden Sie sich bitte an Ihre Bank oder benutzen Sie einen IBAN-Rechner im Internet, der Ihre Kontonummer und BLZ in IBAN und BIC umwandelt, z.B. <https://www.sparkasse.de/privatkunden/konto-karte/iban-rechner.html>. Im Übrigen finden Sie IBAN und BIC auch auf Ihrem Kontoauszug ausgewiesen.

Bitte um Kostenbeträge für Hefte und allgemeinen Kostenausgleich

Ihren Umlagebeitrag überweisen Sie bitte auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 1161625 bei der BW Bank, BLZ 60050101. Es hat die IBAN-Nr. DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC: SOLA DE ST).

Den Beitrag für die Zeitschrift (Richtsatz 20,- EUR) können Sie auch zusammen mit Ihrem Kostenaus-

Etat 2014

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Rundbrief (Sachkosten, Kostenbeiträge)	11.000 EUR	13.000 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		2.000 EUR
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		500 EUR
Honorar- und Gehaltsanteile	16.000 EUR	
Zusammen	11.000 EUR	31.500 EUR
Erwartete Unterdeckung		20.500 EUR

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 230 TeilnehmerInnen am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 89 EUR über den Kostenbeitrag für den Rundbrief hinaus bedeuten.

gleichsbeitrag überweisen, damit Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen. Wir verbuchen dann 20,- EUR für den Rundbrief und den Rest als Kostenausgleichsbeitrag.

Die Teilnehmer am Kostenausgleichsverfahren erhalten Anfang 2014 die Abrechnung über die realen Einnahmen und Ausgaben 2013 sowie eine Bescheinigung über den in 2013 übernommenen Kostenausgleichsanteil (bitte achten Sie daher bei Ihrer Überweisung auf eine deutliche Zuordnung Ihrer Zahlung zu dem Namen bzw. der Institution, für die die Bescheinigung ausgestellt werden soll).

Einzugsermächtigung wird SEPA-Basislastschriftmandat

Einzugsermächtigung bieten wir derzeit aus organisatorischen Gründen nur Beziehern in Deutschland. Diese können den Betrag per Lastschrift einziehen lassen. Das ist vor allem dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Kostenbeitrag zukommen lassen möchten.

Dabei müssen wir 2014 auf das SEPA-Basislastschriftverfahren umstellen. **Bereits erteilte Einzugsermächtigungen** werden dabei als SEPA-Basislastschriftmandat weitergeführt. **Da diese Umstellung durch uns erfolgt, müssen Sie nichts unternehmen!** Wir ziehen den uns von Ihnen zugeordneten Betrag dann wie gewohnt in den ersten Wochen des neuen Jahres ein.

Neu erteilte Einzugsermächtigungen müssen den Betrag sowie IBAN und BIC ihres Kontos enthalten. Sie können dazu das Formular unten auf der Seite verwenden oder die Ermächtigung formlos schriftlich erteilen. Da bei der Umstellung auf die IBAN-Kennung mit Zahlendrehern zu rechnen ist, bitten wir Sie zur Sicherheit neben IBAN und BIC auch Kontonummer, Bank und Bankleitzahl zu vermerken. Wir können dann die IBAN automatisch überprüfen und nötigenfalls korrigieren.

Auslandsüberweisungen

SEPA-Überweisungen (SEPA = Single Euro Payments Area) sind nicht nur innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch von und nach Island, Liechtenstein, Schweiz und Norwegen gleich günstig und schnell wie Inlandsüberweisungen. Dafür mussten bereits in den letzten Jahren IBAN und BIC verwendet werden. Wir wiederholen hier noch einmal die IBAN-Nummer des Treuhandkontos Czesla: DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC: SOLA DE ST).

Teilnehmer aus der Schweiz können auch auf das PostFinance-Konto des Instituts für soziale Gegenwartfragen e.V. überweisen. (Bitte Bezeichnung „Kostenausgleich NETZWERK“ angeben.) Die Kontonummer lautet: 85-602381-6 (BIC: POFICHBEXXX, IBAN: CH20 0900 0000 8560 2381 6).

Steuerliche Behandlung

Steuerlich gesehen ist der Kostenbeitrag keine Spende. Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen, gewerblichen Tätigkeit steht, vielmehr als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.

Denn die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ – so der Fachausdruck – hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbstständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen.

Im Umschlag an: Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstraße 3, 70184 Stuttgart

Name, Vorname..... Straße.....

Ort/PLZStraße Tel./E-Mail.....

Einzugsermächtigung/SEPA-Basislastschriftmandat: Hiermit ermächtige ich die Initiative Netzwerk Dreigliederung als Selbstkostenbeitrag bis auf Widerruf

jährlich EUR

von meinem Konto einzuziehen. Davon sollen EUR auf die Zeitschrift Sozialimpulse entfallen.

Konto-Nr: BLZ/Bankinstitut:

IBAN BIC

Ort/Datum Unterschrift



Ethik und Gesellschaft: Normendebatte und ethischer Individualismus

24./25. Januar 2014
Forum 3, Gymnasiumstr. 21
70174 Stuttgart

Öffentliches Werkstattgespräch

Freitag, 24. Januar 2014
Beginn: 19 Uhr

Einleitende Referate mit anschließender Diskussion der Referenten, danach Plenumsdiskussion:

Normethik als ethischer Individualismus
(Prof. Dr. Harald Schwaezter)

Normethik und gesellschaftliche Entwicklung heute (Udo Herrmannstorfer)

Moderation: Ulrich Morgenthaler
Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung
(Richtsatz EUR 10.-)

Forschungskolloquium

Samstag, 25. Januar 2014

I. 9.00 – 10.30 Uhr: **Ethische Fragen der Wirtschaft: Wirtschaft als ethikfreier Raum?**
Einleitendes Statement/Referat und Fragestellungen: Prof. Dr. Silja Graupe

II. 11.00 – 12.30: **New Public Management: Steuerung durch Normen und Standards?**
Einleitende Statements und Fragestellungen: Dr. Michael Ross, Gerald Häfner (MdEP)

III. 14.00 – 15.30: **Schulen und Hochschulen: Freiheit oder ökonomisch-administrative Fremdbestimmung?**
Einleitende Statements und Fragestellungen: Prof. Dr. Christoph Strawe, N.N.

IV. 16.00 – 17.30: **Gesundheitswesen zwischen Patientenverantwortung, staatlicher Fürsorge und Profitorientierung**
Einleitende Statements und Fragestellungen: Dott. Paolo Bavastro, Silvia Brüggen

V. 17.30 – 18.30: **Abschließende Vertiefungsrunde. Ergebnisse, Arbeitsaufgaben**
Einleitende Statements und Fragestellungen: Prof. Dr. Harald Schwaezter, Udo Herrmannstorfer

Teilnahme von Gästen

Das Forschungskolloquium ist ein Expertengespräch. Interessierte Gäste sind als Zuhörer willkommen und herzlich eingeladen. Wir erbitten in diesem Fall eine Spende, die Sie nach eigenem Vermögen und Ermessen ansetzen können.

Kontakt

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart
Tel. (0711) 23 68 950, Fax 23 60 218
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de,
Internet: www.sozialimpulse.de

Weitere Kolloquien 2014

Forschungskolloquium
2./3. Mai 2014
Forum 3 Stuttgart

**Europa – Krise ohne Ende
oder Ende der Krise?**

Forschungskolloquium
10./11. Oktober 2014
Forum 3 Stuttgart

**Aktuelle Notwendigkeiten
der Dreigliederungs-
entwicklung**

**Strittige Punkte – Offene Fragen –
Praktische Aufgaben**

Nähere Informationen

beim Institut für soziale Gegenwartsfragen
(Adresse s.o.) bzw. im Internet unter
www.sozialimpulse.de



Von der Philosophie der Freiheit zum
Nationalökonomischen Kurs

Die Zähmung des Geldes

Lebenswirklichkeit und Geldströme

Seminar
Rudolf Steiner Haus,
Hügelstr. 67
60433 Frankfurt/M.

Fr, 7. bis So, 9. Nov. 2014

Freitag, 7. 11. 2014

19.30 **Öffnung des Tagungsbüros**

20.00 **Bewusstseinsentwicklung
und Geldwesen**

(Vortrag Dr. Michael Ross,
Aussprache)

Samstag, 8. 11. 2014

9.00 – 9.30 **Bewegungsübungen**

9.30 – 11.00 **Geldpathologien:
Phänomene, Ursachen, Lösungsansätze**
(Vortrag Prof. Dr. Harald Spehl,
Aussprache)

11.30 – 13.00 **Gesprächsarbeit**

14.45 – 15.15 **Bewegungsübungen**

15.15 – 16.45 **Die Zähmung des
Geldes heute: Therapieansätze aus dem
Nationalökonomischen Kurs R. Steiners**
(Vortrag Udo Herrmannstorfer,
mit Aussprache)

17.15 – 18.45 **Gruppenarbeit zu
Kaufgeld, Leihgeld und Schenkungsgeld**

20.00 **Beiträge zur Lösung aktueller
Geldprobleme (Rolle der Banken,
geldtheoretische Ansätze)**
Einleitung Prof. Dr. Christoph
Strawe, verschiedene Beiträge)

Sonntag, 10.11.2014

9.00 – 11.00 ***Auf dem Weg zu
einer organischen Geldordnung:***

Bewegungsübungen

Berichte aus den Arbeitsgruppen

**Organbildung als Grundlage der
Steuerung der Geldströme**
(Referat Udo Herrmannstorfer)

11.30 – 12.30 **Plenumsgespräch,
Abschluss**

Weitere Info/Anmeldung:

Institut für soziale Gegegenwartsfragen
Libanonstr. 3

D-70184 Stuttgart

Tel. +49 (0) 711 - 2368950

institut@sozialimpulse.de

www.sozialimpulse.de

www.sozialimpulse.de/
studienangebot.html